

Genehmigt: 10.11.2022

Protokoll 16

Stadtratssitzung

Donnerstag, 15.09.2022, 17.00 Uhr und 20.00 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Traktandum	Seite
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	1002
Traktandenliste	1004
1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 12 vom 23.06.2022)	1004
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 13 vom 07.07.2022)	1004
3 Aufsichtskommission (AK): Ersatzwahl	1004
4 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2023 – 2026	1004
5 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2023 (Abstimmungsbotschaft)	1004
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.05 Uhr	1029
6 Interfraktionelle Kleine Anfrage GB/JA!, SP/JUSO (Lea Bill, GB/Bernadette Häfliger, SP): Unterschriften sammeln am Buskers – was gilt wirklich?	1030
7 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Kurt Rüeegsegger, SVP): Kritische Fragen zum Baustellenverkehr im ehemaligen Tramdepot Bürgerziel und an anderen Orten	1030
8 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rüeegsegger/Erich Hess, SVP): Kritische Frage zu den mobilen Kunstwerken, resp. verschönerten Autowracks beim Bubenberglplatz und in den blauen Zonen der Quartiere	1030
9 Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Florence Schmid, JF/Simone Richner, FDP): Einfluss der Teuerung auf die Budgetdebatte der Stadt Bern	1031
4 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2023 – 2026	1031
5 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2023 (Abstimmungsbotschaft)	1049
Verschobene Traktanden	1050
Eingänge	1051

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Mohamed Abdirahim
 Yasmin Amana Abdullahi
 Valentina Achermann
 Janina Aeberhard
 Timur Akçasayar
 Lena Allenspach
 Katharina Altas
 Ruth Altmann
 Ursina Anderegg
 Tom Berger
 Nicole Bieri
 Diego Bigger
 Lea Bill
 Laura Binz
 Gabriela Blatter
 Regula Bühlmann
 Michu Burkard
 Eva Chen
 Francesca Chukwunyere
 Nicole Cornu
 Milena Daphinoff
 Sibyl Martha Eigenmann
 Vivianne Esseiva
 Alexander Feuz

Jelena Filipovic
 Jemima Fischer
 Thomas Fuchs
 Katharina Gallizzi
 Lionel Gaudy
 Franziska Geiser
 Thomas Glauser
 Claude Grosjean
 Lukas Gutzwiller
 Bernadette Häfliger
 Erich Hess
 Michael Hoekstra
 Thomas Hofstetter
 Seraphine Iseli
 Bettina Jans-Troxler
 Anna Jegher
 Nora Joos
 Barbara Keller
 Ingrid Kissling-Näf
 Fuat Köçer
 Nora Krummen
 Anna Leissing
 Corina Liebi
 Maurice Lindgren

Simone Machado
 Salome Mathys
 Matteo Micieli
 Szabolcs Mihalyi
 Tanja Miljanovic
 Barbara Nyffeler
 Halua Pinto de Magalhães
 Simone Richner
 Claudio Righetti
 Mirjam Roder
 Sarah Rubin
 Michael Ruefer
 Kurt Rüeggsegger
 Mahir Sancar
 Judith Schenk
 Sara Schmid
 Ursula Stöckli
 Therese Streit-Ramseier
 Bettina Stüssi
 Michael Sutter
 Ayse Turgul
 Johannes Wartenweiler
 Janosch Weyermann
 Marcel Wüthrich

Entschuldigt

Mirjam Arn
 Dolores Dana
 Ueli Jaisli

Alina Irene Murano
 Tabea Rai

Remo Sägesser
 Florence Schmid

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD
 Franziska Teuscher BSS

Michael Aebersold FPI

Marieke Kruit TVS

Entschuldigt

Reto Nause SUE

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin
 Anita Flessenkämper, Protokoll

Mago Flück, Ratsweibel
 Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Mitteilungen des Vorsitzenden

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich begrüsse Sie an diesem 15. September recht herzlich zum zweiten Teil der Budgetdebatte. Der 15. September ist seit 15 Jahren der Tag der Demokratie, ausgerufen von den Vereinten Nationen. Ich möchte Ihnen das ins Gedächtnis rufen, weil die Demokratie keine Selbstverständlichkeit und auch kein Selbstläufer mehr ist. Gerade im heutigen Umfeld wird sie an vielen Orten bedroht und schlecht gemacht, und es wird mit einem Ersatz geliebäugelt. Selbst in gestandenen Demokratien ist es heute nicht mehr selbstverständlich, dass Staatschefs sich an die demokratischen Spielregeln halten. Immer häufiger wird die Demokratie als für viele Probleme mitverantwortlich hingestellt – häufig von Leuten, die einen Allmachtsanspruch erheben und andere Meinungen nicht hören, nicht akzeptieren oder sogar verhöhnen. Nehmen wir uns heute am Tag der Demokratie ein bisschen Zeit, darüber nachzudenken, wie wir die Demokratie stärken können, wie wir sie vor diesen Angriffen schützen können und wie wir sie mit unserem Verhalten im Parlament, aber auch in der Gesellschaft immer wieder verteidigen können, aber leider auch verteidigen müssen. Der Gedenktag soll uns daran erinnern, dass die Veranstaltung hier keine Selbstverständlichkeit ist, dass ohne Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern keine Demokratie stattfinden kann, dass sie immer wieder ermöglicht und angeregt werden muss, sei es in der Politik, aber auch in der Familie, in der Schule oder in den Vereinen. Die Demokratie muss gelernt werden, sie muss geübt und gelebt werden. Das liegt auch an uns allen hier drin und an jedem Einzelnen und an jeder Einzelnen. Als Repräsentantinnen und Repräsentanten dieses Parlaments sind Sie auch Botschafterinnen und Botschafter der Demokratie, nehmen den Auftrag gegen aussen und gegen innen wahr. Und ich betone «gegen innen» so, weil auch in diesen Hallen hier schon mit Obstruktion oder mit Ignorieren des Minderheitenschutzes an der Demokratie gekratzt wurde, um eigene Ziele schneller oder ein bisschen einfacher durchzubringen. Demokratie ist nicht einfach. Sie fordert von uns nicht nur, dass wir andere Meinungen tolerieren. Nein, sie verlangt auch, dass wir uns auf die anderen Meinungen einlassen, dass wir zuhören, dass wir unseren Kompass immer wieder überprüfen, dass wir Rücksicht nehmen, dass wir nicht nur an uns denken, dass wir Nicht-Anwesende auch mitdenken, vielleicht sogar noch nicht geborene Generationen. Demokratie ist anstrengend, aber sie lohnt sich. Kämpfen Sie jeden Tag für mehr Demokratie, damit wir irgendwann keinen Tag der Demokratie mehr brauchen, weil sie selbstverständlich ist. Merci Ihnen allen für Ihren Einsatz für die Demokratie. Ich möchte noch zwei Mitgliedern des Parlaments gratulieren. Vorgestern hat Janine Eberhard Geburtstag gehabt und gestern Katharina Altas.

Applaus im Saal.

Ich hatte vorgestern ein Interview mit zwei Schülerinnen der BFF. Im Lauf des Gesprächs hat sich gezeigt, dass sie sich vor allem für das Thema Frauen in der Politik und insbesondere für den Frauenanteil in diesem Stadtparlament interessieren. Da es für dieses Thema hier so viele Expertinnen gibt wie in keinem anderen Parlament, habe ich angeboten, heute zu fragen, ob sich jemand diesen zwei jungen Frauen annehmen und ihnen Rede und Antwort stehen würde, weil ich als alter, weisser Mann vielleicht nicht ganz der richtige bin, um abschliessend Auskunft über Frauen im Parlament zu geben. Wenn sich jemand findet, die gerne eine halbe Stunde investieren würde, kann sie sich gerne während der Sitzung bei mir melden. Ich würde einfach die Telefonnummer weitergeben. Ich fände das noch wichtig. Bitte das Badgen nicht vergessen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass dringliche Vorstösse bis um 21 Uhr und die übrigen Vorstösse bis um 21.30 Uhr bei meinem werten Vize eingereicht werden müssen.

Traktandenliste

Die Traktanden 1 und 2 und 4 und 5 werden gemeinsam behandelt.

- Die Traktanden 1 und 2 werden gemeinsam behandelt -

1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 12 vom 23.06.2022)

2022.SR.000045

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll 12 vom 23.06.2022.

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 13 vom 07.07.2022)

2022.SR.000045

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll 13 vom 07.07.2022.

3 Aufsichtskommission (AK): Ersatzwahl

2020.SR.000389

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Als Ersatz für die zurücktretende Francesca Chukwunyere, die das Fraktionspräsidium der Fraktion GFL/EVP übernommen hat, wird Michu Burkard vorgeschlagen.

Der Stadtrat wählt Michu Burkard (GFL) als Ersatz für Francesca Chukwunyere in die Kommission AK.

Applaus im Saal

- Die Traktanden 4 und 5 werden gemeinsam behandelt. Fortsetzung der Beratungen vom 1.9.2022. -

4 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2023 – 2026

2021.FPI.000091

Antrag des Gemeinderats

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2023 – 2026.

Bern, 23. März 2022

Diskussion siehe Traktandum 5

5 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2023 (Abstimmungsbotschaft)

2022.FPI.000072

Antrag des Gemeinderats

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag betreffend Produktgruppen-Budget 2023.

2. Er genehmigt die Vorlage und beantragt den Stimmberechtigten der Stadt Bern, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - 2.1. Die Stimmberechtigten beschliessen das Produktegruppen-Budget 2023 des Allgemeinen Haushalts für das Jahr 2023 mit einem Aufwand von Fr. 1 329 931 703.88, einem Ertrag von Fr. 1 301 323 931.80 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 28 607 772.08. Sie legen die Steueranlage unverändert auf das 1,54-fache der einfachen Steuer und die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1,5 Promille des amtlichen Werts fest.
 - 2.2. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2023 der Sonderrechnung Tierpark für das Jahr 2023 mit einem Aufwand und Ertrag von je Fr. 10 214 912.78 und einem ausgeglichenen Ergebnis.
 - 2.3. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2023 der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Jahr 2023 mit einem Aufwand von Fr. 39 233 142.84, einem Ertrag von Fr. 38 317 750.00 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 915 392.84.
 - 2.4. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2023 der Sonderrechnung Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik für das Jahr 2023 mit einem Aufwand von Fr. 71 086 541.22, einem Ertrag von Fr. 112 956 650.00 und einem Ertragsüberschuss von Fr. 41 870 108.78.
 - 2.5. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2023 der Sonderrechnung Entsorgung + Recycling für das Jahr 2023 mit einem Aufwand von Fr. 29 602 820.87, einem Ertrag von Fr. 28 658 360.40 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 944 460.47.
3. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.
Bern, 29. Juni 2022

Direktion BSS

Anträge

1	FDP/JF, Die Mitte	PGB	Auf den neuen Sozialpreis der Stadt Bern ist zu verzichten. Das Budget ist um CHF 10 000.00 zu reduzieren.
2	SVP	PGB	3) Durchführung Suchtforum (P210-240) Die Steuerungsvorgabe 3 ist ersatzlos zu streichen.
3	SVP	PGB	Die Fachstelle sei aufzuheben und damit das Budget um Fr. 889 838.62 zu kürzen.
4	SVP	PGB	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um Fr. 400 000.00.
20	SVP	PGB	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um Fr. 120 000.00.
5	Die Mitte, FDP/JF	IAFP	Massnahme 5.6 Beratungsangebot Wohnen: das befristete Konzept sei nicht weiterzuverfolgen und auf die Umsetzung zu verzichten.
6	Die Mitte, FDP/JF	PGB	PGB310100 sei um Fr. 88 000.00 für das Konzept Beratungsangebot Wohnen zu kürzen, Personalkosten Fr. 84 000.00 und Infrastrukturkosten Fr. 4 000.00.
7	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	Auf die Massnahme 6 «Niederschwellige Hilfen sicherstellen» ist zu verzichten. Das Budget für die Planjahre 2024 und 2025 ist um je CHF 200 000.00 zu kürzen.
8	FDP/JF	PGB	Auf die Anpassung des Betreuungsschlüssels in der Tagesbetreuung ist zu verzichten. Die Mittel sind um CHF 500 000.00 zu kürzen.
9	SBK	PGB	Auf die Streichung der 60%-Stelle «Quartierentwicklung» ist zu verzichten und der Globalkredit entsprechend um CHF 86 500 zu erhöhen.
10	AL/PdA	IAFP	Ab PJ 2024 sollen die Zahlen gemäss «worst case» als Berechnungsgrundlage berücksichtigt werden.
11	GB/JA!	PGB	Auf den damaligen Abbau der Projektleitungsstelle im Kompetenzzentrum Alter sei zu verzichten und der Globalkredit um 70 000.- zu erhöhen.
12	FDP/JF	PGB	Auf den Tag der Nachbarschaft ist zu verzichten. Das Budget ist um

			CHF 12 500.00 zu reduzieren. Die personellen Ressourcen (40-50 Stunden) sind für andere Massnahmen der Altersstrategie einzusetzen.
13	Die Mitte	IAFP	Die Nettokosten sind um 200 000 CHF zu reduzieren.
14	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	Der SZMD prüft eine engere Zusammenarbeit mit der Zahnmedizinischen Klinik der Universität Bern (ZMK) auch wenn noch kein gemeinsamer Standort vorhanden ist.
15	SVP	IAFP	Es seien wieder reduzierte Abendeintritte mit Kostenreduktion von mindestens 40% in den kostenpflichtigen Eintrittsgebühren in Sportstätten einzuführen.
16	SVP	IAFP	Es seien reduzierte Abendeintritte und Mittagseintritte mit Kostenreduktion von mindestens 30% in den eintrittspflichtigen städtischen Museen und Sportstätten einzuführen.
17	SVP, Sibyl Eigenmann	IAFP	Auf die geplante definitive Schliessung des Hallenbades Hirschengraben 2023 ist zu verzichten.
18	SVP	PGB	Es seien zusätzliche Abendeintritte bei der Ka-We-De einzuführen. Das Budget ist entsprechend um Fr. 2 000.00 zu erhöhen.
19	SVP	PGB	Auf die spätere Öffnungszeit (erst ab 9 Uhr) der Freibäder ist zu verzichten. Das Freibad Marzili soll in den Monaten Juni bis August weiterhin bereits um 7 Uhr öffnen. Das Budget sei um Fr. 13 750.00 zu erhöhen.

SBK-Sprecherin *Sara Schmid* (SP): Die SBK hat an ihrer Sitzung vom 15. August 2022 unter anderem das PGB 2023 und den IAFP 2023–2026 für die BSS-Dienststellen beraten. Drei Delegationen haben sich im Rahmen der Delegationsbesuche am 1. und am 6. Juli vertieft mit den einzelnen Dienststellen befasst. Das bildete die Basis unserer Diskussion. Ich möchte in diesem Zusammenhang ein paar Entwicklungen beziehungsweise Herausforderungen, die direktionsübergreifend sind und uns eben auch in der SBK-Debatte beschäftigt haben, erläutern. Erstens Corona: Die Auswirkungen der Coronapandemie sind nach wie vor deutlich spürbar. Das zeigt sich zum Beispiel an der immer noch steigenden Nachfrage bei der Schulsozialarbeit, bei der wir zwar im letzten Jahr die nötige Erhöhung beschlossen haben, aber der Bedarf nimmt immer noch zu. Auch die Belastung der Lehrpersonen ist nach wie vor hoch. An vielen anderen Stellen, zum Beispiel auch beim Personal generell, sind die Pandemie und ihre Folgen nach wie vor zu spüren. Zweitens hat die Ukraine-Krise zu diskutieren gegeben. Von der Ukraine-Krise sind nicht nur, aber auch verschiedene BSS-Dienststellen wie zum Beispiel das Schulamt stark betroffen. Die daraus resultierenden Mehrkosten konnten aber zum Zeitpunkt der Erstellung des PGB natürlich noch nicht beziffert werden und sind darum im PGB 2023 noch nicht enthalten. Es werden aber voraussichtlich sowohl ein Nachkredit zum PGB 2022 wie auch Mehraufwände für 2023 fällig werden. Das wird aber voraussichtlich in die Stadtratskompetenz fallen. Eine dritte Entwicklung, die auch kostenrelevant ist, ist die weiterhin steigende Schüler*innenzahl. Die höheren Nettokosten des Schulamts im Budget 2023 sind eben insbesondere auf die steigende Schüler*innenzahl zurückzuführen, aber auch die damit verbundene Eröffnung weiterer Basisstufen. Dadurch steigen auch die Kosten für die Besoldung der Lehrpersonen und für den generellen Schulbetrieb wie zum Beispiel Miet-, Heiz- und Betriebskosten. Es gibt auch Abschreibungen infolge der Neuinvestitionen für base4kids, die natürlich nicht mit dem zusammenhängen.

In anderen Bereichen bleibt aber die Anpassung an die steigenden Schüler*innenzahlen noch ein Thema, beispielsweise bei den verschiedenen Angeboten des Gesundheitsdiensts, die nach wie vor sehr ausgelastet sind. Im Rahmen von FIT II hat man dort Einsparungen in der Höhe von 227 000 Franken beschlossen; vor allem in der Gesundheitsförderung und Information. Diese stehen aber einer Zunahme der Aufgaben gegenüber und wirken sich entsprechend auf gewisse Leistungen aus, und das werden wir in der Kommission sicherlich weiterhin beobachten. Den vierten Punkt, den ich hervorheben möchte, ist das Personal. Vielleicht noch eine Bemerkung zur Grössenordnung: In der Direktion BSS nimmt der Personalbestand

um 122,7 Stellen ab, grösstenteils aufgrund der Übertragung des Alters- und Pflegeheims Kühlewil an die Siloah Kühlewil AG. Im Vergleich zu den anderen Direktionen werden aber auch mehr Stellen geschaffen, nämlich insgesamt 25,7, wie zum Beispiel 12 Stellen beim Sportamt für die 50-Meter-Schwimmhalle. Der SBK bereiten aber, wie ich auch schon im Kommissionsvotum zur Direktion PRD ausgeführt habe, auch in Bezug auf die Direktion BSS die knappen Ressourcen für die bestehenden Aufgaben und der Fachkräftemangel Sorgen. Dieser zeigt sich nämlich auch in den Sozialberufen. Aktuell wird zum Beispiel im Asylsozialdienst grosse Mühe bekundet, genügend qualifiziertes Personal für die Bewältigung der Ukraine-Krise zu finden. Aber auch die Kitas, die Schulen und der Bereich der Soziokultur sind bekanntlich davon betroffen, auch von einer hohen Fluktuation. Es bleibt eine Herausforderung, da Personal zu finden. Bevor ich zum SBK-Antrag und zu unseren Empfehlungen komme, möchte ich noch auf ein paar weitere Punkte hinweisen: das Projekt City-Card. Hier arbeitet die zuständige Fachstelle – vielleicht ein bisschen überraschenderweise – mit dem Sportamt zusammen. Das Sportamt möchte bei den Hallenbadeintritten differenzierte Tarife für die Stadtbewohnenden und Auswärtige erheben. Das ist heute nicht kontrollierbar. Und deshalb hat auch das Sportamt ein Interesse daran, dass sich die Leute mit Wohnsitz in der Stadt Bern unabhängig vom Aufenthaltsstatus mit einer City-Card ausweisen können. Die erforderlichen Gelder für die Umsetzung sind in der mittelfristigen Investitionsplanung eingestellt. Vielleicht noch ein weiterer kleiner Punkt zum Sportamt: Für die Erneuerung des Reservationssystems beziehungsweise für die neue Eintrittskartenlösung gehen auch einmalige Kosten von 35 000 Franken ins Budget 2023 ein. Dann noch zur Anpassung des Betreuungsschlüssels: Das haben wir ja in der Revision des Schulreglements beschlossen. Er wird jetzt während vier Jahren schrittweise ausgebaut. Dabei fängt man bei Kindern im Kindergarten an. Die Mehrkosten dafür betragen 2023 eine halbe Million Franken. Die Mehrkosten steigen dann jährlich. Ab 2027 betragen sie 5 Millionen Franken pro Jahr.

Dann noch etwas zum Lastenausgleich Sozialhilfe: Hier nimmt der Lastenanteil bis im Jahr 2026 kontinuierlich um 4,5 Millionen Franken ab. Bei der Asylsozialhilfe sinken die Kosten bis 2026 ebenfalls um 4,5 Millionen.

Noch zu Kühlewil: Das hat uns letztes Jahr stark beschäftigt. Die Ausgliederung des Alters- und Pflegeheims Kühlewil führt zu einer Kostenreduktion um 20,3 Millionen Franken. Rund um Kühlewil ist inzwischen alles über die Bühne. Die Überführung der Informatik ist bis Ende Jahr ebenfalls abgeschlossen.

Die Schulinformatikplattform base4kids ist technisch und finanziell auf Kurs. Auch die Zusammenlegung der beiden Standorte des schulzahnmedizinischen Diensts sind auf Kurs. Durch die Zusammenlegung können die Kosten im Umfang von 400 000 Franken reduziert werden.

Jetzt zum einzigen SBK-Antrag. Eine Mehrheit der SBK beantragt dem Stadtrat mit Antrag 9, auf die Streichung der 60-Prozent-Stelle Quartierentwicklung zu verzichten und den Globalkredit entsprechend um 86 500 Franken zu erhöhen. Die Begründung ist, dass die Auswirkungen der letztjährigen Sparmassnahmen bei Familie und Quartier Stadt Bern bei den Mitarbeitern in den Quartierentwicklungsprozessen besonders spürbar sind. Die Stelle leistet einen wesentlichen Beitrag in den Quartierentwicklungsprozessen, indem sie zwischen Stadt und Quartierakteur*innen koordiniert und Planungen, zum Beispiel von Schulhausneubauten, mit soziokulturellen Perspektiven unterstützt und auch Lücken in den Angeboten der Leistungsvertragspartner*innen schliesst. Es ist jetzt aber weniger oft möglich, an der Entwicklung des Planungsprozesses mitzuwirken und man kann zusammen mit den Leistungsvertragspartner*innen pro Jahr auch nur noch einen Schwerpunkt erarbeiten. Aus Sicht der Kommissionmehrheit braucht es diese Ressourcen, um dem steigenden Bedarf bei der Planung der sozialen Infrastruktur zu begegnen.

Zusammenfassend: Das PGB und der IAFP wurden von der SBK mehrheitlich angenommen, allerdings mit unterschiedlichen Stimmenverhältnissen. Die SBK beantragt dem Stadtrat mit 6 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen den IAFP für die BSS-Dienststellen Direktionsstabsdienste Koordinationsstelle Sucht, Fachstelle für Migration und Rassismusfragen, schulzahnmedizinischer Dienst, Gesundheitsdienst, Sozialamt, Familie & Quartier Stadt Bern, Alters- und Versicherungsamt zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Auch das PGB 2023 für die genannten Dienststellen beantragen wir dem Stadtrat mit 6 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen zur Genehmigung. Für die Dienststellen Schulamt und Sportamt ist es ein bisschen anders. Da beantragt die SBK dem Stadtrat, den IAFP mit 6 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, das PGB 2023 des Schulamts/Sportamts hingegen mit 7 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen zu genehmigen.

Antragsbegründungen und Fraktionsvoten zu den Traktanden 4 und 5

Tom Berger (FDP) begründet die Anträge der Fraktion FDP/JF: Zugegeben, bei unseren Anträgen 1 zum Sozialpreis und 12 zum Tag der Nachbarschaft geht es um vermeintlich kleine finanzielle Beträge im niedrigen fünfstelligen Bereich. Aber bekanntlich macht auch Kleinvieh Mist, und was ganz wichtig ist, ist, dass in diesen Beiträgen jeweils nur die direkten Sachkosten enthalten sind, die mit diesen Vorhaben verbunden sind. Was dort nicht darin ist, sind die personellen Aufwände. Ein Preis verleiht sich bekanntlich nicht selbst. Er muss ausgeschrieben werden, man muss die Preisträger auswählen. Man muss eine Preisverleihung organisieren und das Ergebnis muss natürlich kommuniziert werden und, und, und. Genau gleich verhält es sich auch beim Tag der Nachbarschaft. Eine Anfrage bei der Verwaltung hat ergeben, dass dieser 40 bis 50 Stunden Arbeit pro Jahr verursacht. Vor 14 Tagen, beim ersten Teil der Budgetdebatte, aber auch heute Abend wieder, haben Sie gehört, dass es Stimmen aus der Verwaltung gibt, die sagen, dass wir aufgrund der Massnahmen der letzten Jahre punkto Personalressourcen am Limit laufen. Sie können der Verwaltung natürlich immer mehr Ressourcen geben und sie Jahr für Jahr aufblähen. Oder Sie können auch mal wieder hinterfragen, ob all das, was die Verwaltung macht, eigentlich nötig ist, ob es sinnvoll ist, und ob wir ständig neue Aufträge geben müssen. Ich sage das, damit Sie das auch einmal gehört haben. Auch das ist an einem Delegationsbesuch dieses Jahr gesagt worden, notabene von einer Person in leitender Funktion innerhalb der Direktion BSS. Sie hat uns gesagt, eigentlich hätte sie die Ressourcen, die sie braucht, um ihren Auftrag zu erfüllen, wenn man ihr nicht ständig noch neue Aufträge geben und nicht ständig neue Pilotprojekte lancieren würde. Also: Man kann dem Personal auch dienen, indem man es nicht immer mit neuen Aufgaben eindeckt. Bei Antrag 7 geht es um die Massnahme 6 der neuen Strategie der beruflichen und sozialen Integration «Niederschwellige Hilfen sicherstellen». Diese Strategie haben wir kürzlich im Rat behandelt. Unsere Fraktion hat sich schon im Rahmen dieser Debatte kritisch geäussert. Zu dieser neuen Massnahme: In unseren Augen ist es zum einen fraglich, ob die Massnahme den betroffenen Personen wirklich etwas bringt. Gemeinderätin Teuscher hat darauf hingewiesen, dass dies in Luzern ein Vorhaben eines FDP-Gemeinderats sei. Fair enough. Trotzdem finden wir nicht, dass es in Bern zwingend notwendig ist. Wir würden es eigentlich begrüßen, dass die Stadt Bern mit Blick auf ihre angespannten Finanzen zuerst schauen würde, welche Erfahrungen die Stadt Luzern damit macht, und erst, wenn sich dort der erhoffte Erfolg einstellt und man diesen Personen effektiv helfen kann, man das Instrument in die Stadt Bern übernimmt. Aber im Moment können wir uns solche Solo-Läufe und solche Testläufe nicht leisten. Wir finden, dass man diese 200 000 Franken aus dem IAFP herausnehmen sollte. Bei Antrag 8 geht es um den Betreuungsschlüssel in der Tagesbetreuung. Die Sprecherin der SBK hat es vorher schon angetönt. Wir haben das Schulreglement hier im Stadtrat beraten. Unsere Fraktion hat sich schon damals gegen diesen Betreuungsschlüssel gewehrt.

Und notabene war es auch die ausdrückliche Empfehlung des Gemeinderats, nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, aber eben nicht nur aus finanziellen Gründen, auf die Senkung des Betreuungsschlüssels zu verzichten. Wir sind als Fraktion bereits damals dezidiert dagegen gewesen. Folgerichtig stellen wir jetzt auch den Antrag hier im Rahmen der Budgetdebatte. Es wird nämlich selbst von pädagogischem Fachpersonal stark angezweifelt, ob ein flächendeckender Betreuungsschlüssel von 1 zu 6 wirklich sinnvoll, geschweige denn, notwendig ist. Der Kanton Bern finanziert den Betreuungsschlüssel von 1 zu 10. In den allermeisten Gemeinden des Kantons gilt der Betreuungsschlüssel 1 zu 10, und ich wage die Aussage, dass es den Kindern in diesen Gemeinden mit diesem Betreuungsschlüssel nicht wahnsinnig schlecht geht. Und wer findet, dass eine pädagogisch wertvolle Betreuung mit dem Betreuungsschlüssel 1 zu 10 nicht möglich ist, sollte sich auf kantonaler Ebene dafür einsetzen, dass der Schlüssel geändert wird, dass er gesenkt wird, denn dann kommen die finanziellen Mittel auch vom Kanton. Wir als Stadt Bern können uns das im Moment schlicht nicht leisten. Wie es die Sprecherin der SBK bereits richtig ausgeführt hat, sind es im PGB 2023 anfänglich «nur» 500 000 Franken. Zum Schluss werden aber nochmals viereinhalb Millionen dazukommen. In unseren Augen ist es nicht sinnvoll und nicht notwendig, das Geld für einen flächendeckenden Betreuungsschlüssel 1 zu 6 auszugeben.

Mit Antrag 14 widmen wir uns dem schulzahnmedizinischen Dienst (SZMD). Im Herbst 2017 hat der Gemeinderat der zuständigen Kommission SBK einen externen Bericht vorgelegt. Dieser befasste sich mit der sogenannten Wirtschaftlichkeit des SZMD. Es wird seit längerem diskutiert – und im Bericht wurde unter anderem das untersucht -, ob man den SZMD nicht auch anders aufstellen könnte, ob man diesen nicht auch anders organisieren könnte. Eine der favorisierten Optionen wäre eine engere Zusammenführung und die Zusammenarbeit zwischen Stadtberner SZMD und der zahnmedizinischen Klinik der Uni Bern (ZMK). Nach dem Bericht hiess es dann, dass der allfällige Neubau eines gemeinsamen Standorts auf dem Inselareal nicht realisiert werden kann. Daraus ergab sich mehr oder weniger das Fazit, ohne gemeinsamen Standort könne man auch nicht enger zusammenarbeiten. Eine solche Zusammenarbeit würde aber ohne Zweifel Synergiepotenzial ermöglichen, und wir sind auch sicher, dass das auch im Sinn des Personals wäre. Wenn Sie nämlich den Jahresbericht und die PGB zum SZMD lesen, dann sehen Sie dort schwarz auf weiss, dass ein Grund für die hohe Fluktuation am Stadtberner schulzahnmedizinischen Dienst unter anderem ist, dass man nicht so ein spannendes Patientengut habe, wenn man allein beim SZMD arbeite. Wenn der SZMD enger mit dem ZMK zusammenarbeitete, könnte man vielleicht auch überkreuz Personal einsetzen. Das würde zum einen die städtischen Finanzen entlasten, weil der SZMD grosse Defizite hat, wenn Personal ausfällt, und andererseits könnten eben die Angestellten des SZMD auch mit der ZMK zusammenarbeiten. Und hier ist es mir wirklich ganz wichtig, Ihnen zu sagen: Es ist eine Planungserklärung. Diese sind per se schon einmal nicht verbindlich. Ausserdem ist es sogar nur ein Prüfauftrag. Also ist es die unverbindlichste Form. Unsere Fraktion ist aber überzeugt davon, dass es sinnvoll ist, wenn der Gemeinderat nochmals auf diesen Bericht aus 2017 zurückkommt und das noch einmal vertieft anschauen würde. Entsprechend würde es mich schon sehr freuen, wenn Sie zumindest diesem wirklich unverbindlichen Prüfauftrag zustimmen könnten. Wir haben gemeinsam mit der Fraktion Mitte die Anträge 5 und 6 eingereicht. Diese werden nachher von der Fraktion Mitte begründet werden. Wie wir uns zu den restlichen Anträgen positionieren, sehen Sie dann bei der Abstimmung.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Zum Antrag 2 Durchführung Suchtforum: Wir sind der Meinung, die Erneuerungsvorgabe ist ersatzlos zu streichen. Das Suchtforum ist unnötig und bietet als Luxus-Veranstaltung keinen nennenswerten Ertrag. Ich nehme die Anträge 3, 4 und 5 zusammen. Es heisst, die Fachstelle sei aufzuheben. Sie müssen sehen, die Fachstelle heisst nicht nur Direktionsstabsdienste Koordinationsstelle Sucht, sondern auch Migration und

Rassismus. Unser Hauptantrag geht dahin, dass man die Fachstelle aufhebt und das Budget kürzt. Wir sind der Meinung, angesichts all dieser Ressourcen, die auf Bundes- und Kantons-ebene und von privaten Organisationen zur Verfügung stehen, braucht es das nicht.

Und wenn Sie jetzt sehen, was wir alles haben: die Sprachpolizei, das Woke-Theater. Ich bin weiss Gott nicht einer, der morgen mit Dreadlocks kommen würde, es würde bei mir wohl wahrscheinlich auch länger dauern. Aber wenn man nicht einmal mehr Winnetou schauen darf ... Nächstens wird wahrscheinlich noch «Mein Name ist Eugen» aus den bernischen Schulbibliotheken verbannt, weil darin zu wenige Leute mit Migrationshintergrund vorkommen. Wenn wir diese Situation sehen, dann muss man den Mut haben, die Reissleine zu ziehen. Oder das Theater mit der Zunft zum Mohren – dazu kann ich auch gerade eine Kritik an die Adresse der Zunft selbst anbringen, weil sie eingeknickt ist, statt auf die Herkunftsbezeichnung stolz zu sein. Zur Fachstelle: Es gibt noch dermassen viele private Organisationen und Fachstellen von anderer Seite. Das ist kein Verlust. Da sind wir der Meinung, das kann man kürzen. Und jetzt kommen wir zu den Eventualanträgen. Die SVP schiesst vielleicht ein bisschen zu weit. Dann nehmen Sie den Antrag 4. Dort haben wir eine Kürzung um 400 000 Franken. Oder den Antrag 5: Da sind wir bescheiden. Der ist für jene, die sagen, kürzen könne man, aber man möchte es behalten. Dann kürzen Sie 120 000 Franken, dann hat es immer noch zu viel Geld. Aber wir setzen ein Zeichen, wo es wirklich nicht weh tut, wenn man dort kürzt. Ich schaue dann insbesondere ein bisschen zur Mitte hinüber. Das ist für mich ein Punkt, bei dem wir wirklich sagen, wenn man hier kürzt, tut man dem Steuerzahler überhaupt nicht weh. Ich bitte das zu unterstützen.

Ich komme zu den anderen Anträgen der SVP. Eine Herzensangelegenheit sind die Anträge 15 und 16. Ich nehme sie zusammen. Das sind die Anträge, in denen es um das Sportamt geht. Wir wollen wieder reduzierte Abendeintritte mit einer Kostenreduktion um mindestens 40 Prozent bei den kostenpflichtigen Eintrittsgebühren. Ich war letzten Sonntag im Muri-Bad. Dort gibt es die reduzierten Abendeintritte. In Bern, das eine Sportstadt sein will, muss man um 18.30 Uhr noch 6 Franken Eintritt bezahlen. Also geht ja wahrscheinlich wirklich nur der Feuz rein, weil seine Tochter noch rasch in das Bad will. Sonst geht niemand. Denken Sie an die Auswirkungen. Betroffen ist auch das Restaurant oben. Da haben Sie nämlich auch keine Gäste, weil sie sich sagten, für 6 Franken gehe ich jetzt nicht mehr hin. Denken Sie daran: Man kann gescheit sparen und man kann dumm sparen. Ich gehe sogar so weit zu sagen, wenn Sie die Abendeintritte wieder einführen, dann haben Sie mehr Leute und auch mehr Eintritte. Allenfalls gibt es sogar Mehreinnahmen. Gescheit gespart wäre eben, Abendeintritte einzuführen. Dann kommen die Leute aus dem Quartier, die vielleicht nur kurz kommen. Unser Antrag hier ist einer, der gescheit spart. Und denken Sie einfach daran, selbst Muri kennt Abendeintritte. Man kann sagen, weniger Leute gehen in die Ka-We-De, weil die Ka-We-De das einzige Bad ist, wo Sie um 18.30 Uhr oder 19 Uhr an einem richtig heissen Sommertag noch den vollen Eintritt zahlen müssen. Auch das Argument, die Ka-We-De habe noch das Wellenbad, sticht nicht. Das letzte Wellenbad hört um 18.30 oder 19 Uhr auf. Sie sehen, ich habe das persönlich in diesem Sommer rekognosziert. Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen, auch wenn er von der SVP ist. Sie sehen auch, es ist etwas, das nicht ins Gewicht fällt. Ich bin auch der Meinung, es könnte sogar, im Gegenteil, noch zu Mehreinnahmen führen.

Ich komme zu Antrag 17. Da werden wir unterstützt von Sibyl Martha Eigenmann. Ich danke ihr. Auf die geplante, definitive Schliessung des Hallenbads Hirschengraben ist zu verzichten. Bei der Begründung ist offenbar ein bisschen etwas schief gegangen. Ich bin der Meinung, das Hallenbad Hirschengraben ist ein Bad an einer zentralen Lage, das wirklich einzigartig ist für Leute, die in der Stadt arbeiten. Es ist über Mittag gut erreichbar. Und man kann dort gut etwas machen. Man muss auch dort Optionen prüfen, allenfalls mit Dritten zusammenzuarbeiten, auch Wellnessangebote aufzunehmen oder was auch immer. Aber denken Sie daran, das Bad ist ja denkmalgeschützt. Ich weiss nicht, ob Sie überall dort eine Bildergalerie machen

wollen. Ich bin der Meinung, die Zusammenarbeit mit Dritten wäre zu prüfen. Das ist ein interessantes Objekt. Ich bitte Sie, dieser Erklärung zuzustimmen.

Zu Antrag 18: Ich habe ihn bewusst separat gestellt. Wenn man die Abendeintritte einführt, ist das Budget entsprechend zu erhöhen. Das ist sogar etwas, das der FPI-Direktor Michael Aebersold auch unterstützen sollte. Wir sind nämlich der Meinung, dass daraus Mehreinnahmen resultieren werden. Ich bin gespannt, was er für ein Votum dazu abgibt. Ich hoffe hier auf gewissen Sukkurs der Sportdirektorin. Ich bin wirklich der Meinung, das ist für den Breitensport. Sie kennen mich, ich habe mich noch nie für den Spitzensport eingesetzt. Hier stehe ich aber für den Breitensport ein. Zu Antrag 19: Das ist auch wieder ein Evergreen. Da sind wir eben der Meinung, dass wir die Öffnungszeiten ein bisschen lockern könnten, damit die Leute am Morgenfrüh schwimmen können, wenn sie das wollen. Keine Angst – ich bin nicht irgendwie befangen oder besonders interessiert, so früh morgens zu baden.

Ich komme kurz zu den Anträgen der anderen Parteien. Die SVP unterstützt eigentlich sämtliche Anträge, die Kürzungen verlangen. Antrag 1 zum Sozialpreis unterstützen wir, ebenfalls die Anträge 5 und 6. Wir verweisen hier auf die Begründung der Fraktionen Mitte und FDP/JF. Das sind alles wiederum Sachen, die es nicht braucht. Antrag 7 FDP/JF, Mitte unterstützen wir ganz klar. Wir hätten ihn auch miteingereicht, aber vielleicht ist es besser, wenn die SVP nicht draufsteht, weil die Chance, dass er durchkommt, möglicherweise grösser ist.

Antrag 8 unterstützen wir ebenfalls. Antrag 9 lehnen wir klar ab, ebenso Antrag 10 AL/PdA, weil wir der Ansicht sind, man muss hier sparen, genauso bei Antrag 11.

Auf die Projektleitungsstelle Kompetenzzentrum soll man ebenfalls verzichten. Ebenfalls auf den Tag der Nachbarschaft kann man problemlos verzichten. Zum SZMD können wir die Anträge 13 und 14 ebenfalls unterstützen. Sie sehen, wie unsere Partei hier argumentiert. Wir sind ganz klar für eine lebendige Stadt, für eine Stadt, die ein breites Sportangebot hat. Man kann gescheit sparen und man kann dumm sparen. Und dann gibt es einfach wirklich gewisse Posten, die nichts nützen, wo man einfach aufgeblähte Verwaltungsstellen hat, die man streichen muss. Stimmen Sie bei der Fachstelle zumindest dem Eventualantrag zu, der vorsieht, dass man dort um 400 000 Franken oder wenigstens um 120 000 Franken kürzt. Aber ich finde, aufgrund der Leistungen, die sie gezeigt haben, ist die Kürzung gerechtfertigt. Es kann nicht sein, dass man dort, wo man Verträge hat, wo man mit Leuten Vereinbarungen hat, kürzt, und dort, wo es nicht nötig ist, Geld ausgibt.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Fraktion Mitte: Ich komme auf die übrigen Anträge zu sprechen, die die Fraktionen FDP/JF und Mitte oder die Fraktion Mitte alleine eingereicht haben, namentlich die Anträge 5 und 6. Dort geht es um das Beratungsangebot Wohnen. Das ist eine Massnahme aus der 2018 verabschiedeten Wohnstrategie, als wir noch eine andere finanzielle Ausgangslage hatten und dachten, dass ein Beratungsangebot im Bereich Wohnen sinnvoll und nützlich sein könnte. In der aktuellen Situation muss man sagen, das gehört genau zu diesen Nice-to-haves – Aufgaben, die wir uns einfach in der aktuellen Situation der Stadt nicht leisten können, wie ein neues Konzept erarbeiten, wie man Personen in einer solchen Situation beraten könnte. Also, es geht hier wirklich darum, etwas Neues zu schaffen. Und das Schaffen von etwas Neuem, einer neuen, zusätzlichen Beratungsstelle, die in der Wohnstrategie zwar verabschiedet wurde, aber unter anderen Voraussetzungen, ist für uns heute genau das, was man hintanstellen müsste. Insofern bitten wir Sie, diese zwei Anträge anzunehmen. Der erste Punkt heisst einfach, dass wir das nicht weiterverfolgen und aktuell aus dem IAFP nehmen und der zweite Punkt heisst, dass man einfach die 84 000 Franken Personalkosten und die entsprechenden Infrastrukturkosten im PGB kürzen soll.

Und dann gibt es noch einen weiteren Antrag, den die Mitte eingereicht hat und der den SZMD betrifft. Wie wir wissen, wird eine engere Zusammenarbeit geprüft und der Standort zusammengelegt. Dadurch ergeben sich Synergieeffekte und wo sich Synergieeffekte erge-

ben, muss das eigentlich auch ökonomische Folgen haben. Wir hoffen, dass das ohnehin der Fall sein wird, möchten dem mit unserem Antrag aber zusätzlich Gewicht verleihen und mit Nachdruck darauf hinweisen, dass durch das Zusammenlegen auch um 200 000 Franken Einsparungen sollten getätigt werden können und somit ein ökonomischer Nutzen daraus resultieren sollte. In diesem Sinne bitten wir um Ihre Zustimmung.

Ich möchte das Fraktionsvotum hier anhängen. Ich kann es kurz machen. Alle anderen Anträge, die nicht von den Fraktionen FDP/JF, Mitte kommen, lehnen wir ab. Wir finden es nicht zielführend, Fachstellen aufzuheben oder ganz allgemein mit dem Zweihänder zu kürzen. Wir finden es aber genauso wenig sinnvoll, gewisse, mit den FIT-Massnahmen beschlossene Kürzungen wieder rückgängig machen zu wollen. Das ist auch nicht der richtige Weg. Zu Antrag 17: Es ist ein Einzelmitglied unserer Fraktion, das den Antrag miteingereicht hat. Der Rest der Fraktion möchte aber nicht auf die Schliessung des Hallenbads Hirschengraben verzichten. Somit ist das auch etwas, das wir nicht unterstützen können.

Eva Chen (AL) für die Fraktion AL/PdA: Mit unserem Antrag fordern wir, dass betreffend Betreuungsgutscheine ab Planjahr 2024 mit den Zahlen im sogenannten Worst Case gerechnet wird. Die Prognosen zum Bedarf und der Nachfrage nach Kinderbetreuung sind nach wie vor mit grossen Unsicherheiten verbunden. Die Pandemie hat sowohl in der Arbeitswelt und – mit ihr verbunden – auch in der Kinderbetreuung Veränderungen mit sich gebracht. Die langfristigen Entwicklungen sind schwierig abzuschätzen. Sozialverträgliche Unterstützungsangebote haben für uns eine hohe Priorität. Wir sind uns bewusst, dass, auch wenn zu wenig budgetiert würde, alle, die die Kriterien erfüllen, Anrecht auf Betreuungsgutscheine hätten. Trotzdem wollen wir nicht riskieren, dass plötzlich noch an den Kriterien herumgeschraubt würde, wenn das doch der Fall wäre.

Ich komme zum Fraktionsvotum und kann mich heute sehr kurzhalten. Die Fraktion AL/PdA wird sämtliche Anträge der Fraktionen Mitte, FDP/JF und der SVP ablehnen. Bei all diesen Anträgen wird sehr deutlich, wo die Wertschätzung und die Prioritäten der Mitte-Rechts-Parteien nicht liegen und wo sie entsprechend bereit sind, Geld einzusparen, egal ob bei der Freiwilligenarbeit, bei sozialen Angeboten, Sensibilisierungsmassnahmen oder Beratungsangeboten. Es ist überall das gleiche Muster. Man hat zwar lobende Worte – die SVP nicht einmal das –, aber das Geld hat man natürlich nicht. Solche Bestrebungen auch mit finanziellen Mitteln zu unterstützen und diesen Weg auch faktisch wertzuschätzen, ist für uns selbstverständlich und darum nicht verhandelbar. Dass Geld extrem wichtig ist, hören wir genug, aber wohin gehen wir, wenn die Marktwirtschaftlichkeit der einzige geltende Faktor sein soll.

Die Kürzungen von Ressourcen hingegen unterstützen wir nicht und werden darum Antrag 9 SBK und Antrag 11 GB/JA! sowie selbstverständlich auch unseren eigenen Antrag annehmen.

Sarah Rubin (GB) begründet den Antrag der Fraktion GB/JA!: Unser Antrag fordert, dass auf den Abbau der Projektleitungsstelle im Kompetenzzentrum Alter zu verzichten und der Globalkredit um 70 000 Franken zu erhöhen sei. Der Antrag entspricht auch unserer übergeordneten Forderung, nicht auf dem Buckel des Personals und dringlicher Aufgaben zu sparen. Es ist nicht lange her, dass der Stadtrat das Altersreglement verabschiedet hat. Der Stadtrat hat damit ein klares Statement für die Alterspolitik der Stadt Bern gemacht. Damit das Reglement nicht einfach nur Papier ist, sondern in der Umsetzung Verbesserungen im Bereich Alter bewirken kann, braucht es personelle Ressourcen, damit engagierte Leute Innovationen vorantreiben können. Bei den Delegationsbesuchen hat man uns wenig überraschend erzählt, dass die Ressourcensituation im Bereich Alter insgesamt äusserst eng sei und dass sich deshalb wichtige Themen nicht oder nur begrenzt angehen lassen. Betroffen von dieser Misere ist unter anderem die vorher erwähnte Umsetzung des Altersreglements und auch die Altersstrategie 2030. Diese erwähnt zum Beispiel folgende eindrücklichen Zahlen: «Die Zahl der älteren

Menschen steigt. Während Ende 2018 16,3 Prozent der Wohnbevölkerung der Stadt Bern 65-jährig und älter waren, werden es gemäss den neusten Bevölkerungsprojektionen 2030 bereits 17 Prozent und 2050 19,5 Prozent sein.» Das wäre ein Fünftel unserer Gesellschaft in der Stadt; ein wichtiger, aber auch verletzlicher Teil der Gesellschaft, wie wir gerade während Covid erleben. Auf diesen grossen Bevölkerungsteil kommen heute und in Zukunft ausserdem mit der Klimaerhitzung und den Diskussionen um Rentenalter-Erhöhungen weitere Herausforderungen zu.

Die Hitze war auch diesen Sommer ein grosses, dringendes Thema. Darum gilt es früh hinzuschauen, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und Massnahmenpläne zu erstellen und vor allem auch umzusetzen. Das ist mit den sowieso schon sehr knappen personellen Ressourcen nicht in genügendem Mass möglich. Für eine solidarische und funktionierende Gesellschaft bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Wir hier drin sind auch direkt betroffen. Wir werden nämlich auch alt oder sind es schon.

Fraktionserklärungen zu den Traktanden 4 und 5

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion GB/JA!: Einleitend will ich nur ganz kurz auf unsere Grundsatzhaltung zur diesjährigen Budgetdebatte eingehen. Die Fraktion GB/JA! ist froh, dass sich der Spardruck endlich wieder entspannt, auch wenn wir von bürgerlicher Seite das Behauptungsmantra vom städtischen Untergang – wir haben es heute schon gehört – heute Abend noch ein paarmal hören werden.

Dabei ist es klar: Die letzten Rechnungen und die Tendenzen für dieses Jahr sind deutlich – die Lage beruhigt sich. Gleichzeitig werden die Sparpakete, die hier drinnen beschlossen wurden, durch den Personalabbau und Kürzungen von einzelnen Mitteln und Posten bereits spürbar. Viele von uns beschlossene Aufgaben sind gebremst oder sogar sistiert. Wir fordern in Anbetracht dieser Entspannungssituation jetzt eine Lockerung dieser Handbremse, weil neben der Dringlichkeit der Bekämpfung der Klimakatastrophe auch Investitionen in die soziale Sicherheit und die Förderung des solidarischen Zusammenlebens oberste Priorität haben müssen. Nach jahrelanger Abbaupolitik auf nationaler und kantonaler Ebene müssen wir jetzt umso mehr in der Stadt die Verantwortung übernehmen, auch in der Armutsbekämpfung. Aus dieser Perspektive haben wir auch das Budget der Direktion BSS angeschaut und Ihre Anträge diskutiert. Wie wir auch letzte Woche schon ausgeführt haben, finden wir es problematisch und auch bemühend, wenn Anträge sich auf Materien beziehen, die wir erst vor kurzem detailliert im Rahmen einer grossen Debatte beraten und beschlossen haben, jetzt in die Budgetdebatte hineinzuwürgen. Wir werden die Anträge im Sinne der eigentlichen Beschlüsse behandeln. Antrag 1 will den Sozialpreis abschaffen? Wir lehnen ihn ab. Es handelt sich nicht, wie im Antrag formuliert, um einen neuen Preis, sondern um eine Zusammenlegung des früheren, sogenannten Integrationspreises mit dem ebenfalls schon sehr viele Jahre existierenden Sozialpreis. Die Summe wird auch nicht erhöht, sondern die Kostenstelle hat dadurch gewechselt. Der Preis würdigt die Freiwilligenarbeit in der Stadt, die eine sehr wichtige Rolle spielt und für die Gesellschaft und das Zusammenleben bei uns in der Stadt gratis sehr viel leistet. Die paar tausend Franken, die für einzelne Projekte sehr viel Geld bedeuten, für die Stadt aber sehr wenig Geld, jetzt einzusparen, finden wir recht kleinlich. Das kommt für uns nicht infrage.

Die Anträge 2 bis 4: Kürzung Suchtforum und diese Fachstellendiskussion lehnen wir ab. Ich weiss gar nicht recht, was ich dazu sagen soll. In den Anträgen 5 und 6 geht es um die Beratungsangebote Wohnen aus der Wohnstrategie. Diese Sparanträge haben wir auch letztes Jahr in der Budgetdebatte schon diskutiert und wir hatten schon damals den Eindruck, dass die Antragstellenden nicht ganz verstanden haben, worum es bei diesen zwei Massnahmen geht. Anders kann ich mir nicht erklären, warum sie von einem Nice-to-have schreiben. Es

besteht schon sehr lange Bedarf in vielen Städten, aber auch in unserer Stadt. Einkommensschwache Leute sind auf der Suche nach einer Wohnung auf Unterstützung angewiesen. Dieser Bedarf wird von sehr vielen verwaltungsexternen Akteur*innen, die mit diesen Leuten zusammenarbeiten und eine Beratungsfunktion haben, schon lange immer wieder angemeldet, und der Gemeinderat hat darum in der Wohnstrategie diese zwei Massnahmen vorgesehen. Das Wohnen ist ein zentraler Pfeiler, wenn es um die Bekämpfung von Armut geht. Der Druck auf den Zugang zu Wohnraum spitzt sich für uns alle immer weiter zu und am meisten trifft es eben genau die Einkommensschwächsten. Ein grosses, bekanntes Problem ist für viele Menschen, dass sie sich keine Mietzinskaution leisten können, was den Zugang zu vielen Wohnungen massiv erschwert. Mit der Massnahme der Mietzinsgarantien bürgt die Stadt für die Menschen. Und für die Abwicklung des Mietzinsgarantiemodells: Es braucht eine Stelle, die das abwickeln kann und die darüber hinaus auch beraten und Unterstützung anbieten kann, was eben die Privaten nicht können.

Wenn Sie sagen, man solle kein Geld in die Hand nehmen, um ein Konzept zu erarbeiten – dieses steht schon lange. Das sollten Sie eigentlich wissen, darum steht eure Antragsbegründung recht schief in der Landschaft und der Antrag löst sich argumentativ von allein in Luft auf. Ich hoffe, die anderen lehnen diesen Antrag auch ab. Zu Antrag 7 Verzicht auf die Massnahme «niederschwellige Hilfen»: Diesen lehnen wir ab. Diese Diskussion haben wir erst gerade kürzlich sehr intensiv im Rahmen der Strategie zur beruflichen und sozialen Integration geführt. In der damaligen Debatte ist die Massnahme im Stadtrat mehrheitlich gut aufgenommen worden. Für uns ist klar, dass die Stadt den Fokus auf Menschen legen muss, die keinen oder einen erschwerten Zugang zur Sozialhilfe haben. Diese Menschen gibt es und es sind viele Menschen und die wohnen mit uns in dieser Stadt und es ist mir schleierhaft, warum die Antragstellenden behaupten, diese Massnahme wirke für die Menschen kontraproduktiv. Es geht bei dieser Massnahme zum Beispiel ganz konkret darum, ob Menschen Zugang zu Essen haben oder ob sie keinen Zugang zu Essen haben. Wir kennen alle die Bilder aus den Pandemiezeiten, als die Leute angestanden sind. Die Armut ist sichtbar geworden. Viele sind erschrocken. Jetzt ist alles wieder ein bisschen unsichtbarer, aber die Prekarität ist nicht einfach verschwunden und wir sind in der Pflicht, diese Menschen nicht hängen zu lassen. Die Menschen sind da und sie können auch nicht auf das Resultat irgendwelcher Pilotprojekte anderer Städte warten. Die brauchen jetzt Unterstützung. Die Unterstützung und das Engagement der Stadt dazu in Frage zu stellen, egal ob die Leute ausserhalb der Sozialhilfe zum Beispiel etwas zu Essen haben oder nicht, finde ich, ehrlich gesagt, recht krass.

Antrag 8 zum Betreuungsschlüssel in der Tagesbetreuung: Das haben wir im Rahmen der Schulreglements-Revision vor erst gerade sehr, sehr kurzer Zeit sehr intensiv diskutiert. Sie können sich vielleicht auch daran erinnern, dass das die zentrale Forderung gewesen ist, die seitens der Tagesschulen gestellt wurde. Und wir im Stadtrat haben dem Betreuungsschlüssel mit 43 Ja zu 30 Nein deutlich zugestimmt. Die Umsetzung dieses Betreuungsschlüssels ist bereits in Planung und es kommt für unsere Fraktion sicher nicht in Frage, jetzt wieder zurückzukrebsen. Wir finden es auch unseriös, im Rahmen der Budgetdebatte das zu kippen zu versuchen. Wir gehen aber auch davon aus, dass es nicht gelingt, weil 43 damals Ja gestimmt haben. Ich gehe mal davon aus, denen wäre es ein bisschen peinlich, jetzt einfach so wegen eines Budgetantrags umzuschwenken.

Der SBK-Antrag 9 Rückgängigmachung der Kürzung der Stelle «Quartierentwicklung» in der Dienststelle Familie & Quartier Stadt Bern (FQSB) ist uns sehr wichtig. Der Abbau dieser Teilzeitstelle aus dem Soziokulturbereich wird bereits jetzt spürbar. Es kommt bei den vielen Mitwirkungsprozessen zu weniger Mitarbeit aus soziokultureller Perspektive. Bei grösseren Quartierentwicklungen wird die Perspektive verwaltungsintern noch weniger einfließen können und die FQSB wird auch weniger Schwerpunktthemen mit den Leistungsvertragspartner*innen aus der Gemeinwesenarbeit vorantreiben können. Für uns ist das ein sehr

schmerzhafter Rückschritt, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass die soziokulturellen Angebote das Stadtgebiet sowieso nur sehr lückenhaft abdecken können, und weil für die Sozialraumplanung schon vor der Sparwut nachgewiesenermassen zu wenig Ressourcen vorhanden waren, um in den Planungsprozess der Stadt diese Perspektive einzubringen. Jetzt eine kleine Stelle, die recht viel bewirken und mithelfen konnte, die eine oder andere Lücke aufzufüllen, finden wir sehr kontraproduktiv. Das ist genau das, was ich vorhin mit der Handbremse gemeint habe. Die müssen wir jetzt irgendwie lösen. Wir müssen beim Prozess zu einer sozialen Stadt- und Quartierentwicklung, der jahrelang politisch erkämpft wurde, weitergehen. Wir bitten Sie darum, den Antrag anzunehmen. Bei Antrag 10 AL/PdA betreffend der Worst Case-Berechnungen bei den Betreuungsgutscheinen ist uns irgendwie nicht so ganz klar, worum es geht. Wir werden ihn ablehnen. Auf die Betreuungsgutscheine haben die Leute einfach Anspruch. Diese können nicht eingespart werden oder etwas ähnliches. Dort haben wir halt einfach das Problem, dass es sehr schwierig ist zu budgetieren. Unseres Erachtens wäre es sinnvoll, wenn man da einen Mittelwert einstellen würde.

Dann noch kurz zum SZMD: Die diesbezüglichen Anträge lehnen wir beide ab. Die wurden auch ein bisschen von der Zeit überholt. Man sollte sich informieren, was der Stand ist; auch in Bezug auf die Prüfung einer Zusammenarbeit mit der Uni – die hat schon lange stattgefunden. Für die Uni ist die Zusammenlegung im Moment nicht prioritär.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Wir von der Fraktion GFL/EVP tragen auch das Budget der Direktion BSS mit, das der Gemeinderat uns vorgelegt hat. Das heisst, wir werden eigentlich alle Anträge mehrheitlich ablehnen. Wir sind der Meinung, dass er uns mit einem Spagat zwischen Sparen und nötigen Investitionen einen ausgewogenen Vorschlag vorgelegt hat. Ich sage nur zu zwei Anträgen etwas. Zuerst zum Antrag 1, in dem es um den Sozialpreis geht. Dazu haben wir Stimmfreigabe beschlossen, weil ein Teil unserer Fraktion findet, die Preisverleihung habe relativ wenig nachhaltigen Impact. Ganz wichtig – Antrag 8: Dabei geht es um die Kürzung bei der Verbesserung des Betreuungsschlüssels an den Tagesschulen. Wir lehnen den Antrag zwar mehrheitlich ab, werden aber nur jetzt gerade bei der Personalaufstockung für die Tagesschulen mitziehen; das heisst, bei dieser halben Million zusätzlich, weil es im Moment darum geht, den Betreuungsschlüssel bei den Kindergartenkinder anzuheben. Um diesen Vier- bis Sechsjährigen gerecht zu werden, ist mehr gutes Betreuungspersonal sicher nicht daneben. Es gibt seit der Änderung des Kantons bei den Kitas auch viel mehr Kindergartenkinder, die in der Tagesschule betreut werden. Bei den oberen Schulstufen, bei denen in den nächsten Jahren die entsprechenden Kosten entstehen werden, also beim Betrag im IAFP, nein im IAFP ist er eben noch nicht eingestellt, weil wir die Debatte erst nachher gehabt haben. Aber beim nächsten IAFP werden wir nicht mehr mitmachen. Wir wollen dem Kanton nicht den Gefallen tun, selbst mehr zu finanzieren als er. Allerdings möchte ich auch noch anfügen, dass es aktuell für die Tagesschulen nicht einfach ist, genug Personal mit den geforderten Qualifikationen zu finden. Wie gesagt, alle anderen Anträge lehnen wir ebenfalls ab.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO hat kein Verständnis für Massnahmen, die Bildung, Chancengleichheit oder den Service Public schwächen. Viele Menschen sind aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung und der Auswirkungen der Pandemie in ihrer beruflichen Existenz bedroht oder haben ihre Perspektiven verloren. Die Chancenungleichheit in den Schulen ist erneut grösser geworden. Die psychische Gesundheit vieler Menschen hat gelitten. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet. Das Ausmass dieser Auswirkungen lässt sich im Moment nur erahnen. Für uns ist klar, dass man reagieren muss und das machen wir sicher nicht mit einem Sozialabbau. Gleichzeitig ist für uns aber auch klar, dass wir eine nachhaltige Finanzstrategie brauchen, damit die Stadt

auch langfristig autonom die Chancengleichheit und die soziale Sicherheit der Menschen stärken kann. Kommen wir jetzt zu den IAFP-Anträgen in chronologischer Reihenfolge. Wir werden die Anträge 1 bis 8 ablehnen. Ein Suchtforum als Luxus-Veranstaltung zu bezeichnen, wie der Antrag 2 SVP, oder die Koordinationsstelle Sucht ganz abschaffen zu wollen, wie Antrag 3 fordert, ist ein riesiger Affront. Die Koordinationsstelle hat zum Ziel, dass die Menschen mit einem Suchtproblem ein passendes Hilfsangebot finden und das auch in Anspruch nehmen können. Solche niederschweligen Angebote sind für Betroffene enorm wichtig. Das Suchtforum vermittelt Wissen im Umgang mit einem Abhängigkeitsverhältnis und Konsum. Es fördert aber auch den Austausch zwischen Fachpersonen, Verwaltung und Suchtinstitutionen. Jetzt komme ich zum Betreuungsschlüssel. Wie bereits erwähnt, haben wir diese Diskussion eigentlich erst gerade geführt. Trotzdem möchte ich noch einmal kurz darauf eingehen. Ein Betreuungsschlüssel 1 zu 6 gewährleistet eine qualitativ hochwertige Betreuung und fördert die Kinder. Mitarbeitende leisten eine wichtige und anspruchsvolle Arbeit. Ihnen vertrauen wir schliesslich unsere Kinder an. Sie sollen dafür gut entlohnt werden und zu fairen Bedingungen arbeiten können. Es braucht einen tiefen Betreuungsschlüssel und genügend Personal. Eine Erhöhung des Betreuungsschlüssels, wie Antrag 8 fordert, kommt für uns sicher nicht in Frage. Antrag 9 SBK werden wir ablehnen. Die Quartierentwicklung wird in der Stadt vom Trägerverein für die offene Jugendarbeit in der Stadt Bern (toj), der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (VBG) und dem Dachverband für die offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern (DOK) wahrgenommen und ist mit Leistungsverträgen geregelt. Das Zurückholen einer einzelnen Stelle mit einer Querschnittsfunktion würde den Quartierentwicklungsprozess und die Planung sozialer Entwicklung und Infrastruktur kaum fördern, da keine zusätzlichen Ressourcen zur Ausführung vorgesehen sind. Antrag 11 lehnen wir aus ähnlichen Gründen ab wie Antrag 9. Auch wenn einzelne Projekte oder Koordinationsstellen nicht eingespart werden, fehlen die Ressourcen zur Umsetzung trotzdem. Zudem liegt es auch nicht in der Kompetenz des Parlaments zu entscheiden, welche Stellen geschaffen werden und welche nicht. Antrag 12 auf Streichung des Tags der Nachbarschaft lehnen wir ab. In vielen Quartieren und Wohnsiedlungen bietet der Tag eine Möglichkeit für Begegnungen und ein Zusammenkommen für die gesamte Bevölkerungsgruppe. Eine Kürzung der Nettokosten des schulzahnmedizinischen Diensts lehnen wir ebenfalls ab. Der schulzahnmedizinische Dienst erbringt wichtige Leistungen im Bereich der Frühberatung, der obligatorischen Zahnuntersuchung, der Zahnreinigung und auch für kieferorthopädische Eingriffe. Gerade für Menschen mit schmalen Budget ist der schulzahnmedizinische Dienst eine zentrale Anlaufstelle. Antrag 14 wie auch die Anträge 15 bis 19 SVP werden wir alle ablehnen.

Wie Sie gemerkt haben, folgen wir bei unserem Abstimmungsverhalten einer klaren Linie. Wir müssen solidarisch bleiben, erst recht in Krisenzeiten, das heisst, alle Massnahmen, die die soziale Sicherheit gefährden, werden wir klar ablehnen. Wir hoffen, Sie folgen unserem Beispiel.

Corina Andrea Liebi (JGLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Es ist fünf vor Köniz, auch bei der Direktion BSS. Nachhaltig mit den Finanzen umgehen heisst auch, nicht Geld auszugeben, wenn man gar keines zur Verfügung hat. Geschätzte Anwesende, das Wasser steht uns bis zum Hals. Für die Fraktion GLP/JGLP ist es unverständlich, wie an der heutigen Sitzung Anträge eingereicht werden können, die schon beschlossene Sparmassnahmen bei der Direktion BSS wieder rückgängig machen wollen. Wir lehnen die Stellenerhöhung bei der Quartierentwicklung und beim Kompetenzzentrum Alter daher ab; auch die meisten anderen Anträge, die für die Direktion BSS eingereicht wurden.

Die Schaffung eines neuen Beratungsangebots Wohnen wie auch die Einführung zusätzlicher, niederschwelliger Hilfen weit über dem gesetzlichen Minimum erachten wir als Leistungsausbau, der angesichts dieser aktuellen städtischen Finanzlage einfach nicht drinliegt.

Zur Tagesbetreuung möchten wir auch noch kurz Stellung nehmen. Die Fraktion GLP/JGLP war bei der Schulreglementdiskussion im Stadtrat grossmehrheitlich gegen einen Betreuungsschlüssel von 1 zu 6. Eine Kompromisslösung in Form eines Betreuungsschlüssels 1 zu 8, der leider gar nicht zur Diskussion stand, hätten wir aber mitunterstützt. Jetzt darauf zurückzukommen, um einen Betreuungsschlüssel von 1 zu 10 zu beschliessen, würden wir aber nicht unterstützen, weil wir das nicht als mehrheitsfähig erachten. Die unnötige Bürokratie, die eine erneute Reglementänderung mit sich bringen würde, erachten wir nicht als zielführend. Darum lehnen wir die entsprechenden Anträge der Fraktion FDP/JF ab. Danke, dass Sie heute Abend bei der Abstimmung mit Augenmass vorgehen und auch ein Auge auf unsere Finanzen haben.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Merci vielmals für diese Diskussion und auch Ihre Anträge, auf die ich nachher noch teilweise eingehe. Insgesamt gilt für das Budget der Direktion BSS das gleiche wie für die anderen vier Direktionen auch. Ich bitte euch im Namen des Gemeinderats dem gemeinderätlichen Vorschlag zu folgen. Ich komme zu ein paar Anträgen, zu denen ich gerne noch etwas sagen möchte. Antrag 1: Das kann ich einfach schlichtweg nicht nachvollziehen. Bis 2018 haben wir 15 Jahre lang immer den Sozialpreis der Stadt Bern vergeben. Wir haben eine Jury, die breit abgestützt ist und aus Leuten gemeinnütziger Organisationen, aus der Wirtschaft und neu auch aus dem Integrationsbereich besteht. Und diese Jury hat entschieden, dass sie ab 2019 den Integrations- und den Sozialpreis zusammenlegen will. Wir haben auch gesagt, wir wollen eine neue Ausrichtung des Preises. Wir haben eine Standortbestimmung gemacht und gesagt, wir wollen das freiwillige Engagement in der Stadt Bern auszeichnen und nicht Organisationen, die bezahlte Arbeit leisten. Darum kann man sich nur noch bewerben, wenn man sich ohne Entgelt engagiert. Der Betrag setzt sich zusammen aus 10 000 Franken der Stadt und 10 000 Franken der Stiftung. Der Hinweis, dass die Burgergemeinde schon einen solchen Preis vergibt, ist auch falsch. Die Burgergemeinde hat wie die Stadt auch entschieden, dass sie ihren Sozialpreis und ihren Kulturpreis abschafft. Sie zeichnet neu das Engagement in Kultur und Gesellschaft aus – immer unter einem spezifischen Thema. Der Preis der Stadt ist offen für alle Angebote in der Freiwilligenarbeit, auch für Sportangebote, auch für Integrationsangebote, auch für kulturelle oder soziale Angebote.

Ich kann auch es nicht nachvollziehen, wenn die GFL/EVP-Sprecherin sagt, der Preis sei nicht nachhaltig, wenn man schaut, was die Organisationen, die den Preis oder einen Teil dieser 20 000 Franken bekommen, damit machen. Sie schauen nicht primär zuerst für sich, sondern sie schauen, wie sie mit dem Preisgeld ihr freiwilliges Engagement stärken können. Darum verstehe ich schlichtweg nicht, warum man nicht einmal pro Jahr die wertvolle freiwillige Arbeit, die in der Stadt Bern überall geleistet wird – ohne die wir in der Stadt kein so gutes Netz, kein so vielfältiges Angebot hätten, das unterschiedlichen Menschen zukommt –, nicht ein einziges Mal, nämlich am Tag der Freiwilligenarbeit, in der Stadt Bern ins Zentrum, ins Schaufenster stellen darf; etwas das man seit 18 Jahren macht. Das erscheint mir ein Armutszeugnis für eine offene Stadt. Das gleiche gilt ein bisschen für Antrag 12. Auch dass man den Tag der Nachbarschaft abschaffen will, verstehe ich nicht. Beim Tag der Nachbarschaft geht es um die Stärkung und die Unterstützung und darum, einmal ins Zentrum zu stellen, was alles in der Nachbarschaft geleistet wird. Corona hat es einmal gezeigt, damals war es sichtbar. Heute wird das alles immer noch so geleistet. Dass man auch hier sagt: Nein, das ist nicht nötig, kann ich nicht verstehen. Auch die Nachbarschaft ist etwas, das freiwillig ist und in diesem Sinne ohne Entgelt geleistet wird.

Zu Antrag 2: Das Suchtforum zu streichen sehe ich auch nicht ein, weil die Suchtpolitik in der Stadt Bern eine vernetzte Politik ist. Es braucht die vernetzenden Gefässe und den fachlichen Austausch unter den Organisationen. Das Suchtforum hat in der Vergangenheit immer jährlich stattgefunden. Im Sinne einer Sparmassnahme hat man es jetzt auf zwei Jahre herunterge-

kürzt. Dieses Jahr wird Wohnen für Armutsbetroffene das Thema sein. Ein äusserst wichtiges Thema. Ich komme bei den Anträgen 5 und 6 darauf zurück. Die Anträge 3 und 4, die die Fachstelle für Migration und Rassismus aufheben wollen, bitte ich auch abzulehnen. Zu sagen, es gebe schon genügend solche Fachstellen, ist falsch. Bund und Kanton setzen bei ihrer Arbeit im Bereich Migration und Rassismusfragen auf die Gemeinden, darauf, dass die Gemeinden die nötigen Fachstellen haben. Ich möchte Ihnen zu bedenken geben, dass wir eine Stadt mit 162 Nationen sind. Daher ist es auch wichtig, dass man sich um die Menschen kümmert, die einen Migrationshintergrund haben, die neu in dieser Stadt Bern ankommen. Die Frage, warum Rassismusfragen immer noch einen solch grossen Stellenwert haben, wäre eine längere Debatte. Ich bin der Meinung, dass wir gerade bei Rassismusfragen immer noch genau und präzise hinschauen müssen. Es wäre schön, wenn man das nicht müsste, aber davon sind wir noch weit entfernt. Zu den Anträgen 5 und 6 betreffend Wohnstrategie: Dazu kann ich einfach nur sagen, was gewisse Vorrednerinnen gesagt haben: Dass man das Angebot gerade in der heutigen Zeit als Nice-to-have bezeichnet, kann ich nicht nachvollziehen, wenn man sieht, wie schwierig es die Leute auf dem Wohnungsmarkt haben – gerade Leute, die eher kleine Einkommen haben, oder Leute, die zu den sogenannten Randständigen gehören. Ich finde, es ist eine Errungenschaft in unserer Wohnstrategie, dass wir den Fokus auch auf diese Leute gelegt haben, und es ist zwingend notwendig, dass wir jetzt endlich die zwei Massnahmen auch konkret umsetzen können.

Antrag 7 betreffend die niederschweligen Hilfen: Der FDP/JF-Sprecher hat gesagt, es sei Gemeinderätin Teuscher, die das wolle. Ich kann sagen, es ist nicht Gemeinderätin Teuscher, die das will. Wir hatten vor drei Tagen den runden Tisch Armut in der Stadt Bern. Ihm gehören kirchliche Organisationen an, die Gassenarbeit und soziale Organisationen. Der Tenor war einhellig: Wir nehmen zwar zur Kenntnis, dass Leute, die unter Corona gelitten haben, wieder einen Job haben, aber es gibt immer noch eine Gruppe, die den Anschluss nicht gefunden hat. Diese stehen viel schlechter da als vor Corona. Soziale Spannungen haben bei diesen Leuten zugenommen. Die Prekarisierung ist nicht nur eine sozialpolitische Frage, sondern auch eine gesellschaftspolitische Frage. Viele Themen auch im Sicherheitsbereich werden durch die Prekarisierung verschärft. Und darum glaube ich, müssen wir hier genau hinschauen; genau hinschauen, weil wir auch wissen, dass der kommenden Winter genau für Leute, die nicht viel Geld haben, nicht einfach wird. Die gesundheitlichen Risiken, ob das jetzt Corona sei oder andere, werden sich verschärfen. Die Teuerung wird gerade für Leute, die nicht viel Geld haben, extrem zu Buche schlagen. Sie werden sich weniger oder nichts mehr leisten können, von den Energiepreisen gar nicht zu reden. Darum verstehe ich auch nicht, dass man die niederschweligen Hilfen nicht konzipieren will. Wir haben klare Kriterien, die diese Personen erfüllen müssen, wenn sie davon profitieren oder wenn sie diese abholen wollen. Wir werden das Geld nicht ausgeben, wenn wir es nicht brauchen. Aber wenn wir es brauchen, wollen wir nicht zulassen, dass weiterhin die Armut in der Stadt Bern einfach so hingenommen wird. Ich glaube, wir waren alle schockiert darüber, was Corona in Bezug auf Armut auch in der Stadt Bern gezeigt hat. Ich komme noch zu den Anträgen 13 und 14 betreffend SZMD. Ich bitte Sie, beide abzulehnen. Antrag 13 verlangt, dass man die Synergieeffekte einer Zusammenlegung beider Standorte im Budget mitberücksichtigt. Die Zusammenlegung der zwei Standorte war eine FIT-Massnahme. Wir haben schon im Budget 2022 300 000 Franken eingespart und werden 2023 noch einmal rund 300 000 Franken einsparen. Man kann auch beim Sparen nur einmal sparen. Den Antrag für eine Zusammenarbeit mit der ZMK bitte ich auch abzulehnen, weil die Zusammenarbeit im Bereich Kieferorthopädie und fachliche Gutachten bereits läuft. Sie ist in diesem letzten Jahr auch noch verstärkt worden. Sie wird weitergeführt. Wir sind weiterhin mit der zahnmedizinischen Klinik der Uni im Austausch. Aber Fakt ist, dass man die grossen Einsparungen machen könnte, wenn man einen Standort zusammen hätte. Der ist in weiter Ferne, weil der Kanton entschieden hat, dass der

ZMK-Neubau erst nach 2030 kommt. Ich komme noch auf den Sprecher der Fraktion FDP/JF zurück: Er hat gesagt, man solle der Verwaltung nicht immer neue Aufträge erteilen, neue Aufgaben geben. Ich kann hierzu nur sagen, man muss der Verwaltung nicht eine Planungs-erklärung auf den Weg geben und sagen, es brauche eine Prüfung der Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit ist am Laufen. Ich möchte diese daher nicht prüfen, sondern weiterhin mit der ZMK umsetzen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 FDP/JF, Mitte ab. (16 Ja, 52 Nein, 1 Enthalt) [Namen](#) 004
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2 SVP ab. (11 Ja, 56 Nein, 1 Enthalt) [Namen](#) 005
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 SVP ab. (8 Ja, 60 Nein, 1 Enthalt) [Namen](#) 006
4. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag 4 SVP ab. (10 Ja, 60 Nein, 0 Enthalt) [Namen](#) 007
5. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag 20 SVP ab. (16 Ja, 53 Nein, 0 Enthalt) [Namen](#) 008
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 Mitte, FDP/JF ab. (25 Ja, 45 Nein, 0 Enthalt) [Namen](#) 009
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 6 Mitte, FDP/JF ab. (25 Ja, 45 Nein, 0 Enthalt) [Namen](#) 010
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag 7 Mitte, FDP/JF ab. (25 Ja, 45 Nein, 0 Enthalt) [Namen](#) 011
9. Der Stadtrat lehnt den Antrag 8 FDP/JF ab. (15 Ja, 51 Nein, 3 Enthalt) [Namen](#) 012
10. Der Stadtrat lehnt den Antrag 9 SBK ab. (19 Ja, 50 Nein, 1 Enthalt) [Namen](#) 013
11. Der Stadtrat lehnt den Antrag 10 AL/PdA ab. (10 Ja, 55 Nein, 4 Enthalt) [Namen](#) 014
12. Der Stadtrat lehnt den Antrag 11 GB/JA! ab. (17 Ja, 53 Nein, 0 Enthalt) [Namen](#) 015
13. Der Stadtrat lehnt den Antrag 12 FDP/JF ab. (22 Ja, 47 Nein, 1 Enthalt) [Namen](#) 016
14. Der Stadtrat lehnt den Antrag 13 Mitte ab. (12 Ja, 58 Nein, 0 Enthalt) [Namen](#) 017
15. Der Stadtrat lehnt den Antrag 14 FDP/JF, Mitte ab. (16 Ja, 52 Nein, 1 Enthalt) [Namen](#) 018
16. Der Stadtrat lehnt den Antrag 15 SVP ab. (7 Ja, 63 Nein, 0 Enthalt) [Namen](#) 019
17. Der Stadtrat lehnt den Antrag 16 SVP ab. (6 Ja, 63 Nein, 0 Enthalt) [Namen](#) 020
18. Der Stadtrat lehnt den Antrag 17 SVP, Sibyl Martha Eigenmann ab. (10 Ja, 60 Nein, 0 Enthalt) [Namen](#) 021
19. Der Stadtrat lehnt den Antrag 18 SVP ab. (7 Ja, 63 Nein, 0 Enthalt) [Namen](#) 022
20. Der Stadtrat lehnt den Antrag 19 SVP ab. (19 Ja, 47 Nein, 3 Enthalt) [Namen](#) 023

Direktion TVS

Anträge

1	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	Die Direktion TVS zeigt auf, wo innovative Projekte (Arbeitsunterstützungen mit neuer Technik, Automationen etc.) verfolgt werden und wieviel CHF und Full Time Equivalent (FTE) dafür eingeplant ist.
2	SVP	IAFP	Die Stadt erstellt auf der Schützenmatte wieder kostenpflichtige Parkplätze.
3	SVP	IAFP	Die Stadt erstellt neue zusätzliche kostenpflichtige Parkplätze, bisherige Parkplätze in weissen und/oder blauen Zonen dürfen nicht umgewandelt werden.
4	SVP	IAFP	Die Parkgebühren seien auf Fr. 2.50 pro Stunde zu reduzieren.
5	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	Auf die Erhöhung der Gebühr für das Parkieren ist zu verzichten. Der budgetierte Mehrerlös in Höhe von CHF 1 800 000 ist zu eliminieren.
6	SVP	PGB	Die Stadt erstellt auf der Schützenmatte wieder kostenpflichtige Parkplätze. Die Mehreinnahmen von Fr. 400 000.00 sind im Budget entsprechend zu kürzen.

7	FDP/JF, Die Mitte	PGB	Auf die Erhöhung der Gebühr für das Parkieren ist zu verzichten. Der budgetierte Mehrerlös in Höhe von CHF 1 800 000 ist zu eliminieren.
8	SVP	IAFP	Eventualantrag zu Antrag 4: Die Einführung einer Monatsveloparkvignette von CHF 10.-, Halbjahresveloparkvignette von CHF 25.-, Jahresveloparkvignette von CHF 30.-
9	GB/JA!	PGB	Auf die geplante Stellenreduktion ist zu verzichten (vgl. IAFP S. 82) und das Budget entsprechend um 110 000.- aufzustocken.
10	GB/JA!	PGB	Auf die geplante Stellenreduktion ist zu verzichten (vgl. IAFP S. 82) und das Budget entsprechend um 180 000.- aufzustocken.
11	SP/JUSO	PGB	Das Budget für Baumpflege und -kontrolle ist um CHF 100 000.- aufzustocken.
12	GLP/JGL P	IAFP	Der Gemeinderat plant eine neue Parkanlage für Bümpliz und verzichtet auf das Anlegen neuer Gräber auf dem Friedhof Bümpliz. Künftig sollen Bestattungen in neuen Gräbern nur noch auf den beiden grösseren Friedhöfen (Bremgarten- und Schosshaldenfriedhof) erfolgen. Die Gräber auf dem Friedhof Bümpliz bleiben bis zum Ablauf der Konzessionen bestehen. So lange dient die Anlage noch als Friedhof, später dann als öffentliche Parkanlage.
13	GB/JA!	PGB	Auf die geplante Stellenreduktion ist zu verzichten (vgl. IAFP S. 82) und das Budget entsprechend um 60 000.- aufzustocken.
14	SVP	IAFP	Für die Verkehrsplanung gilt für die nächsten vier Jahre ein Personalstopp.
15	SVP	IAFP	Die Verkehrsplanung hat ihren Personalbestand um 30% innerhalb der nächsten drei Jahre zu kürzen.
16	SVP	IAFP	Kürzung der Mittel um 50%
17	SVP	IAFP	Eventualantrag: Kürzung Mittel um 25%.
18	SVP	IAFP	Dem Schutz der Fussgänger vor Velos sei endlich die nötige Priorität einzuräumen, dies sowohl betr. fahrenden als auch des ruhenden Veloverkehrs.
19	SVP	PGB	Kürzung des Budgets um 2 Millionen.
20	SVP	PGB	Eventualantrag: Kürzung des Budgets um 1 Million.
21	SVP	PGB	Globalkürzung um CHF 2 450 000 bei der Förderung Fuss- und Veloverkehr.
22	SVP	PGB	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um Fr. 1 500 000.00 zulasten PG580200 Förderung Fuss- und Veloverkehr. Der Betrag ist vollumfänglich für den Schuldenabbau einzusetzen.
23	SVP	PGB	Eventualantrag: Globalkürzung um CHF 1 000 000 bei der Förderung Fuss- und Veloverkehr.
24	SVP	PGB	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um 250 000 Franken zulasten PG580200 Förderung Fuss- und Veloverkehr. Der Betrag sei vollumfänglich für Schuldenabbau einzusetzen.
25	SVP	PGB	Kürzung der Nettokosten um 350 000 Franken zugunsten Erhöhung der Nettokosten bei PG210100 Kantonspolizei (siehe SVP-Antrag bei Kantonspolizei).
26	SVP	PGB	Die Mittel für das Veloverleihsystem sind um Fr. 500 000.00 zu kürzen.
27	SVP	IAFP	Auf die geplante Einführung und die weitere Planung eines neuen Abfall- und Wertstoffsammelsystems (Farbsacktrennsystem) soll verzichtet werden.

PVS-Sprecher *Michael Ruefer* (GLP): Ich spreche zuerst zu Stadtgrün und zur Verkehrsplanung. Das war die erste Delegationsgruppe. Stadtgrün hat im Zug der FIT-Massnahmen Dienste zentralisiert und so die Nettokosten gesenkt. Innerhalb der Direktion schaut man inzwischen sehr systematisch und ämterübergreifend, was priorisiert werden soll. Man schaut, welche Projekte verschoben werden können, ohne dass der Unterhalt und die Grünraumpflege zu stark darunter leiden. Zu erwähnen ist, dass Stadtgrün seine Dienste und Aufgaben in den nächsten Jahren auch erweitert. Gerade wird der Park Holligen-Nord neu gemacht. Dazu kommen demnächst die Sanierung des Schosshaldenfriedhofs und der Viererfeldpark, wenn die Bevölkerung der Überbauung zustimmt. Ein Kostentreiber sind die steigenden Sachkosten

von rund 10 Prozent für Maschinen und Geräte. Für Bepflanzungen, Baumpflege, Dünger, Holz, Metall, Maschinen wird mit Mehrkosten von mindestens 150 000 Franken gerechnet. Weiter erwähnenswert ist, dass der funktionelle Unterhalt mit FIT II stark reduziert wurde. Der Stadtrat hat letztes Jahr eine Planungserklärung überwiesen. Die Auswirkungen der FIT II-Massnahmen seien zu überprüfen. Die Berichterstattung dazu wird uns der Gemeinderat mit dem nächsten Aufgaben- und Finanzplan vorlegen. Zur Verkehrsplanung: Diese beschäftigen einerseits die Arealentwicklungen und Mobilitätskonzepte, die damit verbunden sind, so etwa beim Gaswerkareal, beim Viererfeld und der Wankdorffeldstrasse. Hinzu kommen Prüfungen zusammen mit der Regionalkonferenz, zum Beispiel im Rahmen der Studie zur zweiten Tram-Achse in der Altstadt und der Überprüfung des Basisstrassennetzes. Aktuell ist auch die Veloparkierung rund um den Bahnhof ein grosses Thema, auch im Hinblick auf die Grossbaustelle, die es im Hirschengraben im Zusammenhang mit Zukunft Bahnhof Bern (ZBB) geben wird.

Zum Tiefbauamt: Dort haben wir lange über den Zustand der Tiefbauinfrastruktur geredet. Generell kann man feststellen, dass die Infrastruktur gegenwärtig noch in einem guten Zustand ist. Im Lauf der nächsten Jahre muss man aber schauen, welche Auswirkungen die beiden FIT-Pakete haben. Am Unterhalt der Infrastruktur sieht man, dass man ein paar Jahre herunterfahren kann, dass aber schon bald wieder mehr Mittel für den Unterhalt nötig sind. Auch beim Reinigungsstandard der Strassen sind Abstriche nötig. Hier sind die FIT-Massnahmen deutlich spürbar.

Ein paar Highlights noch zu laufenden Projekten: Das Tiefbauamt begleitet den Ausbau des Fernwärmenetzes bei EWB sehr eng. Der Gemeinderat hat im Sommer kommuniziert, dass er mit einem Rahmenkredit parallel zum Ausbau des Fernwärmenetzes stadtklimatische und verkehrstechnische Massnahmen finanzieren will. Das dürfte ein sehr grosser Posten werden. Auch in den nächsten zwei Jahren startet der Bau der Tramlinie Bern-Ostermundigen. Im Bereich Schönburg konnte man noch Anpassungen machen. Heute hat Bernmobil auch die Änderungen bei der Schönburgkreuzung und beim Bahnhof Ostermundigen dem Bundesamt für Verkehr (BAV) zur Genehmigung übergeben. Demnächst reden wir hier im Stadtrat auch über den Kredit für den generellen Entwässerungsplan (GEP), die Grundlage für die Erhaltungsplanung wie auch die Neu- und Ausbauplanung. Mit dem GEP soll der gute Zustand des bestehenden Abwassernetzes erhalten, Massnahmen umgesetzt und der Gewässerschutz punktuell verbessert werden. Es sind in den nächsten Jahren zum Teil bis zu 30 Millionen Franken in der Investitionsplanung dafür eingestellt.

Ganz am Schluss haben wir in der PVS oder respektive an den Delegationsbesuchen über die Einführung des Farbsack-Trennsystems geredet. Als erstes wird das Farbsack-Trennsystem im Stadtteil 3 ausgerollt. Es kommt zu Verzögerungen, das ist bekannt. Die Überprüfung von öffentlichen Container-Standplätzen braucht mehr Zeit als erwartet. Die Quartierkommissionen sind eng in die Planungen einbezogen. Die PVS hat den IAFP der Direktion TVS siebenmal positiv und zweimal neutral zur Kenntnis genommen und das Budget mit 7 Ja und 0 Nein bei 2 Enthaltungen zur Annahme empfohlen.

Antragsbegründungen und Fraktionserklärungen zu den Traktanden 4 und 5

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ein Teil der Anträge kommt Ihnen bekannt vor. Wir stellen sie bewusst wieder. Steter Tropfen höhlt den Stein. Wir haben immer gegen die Velobrücke gekämpft, Sie haben jetzt aufgegeben. Wir haben immer gegen den Helvetiaplatz gekämpft, weil wir einfach sagen, das sei zu teuer. Schlussendlich hat man es aufgegeben. Ich hoffe, man merkt jetzt noch die anderen Fehler, die es hat, und gibt sie auf. Beim Kirchenschulhaus hatten wir leider keinen Erfolg. Ich komme zu Antrag 2: Die Stadt erstellt auf der Schützenmatte wieder kostenpflichtige Parkplätze. Sie haben es gesehen, seitdem wir

diese aufgehoben haben, hatten wir nichts als Ärger. Die Kriminalität hat zugenommen. Man hat X Versuche gemacht, die gescheitert sind, die kosten und nichts bringen. Daher, wir brauchen Geld und dort können wir Geld bekommen. Ich selbst würde zwar niemandem empfehlen, dort das Auto abzustellen, weil ich Angst wegen Sachbeschädigungen hätte, aber immerhin, es gibt wieder Geld und ich empfehle Ihnen darum, dem Antrag zuzustimmen.

Antrag 3: Die Stadt erstellt neue, zusätzliche, kostenpflichtige Parkplätze. Bisherige Parkplätze in weissen oder blauen Zonen dürfen dabei nicht umgewandelt werden. Wir sind in Geldnot und es gibt eine grosse Nachfrage nach Parkplätzen. Darum sind wir der Meinung, es sei eine Win-Win-Situation, wenn wir das machen. Antrag 4 betreffend Parkgebühren: Diese seien auf 2.50 Franken pro Stunde zu reduzieren. Auch nach Auffassung des Preisüberwachers sind die Gebühren viel zu hoch. Darum haben wir den Antrag gestellt.

Mit Antrag 6 haben wir noch präzisiert, die Mehreinnahmen seien ins Budget aufzunehmen und das Budget sei entsprechend zu kürzen.

Antrag 8: Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, das ist kein Eventualantrag. Hier geht es darum, dass wir eine Monatsveloparkvignette oder eine Halbjahresvignette mit bescheidenen Beträgen einführen wollen. Ich bin gespannt. Wir hätten auch einen weiteren Antrag gehabt, der aber nicht aufgenommen wurde. Vielleicht wurde da etwas gelöscht. Wir verzichten darauf, weil er es schon letztes Jahr nicht geschafft hat. Aber denken Sie einfach daran, man kann nicht immer mehr verlangen. Wir sind der Meinung, das ist Gemeingebrauch. Und wenn Sie schon bei den Automobilisten alles wie verrückt erhöhen wollen, sollten wir auch von den Velos etwas bekommen. Vielleicht noch etwas zur Information. Wieso haben wir keinen Antrag gestellt? Wir unterstützen selbstverständlich jene von FDP/JF und Mitte punkto Erhöhung der Parkgebühren, aber wir haben ganz generell bei der Eintrittsdebatte einen Antrag gestellt, der noch viel weitergeht, indem wir nämlich gesagt haben, wir wollten gar keine neuen Steuererhöhungen und Gebühren, aber wir unterstützen selbstverständlich den Antrag der Fraktionen FDP/JF und Mitte. Nicht, dass Sie meinen, wir hätten da irgendeine Differenz. Wir wollten einfach dort noch etwas tiefer gehen und auch die Hundegebühren und allenfalls drohende Meerschweinchenhaltergebühren oder Kanarienvogelgebühren von allem Anfang an abschliessen.

Antrag 14: Wir verlangen bei der Verkehrsplanung einen Personalstopp. Sie sehen, was wir in der Stadt Bern haben. Man darf jetzt praktisch nirgends mehr autofahren. Parkplätze werden aufgehoben. Wenn man jetzt so rigoros Parkplätze abbaut, dann sollte man mindestens um 40 Prozent oder was auch immer eben auch bei der Verkehrsplanung entsprechend Stellen abbauen, sonst kommen sie auf den Gedanken noch weitere Parkplätze abzubauen und noch weitere Verkehrsplanungen zu machen. Sie sehen auch die Anträge 15 bis 24. Ich versuche, diese relativ kurz begründen. Auch diese sind Kürzungsanträge. Der Personalbestand sei um 30 Prozent zu kürzen, die Mittel um 50 Prozent. Dann haben wir wie immer noch einen Eventualantrag für jene, die nicht den Mut haben, einen richtig tiefen Schnitt zu machen. Aber auch eine Kürzung von 25 Prozent ist ein bisschen mehr als Kosmetik.

Antrag 18: Es scheint mir wichtig, dem Schutz von Fussgängern vor Velos endlich die nötige Priorität einzuräumen, dies sowohl betreffend fahrendem als auch betreffend ruhendem Verkehr. Ich bin gerade in den letzten schönen Sommertagen vom Eichholz Richtung Schönauweg gegangen. Ein Velofahrer fuhr in einem Garacho an mir vorbei. Als ich ihn auf das Fahrverbot hinwies, sagte er: Ich weiss. Dann hat er Gas gegeben. Wenn ich noch ein bisschen mehr gesagt hätte, wäre ich wahrscheinlich in der Aare gelandet. Darum braucht es den nötigen Eingriff. Samstags können Sie ja nicht einmal vom Bärenplatz Richtung Kantonalbank gehen, denn dort ist alles voller Velos. Da kommen Sie gar nicht durch.

Nächster Punkt: Wir haben eine generelle Budgetkürzung beim Verkehr und wieder einen Eventualantrag von nur 1 Million Franken. Wir haben auch eine globale Kürzung vorgesehen bei der Förderung des Fuss- und Veloverkehrs und einen Eventualantrag, in dem wir ein biss-

chen bescheidener sind. Sie sehen dann die Anträge 23 und 24. Ich will da nicht gross ins Detail hineingehen. Sie haben auch wiederum gesehen, dass wir als Konsequenz der Kürzungen beim Verkehr im Gegenzug eine Erhöhung bei den Nettokosten der Kantonspolizei vorsehen, damit die Kantonspolizei eben mehr Einsätze zugunsten und zum Schutz der Fussgänger leisten kann.

Antrag 25 ist ebenfalls ein Kürzungsantrag. Der Antrag 27 liegt mir wieder am Herzen. Auch die Fraktion will, dass man auf die geplante Einführung und weitere Planung des neuen Abfall- und Wertstoff-Sammelsystems verzichtet. Sie haben ja gesehen, das System dient vorab darum, Parkplätze aufzuheben. Bereits ohne Farbsack-Trennsystem gibt es im Gebiet Schillingstrasse/Denzlerstrasse 36 respektive 39 Prozent weniger Parkplätze. Im Weissenbühl werden überall Parkplätze aufgehoben. Ich glaube, es sind etwa 300 oder 500, also in einer grossen Grössenordnung. Und wenn Sie dazu noch wissen, dass es meines Erachtens ökologisch völlig verfehlt ist ... Denn, wenn Sie den Abfall nicht einmal zusammendrücken dürfen, weil der Sack sonst kaputtgeht, muss die Kehrriechtabfuhr mehr fahren und das ist ein ökologischer Blödsinn. Darum muss man den Mut haben, den Stecker zu ziehen. Nicht noch mehr Personalplanung für ein Luftsystem, das die Leute schikaniert, indem die alten Leute mehr gehen müssen. Es heisst, die Leute von Recycling und Entsorgung müsse man schonen, dafür müssen die alten Leute mit dem Abfallsack 100 oder 200 Meter gehen. Gerade wenn man sagt, man wolle sich für die älteren Leute einsetzen, ist das System völlig verfehlt und darum bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen. Ich gehe davon aus, dass sich die Leute gegen diese Abfallsache wehren. Weissenbühl musste bereits zurückgestellt werden. Ich habe das Gefühl, es wäre ehrlicher, wenn wir dort den Stecker ziehen würden, weil ein System, bei dem es mehr Lastenwagen braucht, bedeutet einen Abbau. Das ist nicht ökologisch.

Ich schliesse unser Fraktionsvotum an. Die Anträge 1 und 5 der Fraktionen FDP/JF, Mitte werden wir selbstverständlich unterstützen, Antrag 7 ebenfalls. Wir wären dort noch viel weitergegangen. Wir hätten eben auch die Meerschweinchenabgabe und Kanarienvogelhalterabgabe und Schildkrötenhaltergebühren verhindern wollen, aber die Stadt Bern ist findig. Wenn wir eine Feuerwehersatzgebühr einführen, obwohl wir eine Berufsfeuerwehr haben, und die Leute, die eben «hablich» sind, sich dort nicht einmal ausrüsten lassen können, dann droht uns allenfalls eben auch die Meerschweinchenhalterabgabe oder die Kanarienvogelabgabe oder was auch immer. Vielleicht könnte man dann wegen des Klimaschutzes für den Gartengrill auch noch Gebühren erheben. Das wäre die Logik der Stadt Bern, das ist alles möglich und das haben wir verhindern wollen, aber wir stimmen den Anträgen zu. Die Anträge 9 und 10 lehnen wir klar ab.

Zur Baumpflege und Baumkontrolle: Wenn Sie das jetzt noch aufstocken wollen – ich habe immer gesagt, wenn man etwas machen will für das Grüne, dann sollten Sie die Tramlinie nach Ostermundigen nicht bauen. Sie sollten das Viererfeld erhalten. Das wären Massnahmen, die wirklich dem Klimaschutz und dem Grünen dienen würden, Stichwort Fruchtfolgeflechte. Aber wir haben es ja zustande gebracht, dass wegen 30 Flüchtlingen oben im Viererfeld der Kanton 10 Millionen Franken ausgibt. Und jetzt ist die Fruchtfolgeflechte weg. Es wurde dort planiert für die Container, die dort stehen. Und das soll für den Klimaschutz gut sein? 30 Leute sind dort oben. Das ist die Stadt Bern, die verfehlt Politik macht. Dementsprechend haben wir auch schlechte Zahlen. Schade, dass der Stadtpräsident nicht da ist, aber richten Sie es ihm aus. Die Sache ist verfehlt. Auch ganz klar lehnen wir Antrag 12 GLP/JGLP ab, der den Friedhof aufheben will. Wir haben schon einmal darüber abgestimmt. Ich bin der Meinung, gerade im Hinblick auf Ostermundigen wäre das denkbar schlecht, denn pacta sunt servanda. Auch beim Robert Walser-Zentrum haben Sie einen Fehler gemacht, nämlich dem Antrag nicht zugestimmt. Man hat auch einen Vertrag mit diesen Leuten, als man gesagt hat, es ist das Berner Modell, wir zahlen weiterhin. Und dann setzt man sich über die bestehenden Verträge hinweg. Das geht nicht und darum muss ich sagen – und hier ist für mich ganz klar,

wenn wir jetzt bösartig wären, müssten wir dem zustimmen in der Hoffnung, dass dadurch die Ostermundiger den Braten riechen und definitiv nicht mitmachen wollen. Aber für uns ist ganz klar, wir lehnen den Antrag ganz entschlossen ab, und ich verweise auch darauf, dass wir ihn schon früher abgelehnt haben, dass diese Übung jetzt vorbei ist. Ich bin der Meinung, es wäre nicht zulässig, dass man sich über abgeschlossene Verträge hinwegsetzt und dermassen schlechte Zeichen setzt. Antrag 13 lehnen wir ebenfalls ganz klar ab. Ich danke für die Unterstützung unserer Anträge.

Laura Binz (SP) begründet Antrag 11 SP/JUSO: Die Städte haben einen grossen Einfluss auf den Klimawandel, sind aber gleichzeitig auch besonders stark davon betroffen. Besonders die dichte Bebauung, der hohe Anteil von Beton und Asphalt sowie die Emissionen des Verkehrs verstärken den Effekt städtischer Hitzeinseln. Es müssen Massnahmen umgesetzt werden, um die Lebensqualität in der Stadt zu erhalten. Bäume sind in dieser Hinsicht eine der wichtigsten Massnahmen sowohl, was das Stadtklima, als auch, was die Biodiversität angeht. Bäume wirken kühlend, fördern die Artenvielfalt, die Gesundheit und insgesamt die Lebensqualität. Baumkontrollen sind eine Voraussetzung für eine effiziente Baumpflege. Durch eine bessere Baumkontrolle sind Baumpflegemassnahmen gezielter möglich. Solche Baumkontrollen/Baumpflegemassnahmen sind dringend nötig, um in der Stadt einen gesunden und sicheren Baumbestand erhalten zu können. Die Bäume in der Stadt kämpfen nämlich zunehmend mit der Hitze und der Trockenheit; vor allem in den letzten Jahren. Baumarten, die bisher gut mit den Bedingungen in der Stadt zurechtgekommen sind, nehmen unter diesen Bedingungen vermehrt Schaden. Und Jungbäume überleben trotz Wässern die extreme Trockenheit oft nicht. Es gibt auch schon an verschiedenen Stellen Tests mit neuen Baumarten, um herauszufinden, welche Bäume man in Zukunft pflanzen könnte. Ein gesunder Baumbestand ist sowohl als Klimamassnahme relevant, als auch gleichzeitig ein wesentlicher Beitrag zur Förderung der Biodiversität. Die aktuell eingesetzten Ressourcen im Bereich Baumkontrollen und Baumpflege reichen nicht. Und darum fordern wir mit unserem Antrag, dass das Budget um 100 000 Franken aufgestockt wird.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Die Direktion TVS ist eine enorm vielfältige Direktion und es hat viele Sachen, die man gar nicht sieht, wenn man durch die Stadt geht. Die Leitungen, die Rohre, die Erschliessungen – das alles hat zusammen einen ganz enormen Wert. Man könnte auch versucht sein, dort zu sparen und zu sagen: Das sieht man ja nicht. Und: Das hält schon noch ein paar Jährchen mehr. Das würde sich rächen. Schon Bruno Stanek sagte: Sparer leben gefährlich. Aber man lebt nur gefährlich, wenn man beim Unterhalt und bei den Anlagen spart. Darum haben wir hier auch nicht für irgendwelche Anlagen oder Unterhaltsposten Sparanträge gestellt. Ich finde es elementar und sehr wichtig, dass man den Unterhalt nicht vernachlässigt. Die Direktion TVS ist aber auch eine Direktion, zu der viele technische Anlagen, technische Projekte gehören, und darum finden wir – und jetzt komme ich zum Antrag 1 – die Innovation müsse gefördert werden. Wir haben im Jahresbericht oder in den Budgetposten nirgends einen Posten gefunden, der explizit für Innovationen reserviert ist. Wir finden, es muss dort ein ständiges Thema sein. Darum haben wir die Planungserklärung eingegeben. Wir finden, man sollte der Direktion TVS die Gelegenheit geben, sich diesem Thema wirklich zu widmen. Innovationen können zum Beispiel Arbeitsunterstützungen mit neuen Techniken sein. Es gibt Automationen. Automationen sind nicht einfach dazu da, um Sachen einzusparen oder wegzurationalisieren. Sie bringen auch ökologischen Nutzen. Man kann Wege sparen, was niemandem schadet. Man kann Leute entlasten, indem man einen Roboter etwas heben lässt, das sonst Mitarbeitende heben müssen, und so weiter. Wir finden, die Direktion TVS sollte sich mit der Innovation beschäftigen, und darum haben wir mit Antrag 1 eine Planungserklärung eingereicht, die wir Ihnen zur Annahme empfehlen.

Die Anträge 2 und 3 lehnen wir ab. Antrag 4 nehmen wir an, und selbstverständlich unsere Anträge, mit denen wir auf diese Erhöhungen verzichten wollen. Es ist unsozial, Parkierungsgebühren dermassen zu erhöhen. Wie wir vorhin schon gehört haben bei einem anderen Thema, haben die Leute mit der Teuerung zu kämpfen. Die Leute haben mit Preiserhöhungen zu kämpfen und die Leute sind zum Teil auf ein Auto angewiesen, arbeiten im Schichtbetrieb. Und das sind nicht die, die die grossen Löhne haben. Und darum ist es unsozial, wenn man mit solchen Parkierungsgebührenerhöhungen kommt.

Die Anträge 8, 9, 10, 11, 12, 13 lehnen wir ab. Antrag 14 SVP nehmen wir an. Es ist wichtig, aber ich glaube, man könnte so weiterfahren, wie es heute ist. Antrag 16, der bei der Verkehrsplanung die Mittel um 50 Prozent kürzt, lehnen wir klar ab. «Die Verkehrsplanung schafft nur neue Probleme.» Wir sind gar nicht dieser Meinung. Die Verkehrsplanung ist wichtig. Wir sind vielleicht nicht immer gleicher Meinung, aber die Verkehrsplanung ist sehr wichtig und darum muss sie arbeiten können. 50 Prozent kürzen geht gar nicht. 25 Prozent kürzen, das könnte man annehmen. Zu Antrag 18 betreffend den Schutz von den Fussgängern vor Velos haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Antrag 19 lehnen wir auch ab; mit den gleichen Argumenten wie Antrag 16. Wir nehmen die Anträge 23 und 24 SVP an. Die restlichen Anträge lehnen wir alle zusammen ab.

Michael Ruefer (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Ich sage auch noch etwas zu unserer Position gegenüber den anderen Anträgen, aber sehr summarisch. Wir haben quasi als Wiedererwägung den Friedhof Bümpliz-Antrag, der von Alexander Feuz vorher schon aufgegriffen wurde, nochmals eingereicht. Es ist bekannt, dass der Friedhof in den kommenden Jahren auch sanierungsbedürftig ist, und wir finden, es sei jetzt nach wie vor ein guter Zeitpunkt, dort sozusagen eine Transition einzuleiten. Uns ist auch bewusst, dass der Gemeinderat das auch quasi absichtlich nicht mehr wieder eingegeben hat, weil er das Prinzip verfolgt, Sparanträge der letzten Jahre nicht nochmals aufzuwärmen. Wir sind auch nicht irgendwie Bümpliz-feindlich. Das kann man, glaube ich, sagen. Aus der SVP-Fraktion wurde mir zugetragen, dass mehrere unserer Parteimitglieder/-supporter und zum Teil auch Fraktionsmitglieder nach Brünnen ziehen. Daher kann man, glaube ich, auch sagen: Wir leben in Bümpliz, Bethlehem und Brünnen, aber wir möchten nicht unbedingt dort sterben. (*Gelächter im Saal*)

Ich finde es relevant, zum Antrag SP/JUSO, den Laura Binz vorhin begründet hat, etwas zu sagen. Den haben wir nämlich in der PVS nicht gehabt. Ich finde es einfach wichtig zu betonen – das haben wir auch bei den Anträgen GB/JA! zur Wiederaufstockung der geplanten Stellenreduktionen bei Stadtgrün gesagt –, dass die Stadtverwaltung und insbesondere Stadtgrün einerseits das Klimaanpassungsthema sehr ernst nimmt. Das ist uns auch immer wieder gesagt worden. Es sind auch Stellen bei Stadtgrün geschaffen worden, die sich der Klimaanpassungsmassnahmen annehmen, und wir haben auch das Gefühl, die Baumpflege passt eigentlich auch sehr gut dort rein. Ich habe auch diese Woche wieder ein sehr schönes Beispiel erlebt; und zwar bei einem aktuellen Projekt, das beim Tiefbau ist, nämlich bei «dr nöi Breitsch». Ich habe erfahren, dass dort in einer Ecke, die mir persönlich sehr wichtig ist, auch Bäume gepflanzt werden, dass auch dort entsiegelt wird. Ich glaube wirklich, die Direktion TVS und die verschiedenen Ämter, die daran beteiligt sind, nehmen das Thema sehr ernst, und ich glaube, sie wissen besser als wir, wo es Stellen braucht. Uns ist in der Kommission auch gesagt worden, dass zum Teil auch bei kommenden Projekten – ich habe es vorhin im Zusammenhang mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes erwähnt – sehr darauf geachtet wird, dass man das Klimathema mehr berücksichtigen kann. Ich glaube, wir sind dort besser aufgehoben, wenn wir über Projekte diskutieren können und dort Einfluss nehmen und dort Kredite sprechen, als wenn wir Sonderstellen schaffen oder eben FIT-Massnahmen rückgängig machen wollen.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich bin da etwas anderer Meinung, aber ich glaube, es war nicht anders zu erwarten. Die Anträge der Fraktion GB/JA! halten sich in diesem Jahr in Grenzen. Nicht nur die Anzahl der Anträge, sondern auch den Inhalt der Anträge haben wir uns dieses Mal genau überlegt. Worauf müssen wir dieses Jahr unbedingt den Fokus legen, ohne die Debatte mit allen Anträgen zu lähmen, die schon vor zwei Jahren nicht durchgekommen sind – ganz im Gegensatz zu manchen Anträgen der bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen. In der Direktion TVS ist es eigentlich ganz einfach gewesen. Wir haben bei den Delegationsbesuchen deutlich herausgehört, wo es brennt, und haben uns darum gefragt, wo können wir ganz konkret ansetzen, um die Situation zu entschärfen. Der Fall war relativ klar. Die Mitarbeiter*innen von Stadtgrün arbeiten am Limit und versuchen auf Biegen und Brechen ihre aktuellen Aufgaben zu erfüllen. Aber eigentlich reichen auch dazu die personellen Ressourcen nicht mehr – und schon gar nicht, wenn man neue Projekte wie zum Beispiel die dringend nötigen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen umsetzen sollte. Darum fordern unsere drei Anträge 9, 10 und 13 lediglich, dass wir die Situation nicht weiter verschärfen und darum auf die geplante Stellenreduktion bei Stadtgrün verzichten.

Wir hoffen natürlich, dass die meisten von uns das gleich sehen und unseren Anträgen folgen. Alle Anträge der SVP, FDP/JF, Mitte und der GLP/JGLP werden wir ablehnen. Ganz sicher werden wir alle Anträge ablehnen, die Geschäfte betreffen, bei denen wir mitten in der Behandlung sind. Mitgemeint ist das Gebührenreglement. Was die Überlegungen hinter diesen Anträgen sind, ist wirklich nicht ersichtlich. Den Antrag 11 SP/JUSO, der eine Aufstockung des Budgets für die Baumpflege fordert, werden wir natürlich annehmen.

Und jetzt noch schnell zum Fraktionsvotum: Wieso erzähle ich euch überhaupt, wie wir zu diesen Anträgen gekommen sind? Ihr wisst alle bestens, wie es zu diesen Anträgen in der Budgetdebatte kommt. Ich erkläre es aber gerne noch einmal, weil ich ehrlich gesagt nicht mehr hören kann, die Fraktion GB/JA! sei so radikal und fordere viel zu viel, das könnten wir uns alles jetzt schlichtweg nicht leisten, die Fraktion GB/JA! müsse doch einfach endlich einmal richtig anfangen zu rechnen und dann würden wir vielleicht auch verstehen, wie es wirklich um unser Budget steht. Als ob es sich bei der Diskussion in dieser Budgetdebatte nicht um eine politische Diskussion handeln würde. Es geht alles nur deshalb nicht, weil der politische Wille nicht da ist.

Die Ausgangslage in der Direktion TVS ist wie folgt: Wir haben vor zwei Jahren beschlossen, bei Stadtgrün insgesamt 10 Stellen einzusparen, im Wissen, dass es für unsere Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen auch Personen braucht, die diese effektiv umsetzen.

Es sind in diesem Jahr schon Stellen eingespart worden. 2023 würde es nochmals drei Stellen betreffen. Wir haben also bei Stadtgrün Personal, das auf dem Zahnfleisch läuft und unmöglich noch mehr Projekte übernehmen kann. Und unsere Forderung ist eigentlich nicht, dass wir bei Stadtgrün Personal aufstocken, was eigentlich dringend nötig wäre. Nein, unsere Forderung ist eigentlich: Bitte verzichten wir doch auf den Stellenabbau, der nächstes Jahr zu tragen kommen würde. Was an dieser Forderung zu viel oder zu radikal sein sollte, ist mir effektiv nicht klar. Radikal ist aus meiner Sicht und aus Sicht der jungen Generation die bewusste Entscheidung, Massnahmen, die es für den Klimaschutz braucht, immer und immer wieder nach hinten zu schieben, weil es jetzt halt einfach etwas kostet. Ich finde es wirklich extrem löblich, wie meine bürgerlichen Kollegen und Kolleginnen im Saal sich zum Ziel genommen haben, die Jugend davor zu bewahren, vor einem grossen Schuldenberg zu stehen. Merci vielmals, das ist wirklich mega lieb. Aber vielleicht wäre zum Beispiel bei der unnötigen oder überdimensionierten Festhalle, die wir damals diskutiert haben, ein bisschen Geld einzusparen oder mit der Erhöhung der Parkgebühren für eine Kostenwahrheit zu sorgen – auch da könnte man Geld einnehmen. Vielleicht wäre das eine Option gewesen. Es ist klar: Ohne radikale Investitionen in den Klimaschutz wird es keine Zukunft geben, in der wir uns über den Finanzhaushalt der Stadt Gedanken machen können. Daher: lieb gemeint, aber definitiv am

Ziel vorbei. Und zum Schluss vielleicht noch etwas aus aktuellem Anlass. Heute ist im Ständerat der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative angenommen worden; ein Meilenstein, der massive Investitionen in den Klimaschutz beinhaltet, konkret 200 Millionen Franken jährlich und das in einem bürgerlich dominierten Parlament. Und wo stehen wir? Wir diskutieren darüber, ob wir uns leisten können, die drei Stellen bei Stadtgrün zu behalten – schon irgendwie absurd.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion GFL/EVP nimmt im Bereich TVS einzig den Antrag 11 der Fraktion SP/JUSO an. Wir haben in der Vergangenheit zu oft den Fehler gemacht, Bäume in erster Linie von der Kostenseite zu betrachten. Bäume aber sind atmende Immobilien einer Stadt und eine langfristige Investition in Gesundheit, Biodiversität und auch das Stadtklima. Ein gesunder Baumbestand ist nicht einfach nur eine Belastung für das Budget, sondern etwas, das zwar gepflegt werden muss, aber auch Gewinn abwirft. Gleichzeitig wird mit diesem Antrag – und das ist uns wichtig – eine bescheidene Summe Geld gesprochen, ohne in die innere Organisation der Verwaltung einzugreifen. Sprich: Stadtgrün kann weiterhin selbst entscheiden, wie und mit welchen konkreten materiellen oder personellen Ressourcen die Baumpflege sichergestellt wird.

Die drei Anträge der Fraktion GB/JA! müssen wir leider ablehnen. Inhaltlich ist es tatsächlich schwierig nachzuvollziehen, dass wir in der Klimakrise ausgerechnet bei Stadtgrün Personal abbauen. Der gleichen konservativen Ausgaben- und Sparpolitik oder Logik folgt, dass das wohl linksrünste Parlament der Schweiz an der letzten Sitzung auch unseren GFL/EVP-Antrag abgelehnt hat, eine dringend benötigte Stelle beim Amt für Umwelt (AfU) zu schaffen, obwohl wirklich jeder ernstgemeinte Blick auf das Budget und die personellen Ressourcen, die beim AfU dafür zur Verfügung stehen, reicht, um festzustellen, dass das AfU seine Aufgaben so ganz einfach nicht erfüllen kann. Und am gleichen Tag, also an der letzten Sitzung – und das ist wirklich einfach bitter –, haben wir das Geld gehabt, um 7 neue Stellen für die Polizei bei der gleichen Direktion zu schaffen. Es ist eben doch alles eine Frage der Gewichtung. Ja, und trotzdem lehnen wir die Anträge GB/JA! ab. Quovadis GFL? Ich glaube, das fragen Sie sich ab und zu, aber ich versichere Ihnen, es gibt eine sehr klare innere Logik bei uns. Ist jemand von Stadtgrün hier? Uns ist von Stadtgrün mehrfach versichert worden, dass der Abbau für sie zwar schmerzhaft, aber mittelfristig verkraftbar sei. Wir nehmen Sie, Frau Gemeinderätin, in die Pflicht, also beim Wort, und vertrauen auf diese Einschätzung. Wir nehmen Sie aber auch sehr gerne in die Pflicht, vor das Parlament zu treten, sobald die negativen Auswirkungen des Abbaus das Sparpotenzial zu überwiegen drohen.

Der Antrag GLP/JGLP in Bezug auf Bümpliz überrascht. Das haben wir schon ausdiskutiert und lehnen es ab. Die Anträge der Fraktionen SVP, FDP/JF und Mitte gehen an der Zeit vorbei. Die Förderung des mobilisierten Individualverkehrs, Kürzungen beim Velo- und Fussverkehr und – mitten in einer Mobilitätswende – zusätzliche Kürzungen bei der Verkehrsplanung. Das ist leider ziemlich rückwärtsgewandte Politik, das können wir so nicht unterstützen. Unbezifferte oder für das Budget irrelevante Anträge lehnen wir grundsätzlich ab. Antrag 1 kann man zum Beispiel viel besser in einer Motion oder einem Postulat platzieren.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

11.11.2022

X 

Signiert von: Manuel Widmer (Qualified Signature)

für das Protokoll

15.11.2022

X 

Signiert von: Anita Flessenkämper (Qualified Signature)

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.05 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Mohamed Abdirahim	Jemima Fischer	Salome Mathys
Yasmin Amana Abdullahi	Thomas Fuchs	Matteo Micieli
Valentina Achermann	Katharina Gallizzi	Szabolcs Mihalyi
Janina Aeberhard	Lionel Gaudy	Tanja Miljanovic
Timur Akçasayar	Franziska Geiser	Barbara Nyffeler
Lena Allenspach	Thomas Glauser	Halua Pinto de Magalhães
Katharina Altas	Claude Grosjean	Simone Richner
Ursina Anderegg	Lukas Gutzwiller	Claudio Righetti
Tom Berger	Bernadette Häfliger	Mirjam Roder
Nicole Bieri	Erich Hess	Sarah Rubin
Diego Bigger	Michael Hoekstra	Michael Ruefer
Lea Bill	Thomas Hofstetter	Kurt Rüeegsegger
Laura Binz	Seraphine Iseli	Mahir Sancar
Gabriela Blatter	Bettina Jans-Troxler	Judith Schenk
Regula Bühlmann	Anna Jegher	Sara Schmid
Michu Burkard	Nora Joos	Ursula Stöckli
Eva Chen	Barbara Keller	Therese Streit-Ramseier
Francesca Chukwunyere	Ingrid Kissling-Näf	Bettina Stüssi
Nicole Cornu	Fuat Köçer	Michael Sutter
Milena Daphinoff	Nora Krummen	Ayse Turgul
Sibyl Martha Eigenmann	Anna Leissing	Johannes Wartenweiler
Vivianne Esseiva	Corina Liebi	Janosch Weyermann
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Marcel Wüthrich
Jelena Filipovic	Simone Machado	

Entschuldigt

Ruth Altmann	Ueli Jaisli	Remo Sägesser
Mirjam Arn	Alina Irene Murano	Florence Schmid
Dolores Dana	Tabea Rai	

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
--------------------------	-----------------------	-------------------

Entschuldigt

Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	
----------------	------------------------	--

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel	
Christine Otis, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat	

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

6 Interfraktionelle Kleine Anfrage GB/JA!, SP/JUSO (Lea Bill, GB/Bernadette Häfliger, SP): Unterschriften sammeln am Buskers – was gilt wirklich?

2022.SR.000120

Lea Bill (GB) für die Einreichenden: Einmal mehr macht uns der Gemeinderat mit seiner Antwort sprachlos. Es gab keinen Beschluss, dass das Unterschriftensammeln am Buskers verboten ist. Stattdessen gibt es offensichtlich einen Grundsatz, dass es bei Veranstaltungen praktisch immer der Fall ist, dass das Sammeln von Unterschriften bewilligungspflichtig ist. Wir müssen ganz klar festhalten, dass das demokratiefeindlich ist und die Grundrechte massiv verletzt. Ausserdem widerspricht es zahlreichen Gerichtsurteilen, die es in diesem Land gibt. Somit ist das Vorgehen rechtswidrig und wir akzeptieren es nicht. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er diese Praxis ändert.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

7 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Kurt Rüeegsegger, SVP): Kritische Fragen zum Baustellenverkehr im ehemaligen Tramdepot Burgernziel und an anderen Orten

2022.SR.000121

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich bin von dieser Antwort enttäuscht. Ich habe die kleine Anfrage bewusst ergebnisoffen gestellt. Insbesondere habe ich gefragt, was der Gemeinderat zum Schutz der Anwohner und für die Erleichterung der Parkplatzsituation für Handwerker konkret unternehmen will. Sie können die Antwort anschliessend lesen, es handelt sich um eine einfache kleine Anfrage und ich bin der Meinung, dass diese sowohl für Unternehmer wie auch für die Anwohner wichtig ist. Ich habe verstanden, dass der Gemeinderat diesbezüglich nichts unternehmen will. Sehr wahrscheinlich muss die SVP zusammen mit Verbündeten einen Vorstoss dazu einreichen, da die Stadt nicht einmal die Problematik anerkennt. Vor allem aber sieht die Stadt, dass sie Bussen verteilen und die Leute schikanieren kann, die das Auto nicht parkieren können. Zudem werden noch weitere Parkplätze aufgehoben. Wir müssen diesbezüglich die nötigen Vorkehrungen treffen. Dies in der Hoffnung, dass die Leute vielleicht merken, welche Parteien sich für sie einsetzen und welche nicht.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

8 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rüeegsegger/Erich Hess, SVP): Kritische Frage zu den mobilen Kunstwerken, resp. verschönerten Autowracks beim Bubenbergplatz und in den blauen Zonen der Quartiere

2022.SR.000122

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich bedaure es sehr, dass die kleinen Anfragen nicht zuerst gekommen sind. Sie haben vorhin den Antrag zu den Abend-Eintritten in der Ka-We-De abgelehnt, was vielleicht 2 000 oder 3 000 Franken ausgemacht hätte. Hier musste ich

erfahren, dass die Stadt für diesen Ramsch – ich kann es nicht anders sagen – auf 42 000 Franken Gebühreneinnahmen verzichtet hat, auf Steuerkosten! Das ist Verhältnisblödsinn. Meine Damen und Herren, man muss mindestens zweimal hinschauen, um zu merken, dass es sich um Kunst handelt. Zudem musste ich noch hören, dass es deponierte Auto-wracks seien, aber offenbar ist es dem geografischen Institut nur darum gegangen, das Auto zu verteufeln und es möglichst dumm hinzustellen. Fakt ist, dass die Stadt für diesen Blödsinn auf 42 000 Franken Gebühreneinnahmen verzichtete. Das ist ein Skandal. Ich kann gut damit leben, wenn jemand einen Blödsinn macht und einen Dummen findet, der das zahlt. Damit kann ich leben, aber dass man mit Steuergeld so umgeht, das akzeptiere ich nicht.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

9 Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Florence Schmid, JF/Simone Richner, FDP): Einfluss der Teuerung auf die Budgetdebatte der Stadt Bern

2022.SR.000123

Simone Richner (FDP) für die Einreichenden: Ich spreche wiederum in Richtung der linken Ratshälfte. Von Ihnen haben wir in den letzten Jahren stets gehört, dass Schulden machen nicht schlimm sei, während die Bürgerlichen vergeblich wiederholt gewarnt haben, dass Schulden machen eine gefährliche Lotterie sei. Was soll ich sagen, nun haben wir den Salat. Mit der Antwort auf unsere Anfrage hat der Gemeinderat unsere Befürchtungen bestätigt. Je mehr Schulden, desto mehr Zinsen und desto höher das Risiko. Meine Damen und Herren, es wurde uns vorgerechnet. Bereits jetzt mit einer – wenn man mit dem Ausland vergleicht – stemmbaren Inflation von rund 3 Prozent, steigt die Zinsbelastung der Stadt Bern 2023 auf 3 Millionen Franken. Plus 3 Millionen Franken, einfach so! Stellen Sie sich mal vor, was wir mit diesem Geld stattdessen hätten tun können. Liebe linke Ratshälfte: Sie steuern die Stadt Bern mit Ihrem Schuldenmachen geradewegs in eine finanzielle Handlungsunfähigkeit. Ich hoffe, Sie nehmen sich das zu Herzen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

- Traktanden 4 und 5 werden gemeinsam behandelt. -

4 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2023 – 2026

2021.FPI.000091

Fortsetzung: Direktion TVS

Fortsetzung: Fraktionserklärungen zu den Traktanden 4 und 5

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es ist interessant, was man in einer Budgetdebatte so alles zu hören bekommt. Ich beginne mit unserer grundsätzlichen Haltung. Für uns ist unbestritten, dass die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün in der aktuellen Finanzsituation mit den knappen Mitteln und den anstehenden Projekten, den veränderten An-

forderungen und etlichen Wünschen der Politik und der Bevölkerung keine leichte Aufgabe hat. Wir anerkennen den geleisteten Beitrag der Angestellten und finden, dass sie auch im letzten Jahr sehr gute Arbeit für die Stadt Bern geleistet haben. Wir sind überzeugt, dass bei allen Dienststellen, insbesondere beim Tiefbauamt (TAB) und bei Stadtgrün, die Projekte so priorisiert werden, dass wichtige Arbeiten im Grün- und Strassenraum sowie bei der Kanalisation unter nachhaltigen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Ebenso sind wir überzeugt, dass die Umsetzung der notwendigen Klimaanpassungsmassnahmen und die Umgestaltung des öffentlichen Raums weiterhin wie bisher vorangetrieben werden.

Zu den Anträgen: Antrag 1 FDP/JF ist interessant, und dass sich die Stadt Bern mit neuen Technologien befassen muss, ist logisch. Denn die fortschreitende Digitalisierung und die technischen Erneuerungen im Infrastrukturbereich eröffnen neue Möglichkeiten. Wir lehnen den Antrag für eine Berichterstattung innerhalb des IAFP trotzdem ab, da aus unserer Sicht der IAFP der falsche Platz dafür ist und ein weiterer Bericht nicht viel bringen würde. Das Anliegen wird einerseits durch die Digitalstrategie der Stadt Bern berücksichtigt und andererseits werden technische Innovationen bei jedem Ausführungsprojekt geprüft. Das kann bei den jeweiligen Projekten in der Kommission und hier im Rat diskutiert werden. Die Anträge 2 bis 8 SVP beziehungsweise FDP/JF und Mitte lehnen wir ab. Auch die Anträge 14 bis 26 zur Verkehrsplanung lehnen wir ab. Die Debatte zu den Gebühren findet bei der aktuellen Revision des Gebührenreglements statt. Diese wurde in der Kommission behandelt und wird demnächst hier im Rat diskutiert. Das ist der richtige Platz, um über diese Angelegenheit zu diskutieren, und nicht hier im IAFP, weil dies vorgegriffen wäre. Die Erstellung von zusätzlichen Parkplätzen steht im direkten Widerspruch zur schrittweisen Umsetzung der notwendigen Verlagerungspolitik des MIV hin zum öffentlichen und zum Langsamverkehr. Auch steht sie im Widerspruch zum geänderten Mobilitätsbedürfnis der städtischen Bevölkerung. Für eine verkehrsberuhigte und klimafreundliche Stadt müssen die bisherigen Anstrengungen fortgeführt und intensiviert werden, natürlich mit der nötigen Sorgfalt, mit sozialverträglichen Massnahmen und im Dialog mit den Quartieren und der Bevölkerung. Die Angriffe gegen die Verkehrsplanung haben in diesem Rat mittlerweile Tradition. Würde es nach der bürgerlichen Politik gehen, würden die Städte weiterhin für das Auto geplant und die anderen Verkehrsteilnehmenden und die Bevölkerung als Ganzes würden verdrängt werden. Die negativen Folgen dieser einseitigen Verkehrspolitik auf die Lebensqualität in den Quartieren kennen wir aus der Vergangenheit. Als Fraktion wollen wir hier klar hervorheben, dass die Verkehrsplanung eine sehr gute und wichtige Arbeit leistet. Sie setzt eine nachhaltige Verkehrspolitik um, die von der grossen Mehrheit der städtischen Bevölkerung unterstützt wird. Mit Tempo- und Spurreduktionen, der Priorisierung des ÖV und des Langsamverkehrs, der Erstellung von Begegnungszonen und etlichen planerischen Arbeiten werden die notwendigen Massnahmen umgesetzt. Damit in der Stadt Bern die verschiedenen Mobilitätsformen nebeneinander funktionieren können, braucht es eine funktionierende Dienststelle wie die Verkehrsplanung. Dass die Verkehrsplanung nur neue Probleme schafft, nur gegen Parkplätze kämpft und eine wirtschaftsfeindliche Einstellung hat, ist eine sehr einseitige, aber bekannte bürgerliche Sichtweise, die jeglicher Grundlage entbehrt. Bei allen Projekten steht die Verkehrsplanung immer im Dialog mit dem Quartier, den Wirtschaftsverbänden, den verschiedenen Interessenverbänden und auch mit der Bevölkerung. Die Verkehrsplanung berücksichtigt alle Interessen und versucht, in einer zugebauten Stadt den Strassenraum für alle Nutzenden zu planen. Dass man nicht immer mit allem einverstanden ist, ist logisch. Das ist keine einfache Aufgabe für die Dienststelle und es braucht genügend Ressourcen, um eine vernünftige und zukunftsfähige Lösung zu erarbeiten. Würde die Stadt Bern weiterhin wie vor 50 Jahren nur für den MIV geplant, wäre das nicht nur für die Lebensqualität schlecht, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Bern.

Wir haben Verständnis für die Anträge 9, 10 und 13 der Fraktion GB/JA! zur Personalaufstockung, lehnen sie aber ab. Die Stellenplanung liegt nicht ohne Grund in der Kompetenz des Gemeinderats und es macht nicht viel Sinn, an einem Rädchen in der Verwaltung zu drehen und zu meinen, dass die übergeordneten Ziele beziehungsweise Aufträge vom Stadtrat und von der Bevölkerung umgesetzt werden. Die Stellenplanung muss über die verschiedenen Dienststellen geplant und koordiniert werden. Wir vertrauen dem Gemeinderat, insbesondere der Direktorin TVS, dass sie ihre Verantwortung gegenüber dem Personal und den städtischen Aufgaben wahrnimmt und bei Bedarf zusätzliche Stellen bewilligt und dem Stadtrat eine Etaterhöhung beantragt, wie zum Beispiel bei den Begleitmassnahmen zum Ausbau des Fernwärmenetzes und des generellen Entwässerungsplans, bei dem der Gemeinderat gehandelt hat, um die Projekte nicht zu gefährden und die Angestellten nicht zu überlasten.

Den Antrag 27 SVP zum Verzicht auf die Einführung des neuen Abfall- und Wertstoffsammelsystems – dem Farbsack-Trennsystem – lehnen wir ab. Der Antrag lässt tief blicken und zeugt von einem speziellen Staatsverständnis. Zur Erinnerung: das Stimmvolk hat letzten November mit 58 Prozent Ja-Stimmen der Einführung zugestimmt. Auf eine weitere Debatte über die Vorteile des neuen Systems verzichte ich, da es nicht zielführend ist, mit Ewiggestrigen, die sich jeglicher Erneuerung verweigern, immer wieder dasselbe zu diskutieren.

Zu Antrag 12 GLP/JGLP für die Umwandlung des Friedhofs Bümpliz in einen Park: Einige hier im Rat finden, dass die Ratseffizienz gesteigert werden und wir nicht immer über alles debattieren müssen. Jetzt könnte ich eigentlich auf das letztjährige Stadtratsprotokoll verweisen und kundtun, dass wir den Antrag ablehnen. Somit wäre es erledigt. Ich könnte ebenso das Protokoll vom letzten Jahr vorlesen, was aber langweilig wäre. Interessant ist die Begründung zu diesem Antrag, die auf einem Zeitungsartikel basiert und ohne saubere Abklärung von Seiten der Antragsstellenden daherkommt. Das finde ich sehr spannend. Wer die Kennzahlen im IAFP der letzten Jahre anschaut oder bei der Verwaltung nachfragt, wird erkennen, dass die Anzahl der Bestattungen konstant geblieben ist. Im Fall des Friedhofs Bümpliz sind es rund 250 Bestattungen pro Jahr. Einen massiven Rückgang kann ich aus diesen Zahlen nicht herauslesen, auch nicht mit einer sauberen Lesebrille. In der Begründung steht weiter, dass «Räumlichkeiten und Orte für Urnen ungenutzt bleiben». Das stimmt so leider nicht, sowohl in Bümpliz als auch auf dem Schosshaldenfriedhof werden diese nachgefragt. Beim Bremgartenfriedhof ist eine Umnutzung in ein Café geplant. Es ist eine Tatsache, dass die alte römische Grabkammer im alten Krematorium – geführt von einer Genossenschaft – nicht genutzt wird. Das hat nichts mit den städtischen Bestattungen oder der Infrastruktur zu tun. Es geht vielmehr um notwendige Sanierungen von gewissen Infrastrukturen, die im Dialog mit dem Quartier gefunden werden sollen.

Einzelvoten

Thomas Fuchs (SVP): Ich sage etwas zum Antrag der GLP/JGLP: Michael Ruefer hat gesagt, dass die Leute gerne im Westen von Bern wohnen, aber nicht dort sterben wollen. Grundsätzlich habe ich das Gefühl, dass das stimmt. Gleichzeitig habe ich den Eindruck, dass das in den anderen Quartieren nicht anders ist. Ich besitze beispielsweise Wohnungen im Breitenrain und habe selten Leute, die sagen, wir wollen ins Breitenrainquartier sterben kommen. Auch nicht nach Oberbottigen oder sonst an einen Ort. Ich finde, dass man diesen Antrag aus Anstand zurückziehen sollte, und zwar wegen den Angehörigen. Diese sterben meistens nicht gleichzeitig. Wenn also jemand in Bümpliz stirbt und auf dem Bremgartenfriedhof bestattet wird, ist das für die Angehörigen umständlich, und es wäre praktischer, wenn sie in Bümpliz auf den Friedhof kommen würden.

Alexander Feuz (SVP): Ich habe mich vom Votum von Timur Akçasayar ein wenig provoziert gefühlt, der gesagt hat, dass es eine Volksabstimmung gegeben habe, die zu akzeptieren sei. Ich rufe in Erinnerung, dass man bei dieser Volkabstimmung – ich habe kurz darauf eine kleine Anfrage dazu eingereicht – dem Stimmbürger verschwiegen hat, wie viele Parkplätze aufgehoben werden. Das hat man alles unter den Teppich gekehrt. Obwohl man in gewissen Gebieten nun massiv Parkplätze abbaut und extrem hohe Kosten für die Container entstehen, sagt der Gemeinderat, es sei alles in Ordnung. Wenn Sie konsequent sind und den Mut haben zu sagen, dass Sie ökologisch leben wollen und nicht mit Abfallwagen herumgefahren werden soll, die nicht einmal mehr den Abfall zusammenpressen können, dann stimmen Sie unserem Antrag zu.

Timur Akçasayar (SP): Zur Info bezüglich der Abfallwagen: Sie werden in Zukunft grösser sein, da sie keinen Verdichter mehr haben, im Inneren somit über mehr Platz verfügen und mehr transportieren können. Das wurde ökologisch abgewogen und wir haben dies in der Kommission zur Genüge diskutiert. Es ist gut so.

Direktorin TVS Marieke Kruit: Ich danke Ihnen für die engagierte Diskussion. Ja, wir wollen die Stadt weiter voranbringen. Allein in der Direktion TVS werden Sie, aber auch die Stimmbevölkerung, voraussichtlich in den nächsten zwei Jahren über grosse, wichtige Bauvorhaben abstimmen. Es geht dabei um dringend notwendige Sanierungen, aber auch um die Klimaanpassungsmassnahmen, Siedlungsentwässerung, Verkehrsprojekte oder Aufwertungen im öffentlichen Raum, um nur ein paar zu nennen. Für die TVS ist klar, wir müssen zu unserer Stadt, zu unseren Finanzen, aber auch zu unseren Mitarbeitenden Sorge tragen. Wir wollen nicht, dass sie am Limit laufen. Wir haben dafür Priorisierungen vorgenommen und eine noch engere Zusammenarbeit innerhalb, aber auch ausserhalb der Direktion angestrebt. Sie haben uns ja letztes Jahr den Auftrag gegeben, unsere Abläufe zu überprüfen und Synergien zu nutzen. Das hat dazu geführt, dass wir intensiv über unsere Abläufe und Organisation nachgedacht und Veränderungen vorgenommen und eingeleitet haben. Also, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Das Resultat liegt jetzt vor.

Zu den Planungserklärungen und Anträgen: Ich konzentriere mich auf einzelne Anträge, um nicht zu lange zu sprechen. Zu Antrag 1 FDP/JF, Mitte zu Digitalisierung und Innovationen: Es freut mich natürlich, dass Sie sich für dieses Gebiet interessieren. Es läuft diesbezüglich bereits einiges in der TVS. Die Digitalisierung und Innovationen schreiten bei der TVS zügig voran. Es werden laufend Prozesse optimiert und – wo sinnvoll – digitalisiert und selbstverständlich auch automatisiert. So erfolgt beispielsweise die Erfassung des Strassenzustandes durch ein Spezialfahrzeug, das alle relevanten Daten für künftige bauliche Massnahmen aufzeichnet. Auch das Baugrund- und Liegenschaftsentwässerungsarchiv wurde komplett digitalisiert. Zudem laufen erste Tests mit Drohnen für Aufnahmen in Abwasserkanälen und bei Brückenkonstruktionen. Das sind nur ein paar Beispiele von vielen. Ich bin nicht sicher, ob es sinnvoll ist, einen Bericht mit Zahlen zu erstellen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass beispielsweise das Building Information Modeling (BIM) nicht einfach zu verstehen ist, wenn man dieses schriftlich dargelegt erhält. Das muss erlebt werden. Ich schlage Ihnen deshalb vor, dass wir vielleicht ein- oder zweimal im Jahr eine Sitzung machen, an der wir Ihnen solche Innovationen und neuen Anwendungen in der Digitalisierung vorstellen. Das wäre zielführender. Zu den Anträgen 2 – 4 und 6 SVP und 5 und 7 FDP/JF, Mitte: Das Nutzungs- und Entwicklungskonzept sieht vor, dass die Schützenmatte zu einem vielfältig nutzbaren Platz aufgewertet werden soll. Es ist vorgesehen, einen grossen Teil der Fläche zu entsiegeln und Bäume zu pflanzen und die Beleuchtung zu verbessern. Die Parkplatzfrage ist noch nicht abschliessend geklärt. Sicher nicht vorgesehen ist es, auf der Schützenmatte wieder grossflächig einen Parkplatz zu machen. Zu den Parkgebühren muss ich nicht lange ausholen, das

werden wir im Rahmen der zweiten Lesung noch ausführlich diskutieren. Die Diskussion ist erst zu diesem Zeitpunkt sinnvoll. Der Gemeinderat bittet Sie darum, diese Anträge abzulehnen. Zum Eventualantrag 8 SVP: Die Förderung des Veloverkehrs ist für eine lebenswerte Stadt zentral und entspricht den Bedürfnissen einer breiten Bevölkerung. Der Gemeinderat und auch eine Mehrheit hier im Stadtrat wollen die nachhaltige und flächenschonende Mobilität voranbringen. Eine Velo-Vignette widerspricht diesem Förderungsziel und wenn man über die Stadt- oder besser noch über die Landesgrenze hinausschaut, ist beispielsweise eine 24-Stunden-Gratisparkierung in Velostationen ein wichtiges Mittel, um diese Mobilitätsform weiter zu fördern und den öffentlichen Raum weiter zu entlasten. Dieser kommt immer mehr unter Druck. Schlussendlich profitieren alle davon, wenn wir mehr Raum schaffen. Der Gemeinderat bittet Sie, auch diesen Antrag abzulehnen.

Zu allen Anträgen bezüglich Stellenaufstockung bei Stadtgrün: Ich gebe Ihnen recht, die Stadt kann für das Klima nicht genug machen. Wichtig dabei ist aber, dass wir den Blick für das grosse Ganze nicht verlieren und wirklich auch Leerläufe vermeiden. Es sind nur die umgesetzten Massnahmen, die dem Klima nützen. Wir müssen den öffentlichen Raum in seiner Gesamtheit denken. Das Klima hat dabei natürlich eine zentrale Bedeutung. Beim Planen und Bauen denken wir das Klima von Anfang an mit. Mit der neugeschaffenen Klimastelle erhalten wir weitere neue und nötige Impulse. Auch die Vernetzung mit anderen Städten und der Wissenschaft bringt uns weiter. Es ist sehr wichtig, dass wir das weiterführen. Mir ist es auch wichtig, hier noch einmal zu sagen: Projektieren allein reicht nicht. Wir brauchen auch Leute, die die Klimamassnahmen innerhalb nützlicher Frist umsetzen. Das sind nicht nur Leute von Stadtgrün. Sehr oft ist auch das Tiefbauamt – beispielsweise bei Entsiegelungsmassnahmen – und auch die Verkehrsplanung involviert. Allein bei Stadtgrün aufzustocken, ist deshalb nicht wirklich zielführend. In einzelnen Projekten werden wir aber mit Stellen kommen, wenn es um die Umsetzung geht. Dann können Sie darüber befinden.

Diesen Montag haben wir den Binding Preis für Biodiversität für unser Themenjahr «Natur braucht Stadt – Mehr Biodiversität in Bern» erhalten. Genau bei diesem Projekt hat sich nochmals gezeigt, wie wichtig die Zusammenarbeit ist. Die 100 000 Franken, die wir erhalten haben, werden wir auf jeden Fall wieder für Biodiversitätsprojekte einsetzen. Zu Antrag 12 GLP/JGLP zum Friedhof Bümpliz: Im Rahmen der IAFP-Debatte letztes Jahr haben wir ausführlich über die Redimensionierung des Friedhofs Bümpliz gesprochen. Der Stadtrat hat sich sehr klar gegen diese Sparmassnahme ausgesprochen. Der Gemeinderat hat nach der Debatte beschlossen, Sparmassnahmen, die abgelehnt wurden, nicht weiterzuverfolgen und er bleibt bei seiner Haltung.

Zu den Anträgen SVP zur Verkehrsplanung: Wenn ich es richtig verstanden habe, wollen Sie bei den Fussgängerinnen und Fussgängern mehr Repression zu Lasten von mehr Infrastruktur. Anders kann ich Ihren Antrag nicht verstehen, da Sie vor zwei Wochen auf der einen Seite mehr Geld für die Kantonspolizei zum Schutz des Fussverkehrs gefordert haben und andererseits nun bei der Verkehrsplanung Geld streichen wollen. Dies mit der Argumentation, dass der Fuss- und Veloverkehr bereits genug gefördert werde. Diese Rechnung geht meiner Meinung nach nicht auf. Unter dem Strich werden die Kontrollen mehr Geld kosten, denn eine gute Infrastruktur ist immer noch das A und O in Punkto Sicherheit.

Der öffentliche Raum kommt immer mehr unter Druck, unterschiedliche Bedürfnisse, aber auch die zunehmende innere Verdichtung stellt die Stadt vor spannende, aber auch grosse Herausforderungen. Deshalb ist eine vorausschauende Verkehrsplanung zentral und das zum Nutzen von allen, also auch der Autofahrenden. Es ist für mich darum wirklich unverständlich, dass die SVP bei der Verkehrsplanung einen Kahlschlag vornehmen will. Ich bitte Sie darum, alle diese Kürzungsanträge abzulehnen.

Zum Schluss zu Antrag 27 SVP zum Farbsack-Trennsystem und zur Container-Pflicht: Am 28. November 2021 hat sich das Berner Stimmvolk für die Einführung des neuen Farbsack-

Trennsystems ausgesprochen. Wir sind an dessen Einführung im Stadtteil 3. Wir arbeiten eng mit dem Quartier zusammen. Gestern hatten wir eine Sitzung mit den Quartiervertreter*innen und haben geschaut, wie das weitere Vorgehen aussieht. Es ist herausfordernd, aber wir arbeiten hier wirklich sehr konstruktiv zusammen und ich bin überzeugt, dass die Einführung nicht nur für die Beladerinnen und Belader ein Gewinn sein wird, sondern für die ganze Bevölkerung.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 FDP/JF, Mitte ab. (14 Ja, 53 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 024
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2 SVP ab. (9 Ja, 61 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 025
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 SVP ab. (9 Ja, 60 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 026
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 4 SVP ab. (14 Ja, 55 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 027
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 FDP/JF, Mitte ab. (14 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 028
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 6 SVP ab. (9 Ja, 61 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 029
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 7 FDP/JF, Mitte ab. (14 Ja, 55 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 030
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag 8 SVP ab. (9 Ja, 60 Nein, 1 Enthaltungen) [Namen](#) 031
9. Der Stadtrat lehnt den Antrag 9 GB/JA! ab. (16 Ja, 54 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 032
10. Der Stadtrat lehnt den Antrag 10 GB/JA! ab. (17 Ja, 52 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 033
11. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 11 SP/JUSO zu. (43 Ja, 26 Nein, 1 Enthaltungen) [Namen](#) 034
12. Der Stadtrat lehnt den Antrag 12 GLP/JGLP ab. (10 Ja, 60 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 035
13. Der Stadtrat lehnt den Antrag 13 GB/JA! ab. (18 Ja, 52 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 036
14. Der Stadtrat lehnt den Antrag 14 SVP ab. (14 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 037
15. Der Stadtrat lehnt den Antrag 15 SVP ab. (9 Ja, 61 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 038
16. Der Stadtrat lehnt den Antrag 16 SVP ab. (5 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 039
17. Der Stadtrat lehnt den Antrag 17 SVP ab. (12 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 040
18. Der Stadtrat lehnt den Antrag 18 SVP ab. (8 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 041
19. Der Stadtrat lehnt den Antrag 19 SVP ab. (5 Ja, 65 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 042
20. Der Stadtrat lehnt den Antrag 20 SVP ab. (6 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 043
21. Der Stadtrat lehnt den Antrag 21 SVP ab. (10 Ja, 61 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 044
22. Der Stadtrat lehnt den Antrag 22 SVP ab. (10 Ja, 61 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 045
23. Der Stadtrat lehnt den Antrag 23 SVP ab. (15 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 046
24. Der Stadtrat lehnt den Antrag 24 SVP ab. (15 Ja, 55 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 047
25. Der Stadtrat lehnt den Antrag 25 SVP ab. (7 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 048
26. Der Stadtrat lehnt den Antrag 26 SVP ab. (10 Ja, 61 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 049
27. Der Stadtrat lehnt den Antrag 27 SVP ab. (11 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 050
28. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2023 – 2026.
29. (34 zustimmend, 25 ablehnend, 12 ohne Wertung)

Direktion FPI

Anträge

1	FDP/JF	IAFP FPI	Steuer- verwal- tung	Die Prognosen der Gewinn- und Kapitalsteuern für juristische Personen sind bis 2025 maximal auf CHF 100'000'000.00 (Rechnungsergebnis 2021) festzulegen.
2	SP/JUSO	PGB	Finanz-	Die finanziellen Mittel für einen angemessenen

		S. 472 FPI	verwal- tung	Teuerungsausgleich an das städtische Personal sollen von 3,3 Mio. Franken (Teuerung von 1%) auf 9,9 Mio. Franken (Teuerung von 3%) erhöht werden.
3	SVP	IAFP FPI	Immobi- lien Stadt Bern	1. Die Verlagerung von Büroräumlichkeiten in der Innenstadt in Aussenquartiere ist zu forcieren. Ziel. Kosteneinsparungen bei der Miete. 2. Auslaufende Baurechtsverträge sind öffentlich auszuschreiben und zu Marktkonditionen zu verlängern, sofern die Stadt Bern nicht konsequent von ihrem Vor- oder Rückkaufsrecht Gebrauch macht. 3. Bewilligungsverfahren für Leuchtreklamen auf eigenem städtischem Grund sind zu erleichtern und die Einnahmen dadurch deutlich zu erhöhen.
4	Die Mit- te, FDP/JF	IAFP S. 212 FPI	Immobi- lien Stadt Bern	Die Raumkosten sind pro Kopf um 10% zu senken
5	SVP	IAFP FPI	Immobi- lien Stadt Bern	Verkauf der Berner Reitschule im Baurecht an Dritte. Durch den Verkauf sind positive Auswirkungen auf die Finanzsituation zu erwarten.
6	SVP	IAFP FPI	Immobi- lien Stadt Bern	Prüfung, ob das Rebgut an Dritte verpachtet oder im Baurecht abgegeben werden kann. Dadurch sind positive Auswirkungen auf die Finanzsituation zu erwarten.
7	SVP	IAFP FPI	Steuer- verwal- tung	Steuernzahlende Privatpersonen mit einem steuerbaren Einkommen von über CHF 600 000 p.a. sind jährlich mindestens einmal zu kontaktieren im Sinne einer aktiven Kundenpflege (z.B. telefonisch, schriftlich, Dankeschreiben, Einholung von Informationen zur Zufriedenheit usw.).
8	Die Mit- te, FDP/JF	IAFP 539 FPI	Fonds für Bo- den und Wohn- baupoli- tik	Die tieferen Mietzinseinnahmen bei Geschäftsliegenschaften in der Christoffel-Unterführung sind zu vermeiden. Die veranschlagten Nettozinseinnahmen sollen um 0,35 Mio. aufgestockt werden.
9	FDP/JF, Die Mitte	IAFP 230 FPI	Fonds für Bo- den und Wohn- baupoli- tik	Auf den weiteren Erwerb von Liegenschaften (Wohnraum) ist zu verzichten.
1 0	SVP	PGB 541 FPI	Fonds für Bo- den und Wohn- baupoli- tik	Das Ziel: 2. Lemma ist wie folgt anzupassen: «Zu diesem Zweck baut die Stadt vermehrt wieder selbst» ist zu streichen.

FSU-Sprecherin Regula Bühlmann (GB): Vielleicht wiederhole ich einige Dinge, die vor zwei Wochen bereits gesagt wurden, in der FPI aber ebenfalls eine Rolle spielen. In der Debatte der FSU zum Budget haben wir gehört, dass die steigende Inflation auch in der FPI in verschiedenen Bereichen Einfluss auf das Budget hat. Das ist logisch. Wir erwarten deshalb höhere Kosten in den Bereichen Betrieb und Unterhalt, bei den Materialpreisen und damit auch bei den Investitionen. Des Weiteren gehen wir von höheren Kapitalfolgekosten und –wir werden sicher anschliessend noch darüber sprechen – Mehrausgaben für den Teuerungsausgleich bei den Löhnen der Mitarbeitenden aus. Interessanterweise wird die Teuerung im Moment auch nur beim Personalaufwand begrenzt budgetiert, nicht beim Sachaufwand. Es wird möglicherweise wegen der Teuerung Nachkredite geben.

Einen Einfluss auf das Budget hat auch der Ukraine-Krieg. Da der Kanton auf dem Vierer- und Mittelfeld das Containerdorf gebaut und auch finanziert hat, kann die Stadt darauf verzichten, für die Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine Räumlichkeit dazuzumieten. Der Stadt entstehen in diesem Bereich keine weiteren Kosten. Hingegen hat der Ukraine-Krieg Einfluss auf den Produktegruppenhandel und auf die Dienstleistungen. Die Preissteigerungen in allen Produktegruppen sind seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine sehr hoch. Das bedeutet, dass die Einkaufskosten und der Umsatz auch im Geschäftsjahr 2022 höher ausfallen werden als budgetiert. Es ist anzunehmen, dass sich dieser Trend je nach Entwicklung der weltpolitischen Lage auch im Jahr 2023 fortsetzen wird. Im Budget hat man natürlich diese Entwicklung nicht berücksichtigen können. Das bedeutet, dass sich Logistik Bern gezwungen sieht, die höheren Einkaufspreise an die Kund*innen weiterzugeben.

Die Erlöse des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik sinken seit 2019. Wir haben immer noch einen relativ hohen budgetierten Erlös von über 41 Millionen Franken für das Jahr 2023. Dies ist auf einen ausserordentlichen Ertrag aus der Auflösung der Neubewertungsreserven zurückzuführen, ansonsten würde nächstes Jahr im Budget ein Defizit resultieren.

In diesem Budget ist auch berücksichtigt, dass der Gemeinderat aufgrund seiner 2018 beschlossenen und revidierten Strategie mehr selbst bauen will. Wir sind der Meinung, dass das wichtig ist, da die Stadt auf diese Weise günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen kann. Auch über diesen Punkt werden wir noch sprechen, da dazu noch Anträge eingegangen sind. Dazu äussere ich mich anschliessend im Fraktionsvotum.

Kernpunkt ist das städtische Personal, über das wir heute noch vertieft diskutieren werden. Beim Personal ist noch nicht alles budgetiert, was auf uns zukommt. Einerseits ist die Teuerung mit 1 Prozent zu tief eingestellt und der Stadtrat hat weitere Anpassungen im Personalreglement beschlossen. Der Druck durch den Stellenabbau, aber auch die unsicheren Zeiten mit Krieg und einer Pandemie usw. wirken sich auf die Mitarbeitenden aus. Das bedeutet, dass es weitere Entlastungen beim Personal braucht. Besonders mit dem Programm HR4you sollen Ressourcen gebündelt und HR-Prozesse optimiert werden. Das ist eines der Informatikprojekte, das hoffen lässt, dass mit ihm der Stellenabbaudruck gelindert werden kann. Es ist aber klar, dass die Umsetzung wiederum personelle Ressourcen braucht. Mit den anstehenden Projekten wie der Übernahme der Aufgaben von ABRAXAS bei der Schulinformatik per Ende Schuljahr, aber auch für den Technologiewechsel wird es zusätzliches Personal brauchen. Was uns dabei Sorgen bereitet, ist, dass die Besetzung von Vakanzen im Moment aufgrund des akuten Fachkräftemangels sehr schwierig ist. Trotz diesen durchgezogenen Ausichten bezüglich Personals und fehlenden Ressourcen hat die FSU im Bereich FPI den IAFP mit einer knappen Mehrheit zur positiven Genehmigung empfohlen. Das Produktegruppenbudget hat die FSU mit einer guten Mehrheit zur Annahme empfohlen.

Antragsbegründungen und Fraktionserklärungen zu Traktanden 4 und 5

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unser Antrag, die finanziellen Mittel für einen Teuerungsausgleich bei einer Teuerung von 3 statt 1 Prozent bereitzustellen, hat bereits zu Missverständnissen geführt. Ich möchte darauf hinweisen, dass dieser Antrag nichts mit dem Personalreglement zu tun hat, sondern mit den SNB-Prognosen und den vom Gemeinderat im Budget eingestellten Mitteln für den Teuerungsausgleich. Im PGB 2023 ist der Ausgleich für das städtische Personal von 1 Prozent berücksichtigt. Der Gemeinderat ist bei der Budgetierung von dieser Prozentzahl ausgegangen, basierend auf den damaligen SNB-Prognosen. Wir wissen aber Stand heute, dass die SNB mit einer Teuerung von rund 3 Prozent rechnet. Wie hoch sie dann tatsächlich ist, wird sich zeigen.

Nur mit der Anpassung der budgetierten Mittel kann der Gemeinderat Anfang 2023 einen angemessenen Teuerungsausgleich sicherstellen. Über einen Nachkredit des Stadtrats wäre ein Teuerungsausgleich über 1 Prozent erst Mitte 2023 möglich, wie die Erfahrungen des Ausgleichs 2021 zeigen. Die genaue Höhe des Ausgleichs ist wie üblich vom Gemeinderat mit den Sozialpartnern – unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Stadt – auszuhandeln. Im Übrigen ist das auch im neuen Personalreglement so geregelt. Auch mit dem neuen Reglement gibt es keinen automatischen Ausgleich. Mit der Annahme des Antrags ermöglichen Sie, dass die Stadt ihren Auftrag als Arbeitgeberin wahrnehmen kann. Danke, wenn Sie unseren Antrag für eine realistische Budgetierung unterstützen.

Sibyl Martha Eigenmann (Mitte) für die Fraktion Mitte: Ich verbinde die Antragsbegründung mit dem Fraktionsvotum. Auf den ersten Blick war das FPI-Budget eigentlich beruhigend. Man hatte wirklich das Gefühl, dass ein gutes und vernünftiges Budget vorliegt. Entsprechend war ich als FSU- beziehungsweise FPI-Vertreterin meiner Fraktion mit Anträgen zurückhaltend. Ich habe mir gedacht, dass wir die Zitrone nicht weiter auspressen wollen. Trotzdem haben wir drei Anträge eingereicht. Erstens, weil ein Posten eine Aktualisierung benötigt, zweitens weil ein Posten doch sehr aufhorchen lässt, und drittens, weil ein weiterer Posten definitiv eine bessere Weitsicht benötigt.

Bezüglich Aktualisierung: Es ist wohl niemandem entgangen – ausser vielleicht denjenigen, die sich nicht mit nationaler Politik befassen oder sich nicht dafür interessieren –, dass wir einen strengen Winter vor uns haben. Nicht unbedingt wegen des Wetters, sondern wegen eines grossen Elefanten namens Strommangel, der im Raum steht und auch Energieknappheit genannt werden kann. Der Stadt, die in Klima- und Energiefragen mit positivem Beispiel vorangehen möchte, präsentiert sich hier eine einmalige Chance mit verdichteten Büros und vermehrtem Homeoffice, beispielsweise mit geschlossenen Stockwerken und tieferen Raumtemperaturen, der Energieknappheit entgegenzuwirken. Die Mitte-Fraktion ist überzeugt, dass auch das städtische Personal die Massnahmen mitträgt und sich solidarisch zeigt. Vielleicht tönt unser Antrag illusorisch oder zu aufwendig, aber gerade bezüglich Raumflächenoptimierung passierte in den letzten zwei Jahren sehr viel und es war bereits vieles möglich. Die Mitte-Fraktion ist deshalb überzeugt, dass die Stadt hier noch mehr Potenzial hat und als Leaderin vorangehen kann. Dies umso mehr, als man davon ausgehen kann, dass das Budget im nächsten Jahr aufgrund der Energiekosten explodiert. Wir machen hier also beliebt, diesen Antrag bezüglich Energieeinsparungen aufgrund des Raumkostenmodells anzunehmen.

Den nächsten Antrag haben wir eingereicht, da uns etwas aufhorchen liess. Ich habe erwähnt, dass das FPI-Budget eigentlich einen guten Eindruck machte. Allerdings sind wir über einen Punkt gestolpert und waren erstaunt darüber – insbesondere im Zusammenhang mit einer Berichterstattung in der Zeitung von dieser Woche –, dass sich der Finanzdirektor beziehungsweise Immobilien Stadt Bern zitieren liess, dass die Mieteinnahmen der Geschäftsliegenschaften in der Christoffel-Unterführung die Cash Cow zur Quersubventionierung von ver-

billigtem Wohnraum seien. Man verbilligt also auf der einen Seite Wohnraum, und auf der anderen Seite setzt man die Mieteinnahmen von Geschäftsliegenschaften zur Quersubventionierung höher an. Jetzt lässt aber das Budget darauf schliessen, dass man genau bei diesen Geschäftsliegenschaften in der Christoffel-Unterführung tiefere Mietzinseinnahmen akzeptiert. Das kann doch nicht sein! Die Christoffel-Unterführung liegt an bester Lage! Es hat enorm grosse Passantenströme und diese Passantenströme werden aufgrund der natürlichen Bevölkerungszunahme zunehmen. Sie werden aber insbesondere in der Christoffel-Unterführung zunehmen, da beim Bubenbergplatz und am Hirschengraben eine riesige Baustelle entstehen wird. Vorübergehend werden entsprechend noch mehr Passantenströme unter der Christoffel-Gasse durchgelenkt. Mehr Passanten, ergo mehr Umsatz, mehr Gewinn und somit auch mehr Mietzinseinnahmen. Wir können es nicht verstehen. Auch der Onlinehandel ist kein Argument dagegen, auch wenn es Gewinneinbrüche wegen des Onlinehandels gibt. Die Passantenströme werden zunehmen und die Mitte-Fraktion ist überzeugt, dass die Gewinne auch weiter zunehmen werden. Somit kann man dort weiterhin gute Mietzinse verlangen. Wir bitten Sie, den Antrag bezüglich Mietzinseinnahmen in der Christoffel-Unterführung anzunehmen.

Zum letzten Antrag: Wir verlangen darin etwas mehr Weitsicht. Die Stadt kauft und kauft Liegenschaften zur Umwandlung in günstigen Wohnraum. Die Stadt will zudem bald mit Ostermundigen fusionieren. In Ostermundigen gibt es viel günstigen Wohnraum. Deshalb fordern die Fraktionen FDP/JF und Mitte, dass ein Zwischenstopp eingelegt und abgewartet wird, wie sich die Fusion überhaupt auf den Wohnungsmarkt auswirkt. Wir haben uns gedacht, dass es vielleicht sogar eine neue Strategie braucht.

Zum Schluss ein Wort zu Antrag 2 SP/JUSO: Was soll man dazu noch sagen? Es ist offensichtlich, dass wir den Antrag 2 SP/JUSO ablehnen. Ich sage es nochmals und wir wiederholen es immer wieder: Einen Teuerungsausgleich für Wenige zu fordern, der bei einem desolaten Budget die Allgemeinheit aktuell etwa 10 Millionen Franken kosten wird, macht uns einfach nur noch sprachlos.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Ich durfte merken, dass die FPI das Herz unserer Stadt ist. Sie sorgt dafür, dass alle Direktionen über genügend finanzielle Mittel verfügen, also Sauerstoff bekommen, um ihre Aufgaben wahrzunehmen. In diesem Sinn konzentrieren sich die Anträge der Fraktion FDP/JF vor allem darauf, dass die Sauerstoffversorgung gewährleistet werden kann.

Ich begründe lediglich noch unseren Antrag 1, die restlichen Anträge wurden bereits von Sibyl Martha Eigenmann begründet. Wir beantragen unter Punkt 1, dass die Einnahmen aus der Gewinn- und Kapitalsteuer von Unternehmen auf dem Stand von 2021 gedeckelt werden. Trotz der konjunkturell schwierigen Lage werden die Einnahmen der juristischen Personen kurzfristig, also sicher 2022 und 2023, nicht abnehmen. Der Grund dafür liegt im sogenannten Fälligkeitsprinzip. Das bedeutet, dass Unternehmen vorab provisorische Steuerbeträge bezahlen, obwohl noch gar nicht klar ist, ob ihre Rechnungsergebnisse gut sind. Die provisorische Steuerberechnung basiert auf einem Rechnungsergebnis von früheren Jahren. Wie gut das Rechnungsergebnis im Zusammenhang mit der provisorischen Zahl der Steuerrechnung tatsächlich sein wird, zeigt sich erst ein bis zwei Jahre später, also zum Zeitpunkt der definitiven Einreichung der Steuererklärung. Kurz: Die Fraktion FDP/JF geht für 2023, 2024 und 2025 von schlechten Rechnungsergebnissen bei Unternehmen aus und beantragt deshalb, die Prognosen der Steuereinnahmen bei höchstens 100 Millionen Franken, dem Ergebnis von 2021, einzufrieren. Wegen des erläuterten Fälligkeitsprinzips beantragen wir, dass die Einnahmen noch tiefer prognostiziert werden. Danke, dass Sie diesem Antrag Folge leisten.

Zum Fraktionsvotum: Es ist klar, dass wir unsere mit der Mitte-Fraktion eingereichten Anträge 4, 8 und 9 annehmen. Anträge 3, 6 und 10 SVP nehmen wir an, den Rest lehnen wir ab.

Jetzt noch zum unsäglichen Antrag 2 SP/JUSO: Meine Vorrednerin hat es bereits gesagt, die momentane finanzielle Lage lässt weitere Ausgaben von 6,6 Millionen Franken schlicht nicht zu. Wir budgetieren bereits ein Defizit. Damit ich es auch noch erwähnt habe: Wir schätzen die Leistung unserer Stadtangestellten sehr, aber es geht nicht an, dass in der Schweiz alle den Gürtel enger schnallen müssen, in Bern aber Klientelpolitik auf Kosten der Berner Bevölkerung betrieben wird. Für ein paar wenige! Wir lehnen deshalb den Antrag zum Wohl unserer Steuerzahler ab. Das ist solidarisch, wie es auch schon genannt wurde. Es nicht kann sein, dass die Mehrheit wegen ein paar wenigen bluten muss.

Thomas Fuchs (SVP) für die Einreichenden: Michael Aebersold hat einen der schönsten Jobs, die man überhaupt haben kann. Er ist der Finanzdirektor, der es am einfachsten hat, da er eine solide politische Mehrheit hinter sich weiss und in der Stadt Bern eigentlich schalten und walten kann, wie er will. Wir von der Fraktion SVP wollen ihm nun ein wenig helfen, damit er doch noch Mehreinnahmen erhält und weniger Ausgaben macht. Dies mit Antrag 3, bei dem es sich eigentlich um drei Punkte handelt. Ich **bitte deshalb um punktweise Abstimmung** bei diesem Antrag.

Erstens geht es um die Verlagerung von Büroräumlichkeiten aus der Innenstadt in die Ausenquartiere. Dies mit dem Ziel, Kosteneinsparung bei der Miete zu erreichen. Diese Räumlichkeiten in der Innenstadt sollten besser vermietet werden, anstelle der stadt-eigenen Nutzung. Der zweite Punkt dreht sich um die laufenden Baurechtsverträge. Wir fordern, dass man konsequent die Vor- und Rückkaufsrechte geltend macht. Mir ist unerklärlich, weshalb die Stadt Bern teilweise die Vor- und Rückkaufsrechte nicht ausübt, wenn sie auf der anderen Seite nicht genügend Liegenschaften erwerben kann. Die Kredite stehen bekanntlich zur Verfügung, dann müsste man das konsequenterweise auch so umsetzen. Was ich jetzt sage, liegt vielleicht nicht unbedingt im Interesse aller Bürgerlichen, aber wenn man aus Sicht der Stadt schaut, müsste man diesem Punkt zwingend zustimmen, damit man die Liegenschaften anschliessend zu Marktkonditionen ausschreiben kann; vorausgesetzt, es handelt sich nicht um ein Spezialobjekt wie ein Schulhaus, da müsste man selbstverständlich Ausnahmen machen. Der dritte Punkt betrifft die Baubewilligungsverfahren auf eigenem Grund. Die Stadt Bern besitzt viele Liegenschaften und viel Land, die oder das man für Leuchtreklamen nutzen und auch entsprechende Einnahmen generieren könnte. Es ist mir ein Rätsel, warum dieses Potenzial nicht ausgeschöpft und ausgenutzt wird. Es würde Einnahmen bringen, die niemandem wehtun und diese könnten wiederum für sinnvollere Dinge verwendet werden.

Ein Dauerbrenner ist der Verkauf der Berner Reitschule im Baurecht an Dritte: Ich kann nur immer wieder sagen, dass ich Sie von der linken Seite nicht verstehe. Weshalb stimmen Sie dem nicht zu? Kaufen Sie doch die Hütte endlich, dann können Sie mit ihr machen, was Sie wollen. Wenn ich sie kaufen könnte, würde ich dies sofort tun. Weshalb Sie die Reitschule nicht kaufen wollen, ist mir wirklich ein Rätsel. Es besteht auch keine Gefahr, dass ein Bürgerlicher sie kaufen könnte, da Sie den Verkauf in der Hand hätten. Aber bitte nehmen Sie sich das Recht nun, damit man die Reitschule im Baurecht zum Verkauf ausschreiben kann.

Weiter fordern wir, dass man das Rebgut an Dritte verpachtet. Wir waren zu Besuch in Ostermundigen, dort gibt es guten Wein. Eine Variante wäre, dass man das Rebgut an Ostermundigen verkauft. Dann könnten die das gemeinsam betreiben. Vielleicht wird der Berner Wein anschliessend auch ein wenig besser. Das wäre ein Gewinn. Wir hätten zudem einen weiteren Punkt, um die Ostermundiger für die Stadt Bern zu begeistern, indem man ihnen sagt, dass sie das Rebgut betreiben und im Baurecht übernehmen können.

Der letzte Punkt kostet nicht viel. Ich arbeite bei einem Arbeitgeber, der sehr häufig mit reichen Leuten zu tun hat. Für diese ist es eigentlich im Normalfall üblich, dass sie von den Gemeinden, in denen sie Steuern zahlen, irgendeine Reaktion erhalten. Ich habe 600 000 Franken steuerbares Einkommen pro Jahr in den Antrag hineingenommen. Das ist nicht gerade

wenig. Wir verfügen in der Stadt Bern über solche Steuerzahler und es würde wirklich keinen Aufwand bedeuten, wenn man diese Personen einmal pro Jahr kontaktiert, ihnen eine Karte schreibt oder wenn der Finanzdirektor, anstatt mit seinen Kolleginnen und Kollegen Genossen, einen guten Steuerzahler anruft und mit ihm etwas trinken oder essen geht. Das wäre wahrscheinlich sinnvoll investiertes Geld. Er kann sonst einmal mit seinen Genossinnen und Genossen zusammensitzen.

Wie gesagt, handelt es sich um Anträge, die nicht viel kosten, aber viel bringen würden. Auch psychologisch finde ich es wirklich schlecht, wenn man zu den ganz guten Steuerzahlern sagt, dass sie quasi froh sein sollen, überhaupt noch in der Stadt Steuern zahlen zu dürfen. Wie gesagt, es gebe hier ganz viele Ideen, die im Normalfall eigentlich nicht von uns, sondern direkt aus der Verwaltung kommen sollten. Personal hat es ja genug.

Fraktionserklärungen zu Traktanden 4 und 5

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich kann es relativ kurz machen. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt alle Anträge ausser denjenigen zu den finanziellen Mitteln für den Teuerungsausgleich ab.

Ich möchte noch auf einige Punkte der vorliegenden Anträge eingehen. Massgebend für die Steuererträge 2023 ist die wirtschaftliche Entwicklung 2022. Die Konjunkturprognose des BAK Economics rechnet Stand Juni 2022 mit einem Wachstum des BIP von 2,4 Prozent im Kanton Bern. In der Regel ist das Wachstum der Stadtregion höher als das des Durchschnittskantons. Vor diesem Hintergrund halten wir die Steuerprognosen für das Jahr 2023 nach wie vor für realistisch.

Alle Vermietungen werden laut Stadt nach wirtschaftlichen Grundsätzen berechnet und ausgehandelt. Die Stadt erhält nach wie vor einen sehr guten Mietzins, und aufgrund der neuen Rahmenbedingungen – gerade beim Bahnhof – besteht auch ein gewisses Risiko von Leerständen. Dieser Antrag ist aus unserer Sicht daher nicht zielführend.

Der Antrag, den Energieverbrauch zu senken, tönt zwar gut, täuscht aber. Es ist sicher sinnvoll, auf den Energieverbrauch zu schauen und diesen zu reduzieren, die Stadt ist diesbezüglich bereits aktiv geworden, im Speziellen wegen der herrschenden und der kommenden Energiemangellage. Wir lehnen aber eine Pauschalkürzung ab. Weiter braucht Bern mehr bezahlbaren Wohnraum und der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik trägt massgeblich dazu bei, mehr bezahlbaren Wohnraum in dieser Stadt zu schaffen. Der Fonds ist kostendeckend. Darauf zu verzichten, ist auch angesichts der Entwicklungen nicht gerechtfertigt.

Ein Verschachern des Rebgrundes Neuenstadt zum Billigpreis lehnen wir nach wie vor ab. Steuergeschenke auch in Form von besonderer Kundenpflege unterstützen wir nicht. Beim Antrag zur Berner Reitschule erlebe ich ein Déjà-Vu: Ich habe bereits letztes Jahr dazu gesprochen und Thomas Fuchs hat auch etwas ähnliches dazu gesagt. Da die Reitschule einen wichtigen kulturellen sowie sozialen Beitrag an die Stadt leistet, kommt ein Verkauf für die SP/JUSO-Fraktion nicht in Frage.

Wie schon erwähnt, lehnt die SP/JUSO-Fraktion alle Anträge ab, ausser den Antrag 2. Den Antrag 2 zur Bereitstellung der finanziellen Mittel für den Teuerungsausgleich habe ich bereits begründet. Ich möchte hier jedoch noch etwas klarstellen: Die ganze Polemik, die seit der Debatte um das Personalreglement bis in die Budgetdebatte Einzug gehalten hat, entzieht sich jeglicher Faktengrundlage. Die «Milchbüchleinrechnung» ist schlicht falsch. Fakten werden irgendwie ausgelegt und das auf Kosten wichtiger Verbesserungen. Was mich daran am meisten schockiert, ist, dass einige Leute in der momentanen Zeit von Inflation, Prämienexplosion und steigenden Energiepreisen sowie ganz allgemein ernsthaft finden, dass der Erhalt der Kaufkraft der Arbeiterinnen und Arbeiter ein «Nice-to-have» sei. Es geht nicht darum, das Gewerbe und die städtischen Angestellten gegeneinander auszuspielen. Es geht darum, dass

die Stadt Bern ihre Verantwortung als Arbeitgeberin wahrnehmen kann, und wir als Parlament stehen auch in der Verantwortung. Und auch wenn die Teuerung effektiv ausgeglichen werden sollte, ist das kein sozialer Ausbau und es ist auch keine Realloohnerhöhung, sondern es ist ein Lohnerhalt für Menschen, die den Service Public am Laufen halten; Geld, das am Ende wieder zum Gewerbe dieser Stadt fliesst. Ob es sich um 3 oder 1 Prozent Teuerung handelt, spielt im Portemonnaie eine sehr grosse Rolle. Der Gemeinderat soll die Möglichkeit haben, unter Einbezug der finanziellen Lage der Stadt die Höhe des Ausgleichs zu verhandeln. So funktioniert gelebte Sozialpartnerschaft in der Schweiz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Es ist die letzte Chance, um noch Gegensteuer zu geben. Unsere wichtigen Anträge haben Sie leider abgelehnt. Ich befürchte, dass, wenn Antrag 2 angenommen wird, wir das Fuder richtig überladen. Denken Sie daran, dass Sie im Personalreglement X Dinge drin haben. Jetzt wollen Sie weitere 6 Millionen Franken einstellen und damit riskieren, insgesamt 9,9 Millionen Franken auszugeben. Wir haben gesehen, wo Sie überall nicht sparen wollen. Ich appelliere an Sie, es gibt viele Kleinunternehmer wie beispielsweise Wirte und andere Leute, die unter den steigenden Energiepreisen leiden. Sie erhalten diese Chance nicht. Diese Politik ist für wenige und bezahlen sollen es aber alle.

Wir werden es in der Diskussion zum Gebührenreglement hören: Sie unterstützen es, dass die Leute, die auf ein Auto angewiesen sind, praktisch das Doppelte zahlen müssen. All das soll man finanzieren und der Bürger, der nicht städtischer Beamter ist, wird zur Kasse gebeten, damit man den Teuerungsausgleich durchführen kann. Es ist bekannt, dass in der Privatwirtschaft längst nicht alle einen Teuerungsausgleich erhalten. Die selbstständigen Wirte und Event-Unternehmer mussten untendurch. Teilweise traf es auch die Coiffeusen, die während der Pandemie Kunden verloren haben, weil die Leute selbst gelernt haben, mit der Tondeuse oder der Schere umzugehen. Viele Gastrounernehmen haben keine Kunden mehr, da die Leute im Homeoffice sind. Das sind die Leidtragenden. Dieser Antrag ist absolut verhängnisvoll. Dem Bürger wird das Autofahren verteuert, dafür schaffen Sie hier Pfründe und bauen noch mehr aus. Deshalb hoffe ich, dass dieser Antrag klar abgelehnt wird. Ansonsten hoffe ich, dass die Leute spätestens beim Gebührenreglement sehen, auf was das hinausläuft und was sie alles zahlen müssen.

Die anderen SVP-Anträge unterstützen wir selbstverständlich, das wurde gut begründet und ich habe keine Ergänzungen. Ebenfalls unterstützen wir Antrag 4 FDP/JF, Mitte. Für mich ist klar, dass die Verwaltung hier mit gutem Beispiel vorgehen muss. Wie erwähnt sind gewisse Entscheidungen unverständlich. Natürlich sind die Kehrriechwagen grösser. Ich habe aber nach wie vor den Eindruck, dass es vor allem darum geht, dass Parkplätze aufgehoben werden können. Gleichzeitig wollen Sie die Parkkartengebühren verdoppeln, und das bei weniger Parkplätzen. Das ist Abzockerei.

Zu Antrag 8 Mitte, FDP/JF, den wir ebenfalls unterstützen: Ich bin der Meinung, dass die tiefen Mietzinseinnahmen in der Christoffel-Unterführung zu vermeiden sind und aufgestockt werden müssen. Es ist für mich völlig unverständlich, dass die Stadt dort so wenig Miete akzeptiert. Ich denke, dass es dort gewisse Leute oder gewisse Unternehmen hat, denen es recht ist, wenn sie nicht viel bezahlen müssen. Auch dort wird wieder für einige wenige und nicht für alle geschaut. Es wird immer alles auf dem Buckel des Steuerzahlers gemacht. Auch Antrag 9 unterstützen wir gerne. Wenn wir ihn gestellt hätten, wäre er wahrscheinlich völlig chancenlos gewesen. Ich habe es Ihnen immer gesagt, dass das Gaswerkareal eine wunderbare Wohnlage ist. Aber so wie Sie es planen, und wie die Stadt baut, dient man wiederum nur der eigenen Klientel zu. Ursprünglich wurde gesagt, dass ein Drittel Stockwerk- und höherwertiges Eigentum sei. Das haben Sie alles fahren lassen. Somit ist dies ein Antrag, den man unterstützen muss. Wir haben bereits beim IAFP einen Antrag gestellt, mit dem wir leider nicht durchgekommen sind. Die Stadt soll nicht mehr selber bauen. Es geht schief. Wie man

teilweise geplant hat, haben wir im Tierpark-Areal gesehen und auch in der Stadtplanung, als man eine Drogenanlaufstelle neben eine Schule verschieben wollte, was nicht geht. Man wollte den Leuten verbieten, von der nächstgelegenen Busstation über den Bärenplatz zu laufen. Wenn man so plant und baut, dann kommt es schief heraus. Ich habe kein Vertrauen in die Sache. Darum ist für mich ganz klar, dass wir den Antrag unterstützen. Sie sehen unseren Antrag 10, der in die gleiche Richtung geht.

Sie haben nun die letzte Chance, in dem Bereich Gegensteuer zu geben. Es ist entscheidend, dass Sie Antrag 2 SP/JUSO ablehnen. Wir sind für die ganze Stadt da. Man darf nicht eine Gruppe privilegieren und die anderen müssen nachher mit höheren Steuern dafür aufkommen. Es ist für mich völlig klar, worauf das hinausläuft. Wir riechen den Braten und Sie müssen nicht meinen, dass wir hoffen, dass der Kanton nachher die Erhöhung macht. Darauf werden Sie nämlich spekulieren. Ich warne Sie hier und heute vor einer Steuererhöhung. Ich wurde mehrmals als Cassandra betitelt. Das Tragische bei Cassandra ist, dass sie recht hat. Wir laufen mit diesem Budget in eine Steuererhöhung hinein.

Regula Bühlmann (GB) für die Fraktion GB/JA!: Es kommt mir manchmal auch so vor, als ob wir immer ungefähr das Gleiche sagen, aber es ist einfach immer noch wichtig. Die FPI kommt stets zum Schluss an die Reihe, wenn wir den Jahresbericht, den IAFP und das Budget beraten. Die Direktion ist aber zentral, weil hier die Finanz- und Steuerprognosen gemacht werden, auf denen die Planung sowie das Budget aufbauen. Die FPI ist für die Informatik zuständig, auf die die Verwaltung angewiesen ist, um zu funktionieren. Nicht zuletzt trägt die FPI die Verantwortung für das städtische Personal, das die Projekte umsetzt, die Bern zu einer lebenswerten und klimafreundlichen Stadt machen. Deshalb machen wir uns Sorgen, wie sich in der FPI die Sparmassnahmen bemerkbar machen. Der Fachkräftemangel trifft die Stadt schwer und kann die Abläufe in der Verwaltung zum Stocken bringen. Wenn jetzt zusätzlich noch Leute wegen Überlastung ausfallen, sehen wir ein ernsthaftes Risiko für die rot-grüne Politik, für die wir hier grossmehrheitlich einstehen.

Wir müssen insbesondere dem städtischen Personal Sorge tragen. Das bedeutet, dass die Mitarbeitenden die Teuerung ausgeglichen erhalten, wie wir das auch im Personalreglement festgehalten haben. Es ist eine unsägliche Zwängerei von rechts, wenn man die entsprechenden finanziellen Mittel jetzt nicht im Budget einstellen will. Je nach Verhandlung mit der Sozialpartnerschaft wird nicht einmal der ganze Betrag ausgeschöpft und somit würde die Rechnung ein bisschen besser ausfallen als budgetiert. Das ist ja in diesen Jahren überhaupt kein Novum. Aber es ist allenfalls die bessere Lösung, als dass die Stadtangestellten auf den Teuerungsausgleich warten müssen, bis der Stadtrat einen entsprechenden Nachkredit genehmigt hat. Den Antrag 2 SP/JUSO nehmen wir deshalb klar an.

Sämtliche mitarbeitendenfeindlichen Anträge, wie sie von den Fraktionen SVP, FDP/JF und Mitte kommen, lehnen wir ab. Weder wollen wir die städtischen Angestellten irgendwo in die Peripherie verbannen, noch wollen wir sie ins Homeoffice schicken, so dass die Stadt die Heizungen in den Büros abstellen kann. Zu den aufgewärmten Anträgen der SVP muss ich nichts sagen, wir lehnen sie alle ab. Genauso wie wir auch die Anträge von rechts ablehnen, die verlangen, dass die Stadt nicht mehr Wohnungen kauft oder selber baut. Das ist Blödsinn und widerspricht der Strategie, dass in Bern auch Menschen leben können, die sich eine Marktmiete höchstens auf dem Land leisten können. Danke, wenn auch Sie heute mit Ihren Entscheidungen dem Personal und unserer Stadt Sorge tragen.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion GFL/EVP trägt das Budget und den IAFP der Direktion FPI vollständig mit. Sie wünscht der Direktion und Gemeinderat Michael Aebersold sowie seinen Mitarbeitenden für ihre tägliche Arbeit auch für das nächste Jahr gutes Gelingen. Dieser Wunsch gilt selbstverständlich gleichzeitig auch für die ganze

Stadtverwaltung. Wir leben in unruhigen Zeiten. Was vor kurzem noch gegolten hat, ist plötzlich nicht mehr in Stein gemeisselt. Das gilt beispielsweise für die Inflation, die zum Zeitpunkt der Budgeterstellung im Frühling noch tief lag. Es gilt aber auch für andere wichtige Parameter, insbesondere für die Zinssätze, die unterdessen gestiegen sind. Wir könnten jetzt argumentieren, dass es ehrlicher wäre, wenn ein absehbarer Teuerungsausgleich bereits budgetiert ist oder auch, dass es transparenter wäre, weil sich dadurch das budgetierte Defizit entsprechend erhöht. Trotzdem lehnt die GFL/EVP-Fraktion den Antrag 2 für den Teuerungsausgleich von 3 statt 1 Prozent mehrheitlich ab. Wir müssen dem Gemeinderat mit der Erhöhung des Teuerungsausgleichs um 6,6 Millionen Franken nicht einfach so einen erweiterten Budgetrahmen vorgeben, weil damit seine Verhandlungsbasis geschwächt wird. Es würde doch seltsam anmuten, wenn die Gelder zwar budgetiert sind, der Gemeinderat diese aber aus finanzpolitischen Erwägungen heraus nicht voll für den Teuerungsausgleich einsetzen möchte. Wir vertrauen darauf, dass der Gemeinderat dafür sorgen wird, dass das Personal bei den anstehenden Lohnverhandlungen nicht zu kurz kommt. Auch uns ist klar, dass 1 Prozent nicht ausreichen wird, auch nicht basierend auf dem geltenden Personalreglement. Wir könnten uns – das ein Vorschlag zur Güte – auch einen degressiven anstelle eines linearen Teuerungsausgleichs vorstellen, bei dem also die tieferen Lohnklassen einen prozentual höheren Teuerungsausgleich erhalten würden als die höheren Lohnklassen. Wir bevorzugen also die Beantragung eines Nachtragskredits bei einer allfälligen Überschreitung der budgetierten Personalkosten, so wie das auch bei anderen Kreditüberschreitungen möglich und üblich ist. Wir sehen deshalb keinen Grund, dem Gemeinderat ins Handwerk pfuschen zu müssen. Das gilt übrigens auch für den Antrag 1, obwohl auch wir davor warnen wollen, dass die Steuereinnahmen der juristischen Personen im IAFP nicht allzu hoch erwartet werden sollen. Wir, die Grüne Freie Liste als Regierungspartei – wir sind zusammen mit unseren beiden EVP-Fraktionsmitgliedern bekanntlich das M unter den RGM-Parteien –, sind uns unserer staats- beziehungsweise stadtrtragenden Rolle bewusst. Wir brauchen finanzpolitische Vernunft. Weder die Panikmache von bürgerlicher Seite noch eine Sorglosigkeit von linker Seite ist angezeigt. Ich zitiere damit unseren Finanzdirektor von vor zwei Wochen. Wir warnen – so wie beim neuen Personalreglement – davor, auch beim Budget das Fuder zu überladen. Wir stützen den Gemeinderat in seinem Bemühen, ohne Steuererhöhung einen Bilanzfehlbetrag zu vermeiden. Und das ist ja noch nicht ganz alles, da wir einen Jahresgewinn von 20 Millionen Franken anstreben und das sollte man auch erreichen. Um das erreichen zu können, sind weitere Anstrengungen nötig. Dieses Ziel darf man nicht aus den Augen verlieren und es sollte sich gelegentlich in den Aufgaben- und Finanzplänen entsprechend niederschlagen, wie das auch der Finanzdirektor immer wieder sagt. Solange der Gemeinderat nicht selber wünscht, einen höheren Teuerungsausgleich für das Stadtpersonal anzunehmen, wird die GFL/EVP-Fraktion den Antrag 2 mehrheitlich ablehnen. Ebenso lehnen wir alle übrigen Anträge zur FPI ab. Ich verweise hierfür auf das Votum der Fraktionssprecherin der SP/JUSO-Fraktion. Wir können uns den Ausführungen grundsätzlich anschliessen. Es ist zudem auch so, dass die Anträge zum Teil nur deklaratorischen Charakter haben und dort haben wir auch gesagt, dass wir solche ablehnen.

Einzelvoten zu Traktanden 4 und 5

Tom Berger (FDP): Ich bin erstaunt, dass man vorne am Mikrofon stehen und beanstanden kann, dass hier eine faktenfreie Debatte geführt wird, um anschliessend die Aussage zu machen, dass es keinen Zusammenhang zwischen dem neuen Personalreglement und dem Teuerungsausgleich gebe. Liebe Leute, wenn das neue Personalreglement in diesem Punkt keine Änderung vorsieht, wieso hat es trotzdem von Ihrer Seite einen Antrag dazu gebraucht? Stellen Sie einen Antrag, da die vom Gemeinderat vorgeschlagene Regelung nicht ausreichend

ist? Ich bedanke mich bei Regula Bühlmann, die wenigstens ehrlich ist. Sie hat hier vorne klar und deutlich gesagt, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Personalreglement und dem Teuerungsausgleich gibt. Was ich nicht verstehe und wirklich gefährlich finde, ist, dass von Zwängerei gesprochen wird, wenn wir in der Budgetdebatte noch einmal über das Thema reden. Ich möchte Sie am Tag der Demokratie daran erinnern, dass im Moment ein Referendum läuft. Das Referendum wird zustandekommen und eingereicht werden. Das Stadtberner Stimmvolk wird sich voraussichtlich im Mai nächsten Jahres zu diesem Thema äussern können. Wenn Sie anschliessend per Mitte Jahr einen Teuerungsausgleich per Nachkredit bewilligen können, ist das immer noch dem Personalreglement entsprechend, das sowieso nicht vorher in Kraft treten können. Ich möchte daran erinnern, dass die Stadt Bern jahrelang – und das wird nie gesagt – einen Vorsprung auf den relevanten Index hatte und die Teuerung überkompensierte. Niemand von Ihnen, die Sie im aktuellen Moment, in dem die Inflation wieder da ist, einen sofortigen und automatischen Teuerungsausgleich fordern, hat 2020 eine Lohnreduktion gefordert, als wir eine Minusteuerung hatten. Gottlob hat das niemand gefordert, weil ein solcher Automatismus sinnlos gewesen wäre, wie er es auch heute ist, wenn es in die andere Richtung geht.

Ich kann Ihnen hier und jetzt sagen: Niemand oder kaum jemand in diesem Land – und schon gar nicht das Personal beim Bund oder beim Kanton – wird einen Teuerungsausgleich von 3 Prozent erhalten. Niemand! Ich finde es speziell, dass Sie hier vorne stehen und den Leuten da draussen erklären, wie schlimm Inflation, steigende Krankenkassenprämien und Energiepreise seien und warum wir ihnen deshalb die Teuerung ausgleichen müssen, im gleichen Atemzug aber laufend die Gebühren und Steuern erhöhen, was Leute mit tiefen Einkommen überproportional hart trifft. Sie würden – wenn man nicht auf den Vorschlag der GFL/EVP-Fraktion eingehen und den Teuerungsausgleich degressiv ausgestalten würde – zwar einen höheren Teuerungsausgleich haben, der aber durch höhere Gebühren und Steuern um ein Vielfaches wieder aufgeessen würde.

Deshalb können Sie den Antrag mit sehr gutem Gewissen ablehnen. Sie haben das laufende Referendum, Sie werden Mitte nächstes Jahr die Volksabstimmung haben. Wenn Sie diese gewinnen: Chapeau! Es bleibt danach immer noch genug Zeit, um die Teuerung per Nachkredit auszugleichen, so wie Sie das wollen.

Sibyl Martha Eigenmann (Mitte): Ich möchte eine Replik auf das Votum einer Vorrednerin halten. Es ist das Wort Verantwortung gefallen, Verantwortung des Stadtrats. Es liegt eben auch in unserer Verantwortung für ein nachhaltiges Budget zu sorgen, wie es Dolores Dana von der FDP in ihrem Votum zum Personalpersonalreglement Mitte August erwähnte. Es geht nicht nur um den Lohn beim Personalreglement und beim Teuerungsausgleich. Es geht beim Personalreglement eben auch um Job-Sicherheit. Es wurde weiter vom Teuerungsausgleich für Arbeiter und Arbeiterinnen gesprochen und davon, dass Arbeiter einen Teuerungsausgleich brauchen. Ja, absolut, aber es klingt so, als wären nur diejenigen wirklich betroffen, die schon per se einen tiefen Lohn haben. Wir haben im Personalreglement den Mindestlohn erhöht. Da stehe ich voll und ganz dazu, da ich dies unterstützt habe. Ich finde es richtig, dass die, die wenig verdienen, mehr erhalten. Aber wir sprechen von einem Teuerungsausgleich für alle. Wir sprechen von einem Teuerungsausgleich auch für das Kader. Rechnen Sie zusammen, was es für ein Budget bedeutet, wenn eine Kaderperson 3 Prozent mehr Lohn erhält. Das ist ein Giesskannenprinzip für alle, eine Lohnerhöhung für alle, egal wie hoch der Lohn ist. Zur selben Zeit verlieren die Menschen in der Stadt Bern aufgrund der unsicheren Lage ihren Job. Apropos Job verlieren und Verantwortung übernehmen: In den letzten zwei Jahren haben wir Personalsparanden durchgeführt. Der Gemeinderat ist mit Sparanträgen gekommen. Man hat Personal und Stellen eingespart und vergoldet nun diejenigen, die in der Stadtverwaltung geblieben sind, obwohl man in ein paar Jahren oder vielleicht bereits nächstes Jahr, vielleicht

in zwei Jahren wieder in die genau gleiche Scheisse hineinläuft und wieder eine Personalsparrunde durchführen muss. Die Ratte beisst sich also in den Schwanz.

Bernadette Häfliger (SP): Im heute geltenden Personalreglement heisst es, dass der Gemeinderat die Löhne der Kaufkraft anpasst. Das ist Artikel 26 Absatz 1 Personalreglement. Das heisst, es besteht bereits heute – und darauf gründet der Antrag der SP/JUSO-Fraktion – ein Anspruch auf Teuerungsausgleich. Das ist Fakt. Was auch Fakt ist, ist, dass der Teuerungsausgleich – wie jedes Jahr – auch dieses Jahr mit den Sozialpartnern ausgehandelt werden wird. Damit die Verhandlungen überhaupt stattfinden können, muss der Gemeinderat über das entsprechende Budget verfügen. Selbstverständlich, Tom Berger, wird der Index der Negativteuerung mitberücksichtigt. Das ist auch letztes Jahr passiert. Letztes Jahr lag die Teuerung bei 1,2 Prozent. Ausgeglichen wurden aufgrund des negativen Index 0,6 Prozent. Es ist die sozialpartnerschaftliche Verhandlung, die es möglich macht, dass zum Beispiel kleinere Einkommen bei der Teuerung stärker berücksichtigt werden als grössere. Gegen solche Lösungen haben die Sozialpartner viel weniger etwas als der Gemeinderat als Arbeitgeber, weil das sein Lohnsystem durcheinanderbringt. Als Sozialpartner ist das egal. Wir versuchen hauptsächlich die unteren Einkommen, die Arbeiterinnen- und Arbeiterlöhne, zu schützen.

Direktor FPI Michael Aebersold: Ich kann nicht auf alles eingehen, ich bitte Sie dafür um Verständnis. Ich gehe zuerst auf das Highlight des heutigen Abends ein. Das war für mich eine Aussage von Simone Richner: Sie sagte, dass die Direktion FPI – und da fühle ich mich auch mitgemeint und mein Generalsekretariat auch, das die Debatte mitverfolgte – das Herz der Stadt sei. Das haben wir natürlich sehr gerne gehört.

Durch die ganze Debatte waren die Massnahmen im Rahmen des Finanzierungs- und Investitionsprogramms (FIT) immer wieder ein Thema. Es ist tatsächlich so: FIT war nichts Praktisches und Einfaches und etwas, das man nicht bemerkt hätte. Ich bin dem Stadtrat extrem dankbar, dass er mitgemacht und nicht vereinzelt abgebaute Stellen rückgängig gemacht hat. Das wäre ungerecht gewesen. Ich habe heute Morgen ein langes Gespräch über die Telefonzentrale geführt. Die Telefonzentrale ist ebenfalls von FIT betroffen. Das ist ein Problem, die Leute stehen unter Druck und wir müssen handeln. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Es ist die Aufgabe meiner Gemeinderatskolleginnen und -kollegen und unseres Führungspersonals zu schauen, ob man organisatorisch etwas machen kann oder die Leistung angepasst werden muss, indem beispielsweise nicht mehr an fünf Tagen von morgens bis abends die gleiche Leistung erbracht werden kann. Das geht selbstverständlich nicht. Das wird die grosse Herausforderung sein.

Ich nehme es vorweg: Die Debatte war sehr gut. Ich bin auch absolut zufrieden mit dem Ergebnis. Ich glaube, wir sind mit dem Vorgelegten sogar besser dran als von uns vorgeschlagen. Die einzigen «Tolggen im Reinheit» sind bei der Robert Walser-Stiftung und dem Haus der Religionen, bei denen Sie Kürzungen rückgängig machen wollen. Es handelt sich dabei um Planungserklärungen. Ich möchte Sie darauf hinweisen – Informationen dazu kann ich Ihnen noch zustellen –, dass die Robert Walser-Stiftung wirklich nicht auf das Geld angewiesen ist, sondern Überschüsse macht. Beim Haus der Religionen sieht dies ein bisschen anders aus.

Ich gehe auf ein paar Anträge ein. Die Frage der Prognose wird immer wieder diskutiert. Ich versichere Ihnen, dass wir mit dem aktuellen Stand, den wir haben nach bestem Wissen und Gewissen die Prognosen machen. Ich habe mit meinem Steuerverwalter nochmals Rücksprache gehalten und wir stehen zu diesen Prognosen, die wir gemacht haben. Es wäre künstlich, jetzt etwas daran zu schrauben, es bringt nichts. Wir müssen die Ausgaben im Griff haben, wir müssen einen Überschuss von 20 Millionen Franken anvisieren. Wenn wir bei den Steuereinnahmen ein bisschen zu pessimistisch sind und ein Budget mit einer Null vorweisen, dann

sind wir am Schluss besser dran und weisen ein Plus aus. Das sind alles Prognosen. Was am Schluss zählt, ist das Resultat davon, was wirklich eingenommen und ausgegeben wurde.

Zur ganzen Geschichte rund um die Teuerung: Es ist tatsächlich so, dass sich mit dem alten oder dem neuen Personalreglement – aktuell ist noch das alte in Kraft – für mich nichts ändert. Wir gehen in die Verhandlung und haben die Mittel entweder bereits eingestellt – dazumal war es 1 Prozent. Wenn die Prognose damals bei 2 oder 2,5 Prozent gelegen hätte, wäre das Geld jetzt eingestellt. Das haben wir leider nicht gemacht. Ich müsste mit einem Nachkredit kommen. Es ändert nichts an der Tatsache, dass wir die Kaufkraft – das ist keine Lohnerhöhung – des Personals erhalten wollen. Wir sind auch aufgrund des Fachkräftemangels darauf angewiesen, dass es unseren Angestellten gut geht, dazu gehören auch die oberen Kader. Wir sind auch bei den mittleren Kadern nicht unter den Weltmeistern mit den Lohnzahlungen. Man möchte entsprechend alle gleichbehandeln. Es ist tatsächlich so, dass nicht nur die Lohnkosten betroffen sind, sondern auch die Energie- und Materialpreise. Wir können nicht einfach sagen, dass es uns leidtut, dass wir das Geld nicht budgetiert haben und deshalb den Strom nicht mehr bezahlen können. Also auch da werden wir voraussichtlich mit Nachkrediten kommen müssen, weil wir das nicht berücksichtigt haben.

Zu Antrag 7 SVP, der verlangt, dass man denjenigen mit einem Einkommen von 600 000 Franken oder wie viel es dann ist, dankt. Ich erinnere Sie daran, dass unser Recht die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vorschreibt, und somit müsste dieser Antrag auch jemanden betreffen, der 60 000 Franken oder 80 000 Franken verdient. Alle zahlen Steuern gemäss ihren Möglichkeiten und man müsste eigentlich allen danken. Somit wäre dieser Antrag sehr selektiv. Übrigens wurde dies bei juristischen Personen auch schon gemacht. Ich kann Ihnen sagen, Thomas Fuchs, es kam nicht gut an, da sie lieber einfach die Steuern bezahlen und kein Interesse daran haben, dass ich auf sie zukomme. Ausserdem dürfte ich das sowieso gar nicht machen aufgrund des Steuergeheimnisses. Des Weiteren sind Sie insofern inkonsequent, Thomas Fuchs, indem Sie das Weingut verkaufen wollen und mir gleichzeitig sagen, ich solle mit ihnen etwas trinken gehen. Womit soll ich dann mit ihnen anstossen, wenn ich keinen Wein mehr habe?

Zu Antrag 9 FDP/JF, Mitte zum Verzicht auf den Erwerb von Liegenschaften. Dazu möchte ich meinem Erstaunen Ausdruck verleihen, und frage mich, was Sie für ein Demokratieverständnis haben. Wir haben zweimal einen Rahmenkredit und eine Erhöhung erhalten. 68 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben dem zugestimmt und wir haben Geld erhalten, um Liegenschaften zu kaufen, gerade auch im tieferen Segment.

Es ist bekannt, dass wir die Kredite leider nicht in der Masse ausschöpfen können, wie wir dies möchten, weil wir effektiv dann kaufen, wenn es sich auszahlt. Nun zu verlangen, dass man darauf verzichtet, erstaunt mich, und Ihr Demokratieverständnis ist mir ein Rätsel. Zu den Mietzinsen in der Christoffel-Unterführung: Auch diesbezüglich staune ich gerade ein bisschen, wenn da nun plötzlich von bürgerlicher Seite eine solche Wirtschaftsfeindlichkeit daherkommt. In diesen Geschäftsräumen sind Unternehmungen eingemietet, die unter Corona gelitten haben und die Umsatzrückgänge zu beklagen haben. Ich versichere Ihnen, dass wir uns fair verhalten, auch wenn Sie uns immer vorwerfen, dass wir nur für die Leute mit tiefen Löhnen schauen. Wir führen auch mit dem Gewerbe und unseren Beizen Verhandlungen basierend auf Abschätzungen des Umsatzes und der Möglichkeiten und handeln Mietzinse aus, die für beide stimmen. Wenn es Änderungen gibt, kommt es manchmal zu Anpassungen nach oben. In diesem Fall gab es jetzt eine Anpassung nach unten. Wie gesagt sind wir darauf angewiesen, dass wir die Räumlichkeiten schlussendlich vermieten können, denn ein Leerstand dort unten nützt uns absolut nichts. Entsprechend bin ich froh über die gute Aufnahme. Die Anträge können Sie alle ablehnen. Mit dem Teuerungsausgleich werde ich wieder kommen. Wenn ich das Geld jetzt nicht erhalte, dann komme ich nächstes Jahr aufgrund der Verhandlungen wahrscheinlich mit einem Nachkredit in den Rat. Entsprechend wä-

re die Debatte nun eigentlich beendet. Ich bitte Sie, den IAFP zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Es ist übrigens das letzte Mal, dass Sie das können, also nutzen Sie die Chance. Nächstes Jahr kommen wir dann mit dem AFP und dem Budget. Bitte stimmen Sie auch dem Budget zu, das besser abschliesst – das ist ein Novum – als Ihnen vom Gemeinderat vorgelegt wurde. Entsprechend gehen wir anschliessend in die Planung der nächsten Jahre.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 FDP/JF ab. (12 Ja, 59 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 051
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 2 SP/JUSO zu. (38 Ja, 31 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 052
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 SVP, Punkt 1 ab. (15 Ja, 55 Nein, 1 Enthaltung) [Namen](#) 053
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 SVP, Punkt 2 ab. (15 Ja, 54 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 054
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 SVP, Punkt 3 ab. (15 Ja, 55 Nein, 1 Enthaltung) [Namen](#) 055
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 4 Mitte, FDP/JF ab. (16 Ja, 55 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 056
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 SVP ab. (6 Ja, 65 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 057
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag 6 SVP ab. (15 Ja, 54 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 058
9. Der Stadtrat lehnt den Antrag 7 SVP ab. (6 Ja, 65 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 059
10. Der Stadtrat lehnt den Antrag 8 Mitte, FDP/JF ab. (15 Ja, 55 Nein, 1 Enthaltung) [Namen](#) 060
11. Der Stadtrat lehnt den Antrag 9 FDP/JF, Mitte ab. (17 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltung) [Namen](#) 061
12. Der Stadtrat lehnt den Antrag 10 SVP ab. (15 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 062
13. Der Stadtrat nimmt den IAFP zustimmend zur Kenntnis. (34 Ja, 25 Nein, 12 Enthaltungen) [Namen](#) 063

5 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2023 (Abstimmungsbotschaft)

2022.FPI.000072

Antrag des Gemeinderats

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag betreffend Produktgruppen-Budget 2023.
2. Er genehmigt die Vorlage und beantragt den Stimmberechtigten der Stadt Bern, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - 2.1. Die Stimmberechtigten beschliessen das Produktgruppen-Budget 2023 des Allgemeinen Haushalts für das Jahr 2023 mit einem Aufwand von Fr. 1 336 381 703.88, einem Ertrag von Fr. 1 301 323 931.80 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 35 057 772.08. Sie legen die Steueranlage unverändert auf das 1,54-fache der einfachen Steuer und die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1,5 Promille des amtlichen Werts fest. (Zahlen nach Debatte angepasst.)
 - 2.2. Sie beschliessen das Produktgruppen-Budget 2023 der Sonderrechnung Tierpark für das Jahr 2023 mit einem Aufwand und Ertrag von je Fr. 10 214 912.78 und einem ausgeglichenen Ergebnis.
 - 2.3. Sie beschliessen das Produktgruppen-Budget 2023 der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Jahr 2023 mit einem Aufwand von Fr. 39 233 142.84, einem Ertrag von Fr. 38 317 750.00 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 915 392.84.

2.4. Sie beschliessen das Produktgruppen-Budget 2023 der Sonderrechnung Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik für das Jahr 2023 mit einem Aufwand von Fr. 71 086 541.22, einem Ertrag von Fr. 112 956 650.00 und einem Ertragsüberschuss von Fr. 41 870 108.78.

2.5. Sie beschliessen das Produktgruppen-Budget 2023 der Sonderrechnung Entsorgung + Recycling für das Jahr 2023 mit einem Aufwand von Fr. 29 602 820.87, einem Ertrag von Fr. 28 658 360.40 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 944 460.47.

3. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.

Bern, 29. Juni 2022

Diskussion siehe Traktandum 4.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Sie befinden nun über ein Budget, das einen Aufwand von 1 336 381 703.88 Franken und einen Ertrag von 1 301 323 931.80 Franken ausweist. Der Aufwandüberschuss beträgt 35 057 772.08 Franken.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem PGB 2023 zu. (44 Ja, 25 Nein, 1 Enthalten) [Namen 064](#)
2. Der Stadtrat stimmt der Abstimmungsbotschaft zu. (56 Ja, 15 Nein, 0 Enthalten) [Namen 065](#)

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Erlauben Sie mir noch ein paar Bemerkungen, nachdem wir heute abgestimmt haben. Ich finde, wir haben heute einen schönen Tag der Demokratie gehabt. Wir haben wertschätzend und respektvoll miteinander gerungen und wir sind mit sauberen, demokratischen Prozessen zu einem Budget gekommen, worüber das Volk auch noch abstimmen wird. Auch dies ist ein schöner demokratischer Prozess. Wir haben heute einen Rekord zu verzeichnen, nämlich den Geschwindigkeitsrekord in der Budgetberatung und im Budgetbeschluss. Der Rat ist noch nie so schnell durch die Budgetdebatte hindurch, wie er dies in den letzten zwei Wochen machte. Ich möchte Ihnen allen dafür danken, wie Sie mit dem Budget, der Debatte und miteinander umgegangen sind. Das war für mich hier oben ein sehr schönes Erlebnis. An Lena Allenspach: Nach 14 Jahren kann ich mich vor lauter Déjà-vus gar nicht mehr erwehren. Das mehrt sich einfach mit den Jahren und man gewöhnt sich aber auch daran.

Ich wünsche Ihnen allen einen wunderschönen Abend, danke vielmals. Und es ist Schicksal, dass das erste Mal, wenn YB seit langem nicht mehr europäisch spielt, wir heute Abend früher fertig sind und uns das Spiel noch hätten anschauen können. Das hatten wir schon lange nicht mehr.

Verschobene Traktanden

Es wurden alle Traktanden zu Ende beraten.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Nutzt der Gemeinderat alle Potentiale und Technologien, um Energie in den städtischen Gebäuden zu sparen?
2. Postulat Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Laura Binz, SP): Eine Kooperationsplattform für regionales Biogas
3. Kleine Anfrage Michael Ruefer (GLP): Kleine Allmend – als Parkplatz OK, als Kundgebungsort nicht?
4. Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP): Umweltschutz und Zwischennutzungen im Gaswerk-Aareal
5. Postulat Fraktion GFL/EVP (Mirjam Roder, GFL/Therese Streit-Ramseier, EVP): Reduktion der Parkplätze der öffentlichen Verwaltung (Pendlerparkplätze)
6. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rüeegsegger, SVP): Hat es genügend Bademeister in Bern? Ist die Sicherheit gewährleistet?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 22.05 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

11.11.2022

X 

Signiert von: Manuel Widmer (Qualified Signature)

für das Protokoll

15.11.2022

X 

Signiert von: Anita Flessenkämper (Qualified Signature)